20. Mai 2022 | 76. Jahrgang | 4 Euro

Ausgabe 05 / 2022

b&w

bildung und wissenschaft –
Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg

Schulpsychologie
Hilfe für Schulen von außen

Geflüchtete Kinder
So funktioniert das Schulsystem in der Ukraine

Übergänge
Schullandschaft in Baden-Württemberg in Zahlen

Ganztagsschulen
„Als ob Bildung nur am Vormittag stattfände“

GEW

KLIMA ARENA
DER KLIMA-ERLEBNISORT

Den Unterricht zum Erlebnis machen?

Erlebe, was du tun kannst.

Unser Workshopangebot macht den Klimawandel spielerisch begreifbar und regt zu praktischem Handeln an. Einfach den QR-Code scannen, um mehr zu erfahren!

Bei Fragen:
07261 144 11 75
bildung@klima-arena.de

GEFÖRDERT DURCH
Dietmar Hopp Stiftung

Foto: Evi Maziol

Monika Stein,
Landesvorsitzende

Was uns alle angeht

*Liebe Kolleg*innen, liebe Leser*innen,*

*der Klimawandel betrifft uns alle. Er bedroht uns aber nicht alle gleich. Je ärmer Menschen sind, in je ärmeren Regionen auf unserer Welt sie leben, desto unverminderter trifft der Klimawandel sie. Wenn wir die Berechnungen des Weltklimarates der UNO ernst nehmen, muss uns angst und bange werden. Wir steuern, wenn wir nicht schnellstmöglich umdenken und unser Verhalten ändern, ungebremst auf die Klimakatastrophe zu. Zeitnahes Handeln ist unerlässlich, aber das können nicht die einzelnen Menschen leisten. Die Regierung muss handeln und den Rahmen schaffen, damit alle etwas gegen den Klimawandel tun. Ein Beispiel für eine fehlerhafte politische Steuerung: Im Moment werden Entlastungspakete durch die Bundesregierung geschnürt. So ist der Plan: Die gestiegenen Spritpreise für die Autofahrer*innen werden ausgeglichen, die enorm steigenden Lebensmittelkosten, die alle treffen, aber nicht. Diese Schieflage der Bundespolitik trifft die Menschen mit dem kleinsten Geldbeutel – und entlastet diejenigen, die ihr Auto benutzen müssen oder wollen. Die Schlangen vor den Tafelläden werden länger, sie müssen oft den Verkauf einschränken – und die Bundesregierung zahlt Zuschüsse zu Sprit. Diese Schieflage macht mich wütend.*

Wer aus Stuttgart nach Berlin fährt, wird gefragt, ob die Anreise per Bahn oder Flugzeug stattfindet. Diese Frage sollte nicht gestellt werden. Eine Reise mit dem Zug finden viele aufwändiger als mit dem Auto. Aber wir leben mitten in der Klimakrise und sollten die Verbrennung von fossilen Brennstoffen vermeiden, wenn es irgendwie möglich ist. Auch das ein Handlungsauftrag an die Politik: Kerosin muss endlich besteuert werden, und dafür sollte die Bahn von der Mehrwertsteuer befreit werden. Umweltfreundliches Verhalten ist derzeit oft teurer und fast immer umständlicher als anderes Verhalten. Es darf aber weder vom Geldbeutel noch von den persönlichen Ressourcen abhängen, ob Menschen ihre Umwelt schonen.

*Durch die Leitperspektive BNE haben Schulen den eindeutigen Auftrag, diese zukunftsweisenden Themen zu bearbeiten. Viele Schüler*innen sind gut informiert, sensibilisiert und sehr interessiert, andere erfahren und verstehen Zusammenhänge nur durch den Unterricht in der Schule.*

Fridays for Future bringt seit Jahren in zahlreicher werdenden Städten junge Menschen auf die Straße, die immer verzweifelter versuchen, für Klimaneutralität zu werben, und dafür, dass die Erwachsenen ihnen eine Welt hinterlassen, die lebenswert ist und bewohnbar. Oft sind Fleischprodukte billiger als vegetarische Alternativen. Auch das ist unter klimapolitischen Gesichtspunkten falsch. Viele junge Menschen haben das verstanden und setzen vieles davon in ihrem Alltag auch um. Machen wir mit, wann immer es möglich ist. Und nehmen wir die politisch Verantwortlichen in die Pflicht. In Gesprächen, mit Mails, bei Gelegenheiten, wo jemand aus einer Regierungspartei greifbar ist. Die Dringlichkeit des Handelns muss endlich dort ankommen, wo es auch hingehört.

Herzliche Grüße
Ihre

8 Untaugliche Maßnahmen, um Lehrkräfte zu gewinnen

10 Tarifrunde SuE: Warnstreiks geben Rückenwind

34 Aufgaben des Rundfunkrats

S. 12 Titelthema
Schulpsychologie:
Hilfe für Schulen von außen

In dieser Ausgabe

Titelthema

Schulpsychologie
12 Kinder und Jugendliche: Psychische Gesundheit – besser, aber nicht gut
15 „Lehrkräfte haben das Letzte schon gegeben“
16 Schulpsychologie – zu wenig Ressourcen für vielfältige Aufgaben
19 Fallbeispiele der Schulpsychologie: Hilfe von außen
23 100 Jahre Schulpsychologie

Arbeitsplatz Schule

8 Mangel an Fachkräften: Untaugliche Maßnahmen, um Lehrkräfte zu gewinnen
25 Schullandschaft in Baden-Württemberg in Zahlen
28 Nachmittagsbetreuung in Ganztagsschulen: „Als ob Bildung nur am Vormittag stattfände“
30 Perspektiven trotz Pandemie: Lehrkräfte mit eigenen Kindern: Pandemie hat isoliert
32 Geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine: „Es gibt keine Herkunft erster und zweiter Klasse“
33 So funktioniert das Schulsystem in der Ukraine

Aus der Arbeit der GEW

10 Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienst: Keine konstruktiven Verhandlungen – Streiks notwendig
24 GEW-Fachtag: Bildung. Digital. Gestalten

Gesellschaft

34 Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Aufgaben des Rundfunkrats für die Meinungsfreiheit

Rubriken

3 Editorial
6 Aktuell
7 Glosse
38 Kurz berichtet
41 GEW vor Ort
42 Jubilare
43 Totentafel
43 Impressum
44 Leserbriefe
46 Termine

Titel: *smiltena / iStock*

Redaktionsschluss für die nächste b&w-Ausgabe: 9. Mai 2022

Foto: imago

GE"MAI"NSAM ZUKUNFT GESTALTEN

Tag der Arbeit in Baden-Württemberg

Foto: Monika Seehase-Gilles

GEW-Landesvorsitzende Monika Stein in Heidelberg

Unter dem Motto „geMAInsam Zukunft gestalten“ gingen am 1. Mai in Baden-Württemberg rund 20.000 Menschen auf die Straßen, um für gute Arbeit und eine gerechte Politik zu demonstrieren. Der Vorsitzende des DGB Baden-Württemberg Kai Burmeister sprach in Ulm, seine Stellvertreterin Maren Diebel-Ebers in Esslingen. In Heidelberg setzte sich die GEW-Landesvorsitzende Monika Stein für eine bessere Bildungspolitik in Baden-Württemberg ein.

Bei der zentralen Kundgebung in Ulm sagte Burmeister: „Baden-Württemberg braucht eine Gerechtigkeitsoffensive. Die Pandemie steckt uns noch in den Knochen, jetzt kommen der immense Preisanstieg hinzu und die Folgen des grausamen Krieges in der Ukraine. Wir wollen, dass der Südwesten wirklich zum Musterland für gute Arbeit wird und dass alle Menschen hier gut leben können! Wir heißen Geflüchtete hier willkommen und wir wollen, dass sie sich gut integrieren können.“ Monika Stein betonte auf der Kundgebung Heidelberg: „Gute Bildung für alle in unserem Land ist in Krisenzeiten umso mehr der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe, für ein selbstbestimmtes Leben, für beruflichen Erfolg, für Demokratie und Toleranz. Der 1. Mai 2022 steht wie kein anderer für die weltweite Gewerkschaftsbewegung. Ein Staat mit starken Gewerkschaften hätte nicht so einfach einen Angriffskrieg beginnen können. Wir hier in Heidelberg grüßen heute besonders unsere Kolleg*innen in der Ukraine und in Russland. Wir sind uns sicher, es wird eine andere Zeit kommen, in der auch ihr wieder den 1. Mai in Frieden und Demokratie feiern könnt.“

b&w

ABSCHLUSS TARIFVERTRAG MINDESTLOHN SGB II / SGB III

Einigung erzielt: Deutliches Entgeltplus bis 2026

In nur vier Verhandlungsrunden haben GEW und Verdi mit der Zweckgemeinschaft des Bundesverbandes der Träger beruflicher Bildung e. V. (BBB) eine Einigung über den Mindestlohn in der Weiterbildung nach den Sozialgesetzbüchern II und III erzielt. In vier Erhöhungsschritten steigen die Mindeststundenentgelte ab dem 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2026. Die kumulierte Erhöhung für die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt 17,8 Prozent.

Die GEW ist zufrieden: „Das ist ein sehr gutes Ergebnis. Es sichert den Beschäftigten in Zeiten hoher Inflation die dringend notwendigen Gehaltssteigerungen und honoriert ihre hohe Leistungsbereitschaft“, betonte Daniel Merbitz, GEW-Vorstandsmitglied für Tarif- und Beamtenpolitik. „Der Tarifvertrag zieht eine bundesweit einheitliche Untergrenze ein. Unternehmen, die Dumpinglöhne zahlen, dürfen auf dem Markt keine Chance haben.“

Der Tarifvertrag, der den Mindestlohn für das pädagogische Personal in der beruflichen Weiterbildung regelt, gilt bereits seit mehr als zehn Jahren und hat sich als wichtiger Beitrag zur Qualitätssicherung und -steigerung in der Weiterbildungsbranche bewährt. Er verschafft dem pädagogischen Personal in der Weiterbildung einen garantierten Mindestverdienst, der weit über dem gesetzlichen Mindestlohn liegt. Das ist ein notwendiger Schritt, um den immer größer werden den Fachkräftemangel durch Abwanderung in andere Bildungsbereiche zu stoppen.

Allgemeinverbindlich-Erklärung soll folgen

Nach Ablauf der Erklärungsfrist am 30. April 2022 beantragten die Tarifvertragsparteien die Allgemeinverbindlich-Erklärung des Mindestlohntarifvertrages Weiterbildung beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS). Damit würde der Tarifvertrag nicht nur für die Mitgliedsunternehmen der Zweckgemeinschaft des Bundesverbandes der Träger beruflicher Bildung e. V. (BBB) gelten, sondern für alle pädagogisch Beschäftigten in der öffentlich geförderten Weiterbildung.

Weiterbildung weiter denken

Die Tarifvertragsparteien haben sich verabredet, noch in diesem Jahr in Tarifverhandlungen zu einem Branchentarifvertrag Weiterbildung einzutreten und die Arbeitsbedingungen insgesamt anzupacken. Ein Branchentarifvertrag soll sowohl Mantelregelungen wie z. B. zu Arbeitszeit, Festlegung der Dauer von Unterrichtsstunden und Weiterbildungsansprüchen für die Beschäftigten, als auch eine Entgelttabelle enthalten. Der Mindestlohntarifvertrag ist nur die untere Haltelinie für das pädagogische Personal und ein erster Schritt, um die Branche attraktiver zu machen. Weitere Schritte sollen noch in diesem Jahr folgen.

Magdalena Wille
GEW-Referentin für Weiterbildung

DEUTSCH-AMERIKANISCHES-INSTITUT (DAI) HEIDELBERG

Erster Betriebsrat für solidarisches Miteinander

Foto: Jörg Götz-Hege

Von links: Brigitte Kipke (Verdi), Adrian Gillmann (GEW) und Filip Fehrmann (Verdi)

Im Deutsch-Amerikanischen-Institut Heidelberg gibt seit Anfang März erstmals einen Betriebsrat. Die Wahlbeteiligung lag bei 100 Prozent.
Vorsitzender Adrian Gillmann, aktiv im GEW-Vorstandsbereich Grundsatzfragen, betonte: „Gerade in der Kulturarbeit gibt es oft noch Hierarchiedenken und Genieästhetik, also dort wo solidarisches Miteinander und kreative Zusammenarbeit erst große Dinge leisten. Ein Betriebsrat kann hier eine vermittelnde und korrigierende Kraft sein!“ Brigitte Kipke (Verdi) stellte „die Chance auf Fairness für alle Beteiligten“ in den Raum und freute sich über den Vertrauensvorschuss der Kolleg*innen. Dem fügte der dritte im Bunde, Filip Fehrmann hinzu: „Gerade Menschen, die im flexiblen Kulturbereich arbeiten, sollten sich organisieren und für ihre Rechte einstehen.“ Die GEW wünscht dem Betriebsrat ein gutes Gelingen für ihre neue verantwortungsvolle Aufgabe.
Der Wahl gingen wochenlange Auseinandersetzungen über Fehlentwicklungen innerhalb der Einrichtung voraus und mündeten unter anderem in der Gründung eines Betriebsrates.

Jörg Götz-Hege
GEW-Vorstandsbereich Grundsatzfragen

Glosse Sexualmormonen

Jugendliche verhalten sich ganz ähnlich wie der „immer alles als sexuell doppeldeutig interpretierende Charlie“. Das ist eine Figur aus der unter Geschichtslehrkräften sehr beliebten Reihe „ZDF Sketch History“. Dieser Charlie kann mehrdeutige Wörter immer nur auf eine Art interpretieren. Eben sexuell. Und darum muss er dauernd kichern. Jugendlichen zwischen der 7. und 10. Klasse geht es genauso.
Ich unterrichte seit zwanzig Jahren Jugendliche. Darum habe ich eine Vermeidungsneurose für sexuell konnotierte Wörter entwickelt: „Du hast keinen Stuhl? Siehst du den Stapel da drüben? Da kannst du dir einen runterholen!“ Damit ging es vor zwanzig Jahren in einer 8. Klasse los. Nie wieder hatte ich einen derartigen Lacherfolg bei Schüler*innen. Seither vermeide ich die Worte „einen“ und „runterholen“ als Kombination. Sehr schwierig ist auch das Wort „Ständer“. Auch wenn man von „Wäscheständer“, „Notenständer“, „Mikrofonständer“ oder „Buchständer“ spricht, zwischen der 7. und 10. Klasse wird anschließend minutenlang gekichert. Ich benutze nur noch das Wort „Stativ“. Genauso bei „Schwanz“, „Schwertscheide“ oder „Sextant“. Schwanz benutze ich nur noch in Verbindung mit „Katze“, ich sage Schwerthülle und Navigationsgerät. Wenn in Geschichte die Feinde ins Land „eindringen“, benutze ich das Wort „angreifen“.
Das Schlimmste ist: Ich vermeide diese Wörter auch privat. Wie oft bin ich schon irritiert angeschaut worden, wenn ich vom Mikrofonstativ gesprochen habe. Und jetzt kommt das Allerschlimmste! Wenn jemand zu Hause oder Freunde eines dieser Wörter benutzen, dann muss ich kichern. Ich kann nicht anders. Es ist schrecklich. Theodor W. Adorno nennt das eine „Deformation Professionelle“. Aber auch dafür gibt es eine ganz rationale Erklärung. Während meines Studiums hörte ich über Wochen eine Radiosendung, in der die 100 besten Phallussymbole gesammelt wurden. Darunter waren auch völlig absurde Dinge wie ein Sofa oder ein Küchenhandmixer. So absurd das auch war, immer wenn ich damals ein Sofa oder einen Küchenhandmixer sah, dann dachte ich an Phallusse (ich weiß, es heißt Phalli, aber es geht hier um meine Credibility als Hauptschullehrer!). Die Schule ist für eine Lehrkraft eine Dauersendung, die erst im Ruhestand endet. Und für manche nicht mal da.

Vor unendlich langer Zeit hatte ein Jugendlicher in meiner Klasse Schwierigkeiten, sich das Wort „Sexualhormone“ zu merken. Er sagte stattdessen: „Herr Buchholz, dass wir kichern müssen, liegt an den Sexualmormonen.“ Ein Wort, das mich in seiner semantischen Interferenz bis heute verstört. Immer, wenn Schüler*innen wegen einem sexuell mehrdeutigen Wort kichern müssen, denke ich: „Ach, ihr lieben Sexualmormonen, ist schon gut, wenn ihr nicht Lehrkraft werdet, habt ihr es bald überstanden.“

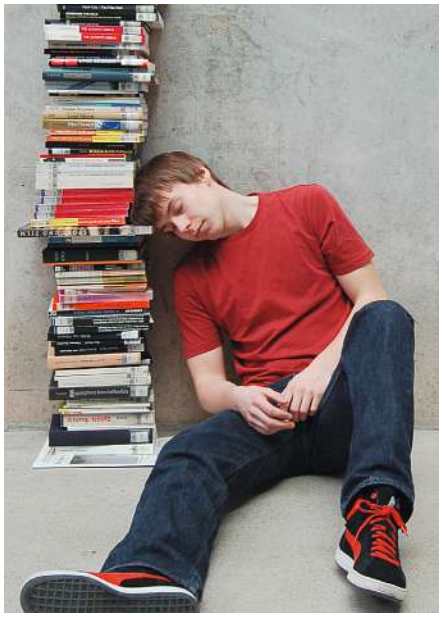
Jens Buchholz

MANGEL AN FACHKRÄFTEN

Untaugliche Maßnahmen, um Lehrkräfte zu gewinnen

*In den letzten Monaten sind zehntausende Kinder und Jugendliche aus der Ukraine nach Baden-Württemberg geflüchtet. In Kitas und Schulen fehlen deshalb noch mehr pädagogische Fachkräfte. Den Vorstoß von Ministerpräsident Winfried Kretschmann, beamtete Teilzeitkräfte länger arbeiten zu lassen und das Vorhaben des Kultusministeriums, die Unterrichtszeit der Lehramtsanwärter*innen zu erhöhen, lehnt die GEW eindeutig ab.*

Foto: iamgo



*„Die Erhöhung der Arbeitszeit bei den Lehrkräften im Vorbereitungsdienst ist falsch und schäbig. Falsch, weil das die Ausbildung verschlechtert und weil noch weniger junge Lehrer*innen ihre Ausbildung in Baden-Württemberg erfolgreich abschließen werden. Schäbig, weil man ausgerechnet die überlastet, die sich am wenigsten wehren können."*

Michael Hirn,
stellvertretender Landesvorsitzende

Das Kultusministerium erhöht die Unterrichtsverpflichtung für Lehramtsanwärter*innen und Referendar*innen um eine Stunde. Ziel ist, die Unterrichtsversorgung an Schulen zu verbessern. Vermutlich wird die Erhöhung für den Kurs gelten, der ab Februar 2023 mit dem Vorbereitungsdienst beginnt und den selbstständigen Unterricht ab Schuljahresbeginn 2023/24 halten wird. Das Zentrum für Schulqualität (ZSL) soll ein Konzept entwickeln, das die Anwärter*innen an anderer Stelle entlastet.

Die Ausbildungsinhalte haben in den letzten Jahren stetig zugenommen. Digitale Medien, Umgang mit Heterogenität, Inklusion, Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache, viele fachübergreifende Themen wie Demokratiebildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, sexuelle Vielfalt und vieles andere mehr sind wichtiger geworden. Worauf soll verzichtet werden?

Die GEW erinnert daran, dass vor einigen Jahren die ehemalige Kultusministerin Susanne Eisenmann Wissenschaftsministerin Theresia Bauer kritisierte, weil es in den Lehramtsstudiengängen zu viele Studienabbrecher*innen gebe. Damals wurde vereinbart, dies in einer Studie zu untersuchen und nach Wegen zu suchen, wie mehr Studierende zum Abschluss und in den Lehrkräfteberuf geführt werden können. „Auf das Ergebnis dieser Studie warten wir immer noch. Auch zwischen Studienabschluss und dem Ende des Referendariats und beim Berufseinstieg gehen uns zu viele angehende pädagogische Profis verloren. Mit einer Erhöhung des Unterrichtsverpflichtung verschärft das Kultusministerium den Mangel, statt ihn zu verringern. Jetzt soll das ZSL mit schlechteren Rahmenbedingungen eine bessere Lehrerausbildung organisieren? Es gibt keine Konzepte der grün-schwarzen

Landesregierung in der Bildungspolitik und zum Fachkräftemangel, stattdessen nur Vorhaben, die kopf- und hilflos wirken", sagte die GEW-Landesvorsitzende Monika Stein.
Auch der stellvertretende Landesvorsitzende Michael Hirn macht deutlich: „Die Erhöhung der Arbeitszeit bei den Lehrkräften im Vorbereitungsdienst ist falsch und schäbig. Falsch, weil das die Ausbildung verschlechtert und weil noch weniger junge Lehrer*innen ihre Ausbildung in Baden-Württemberg erfolgreich abschließen werden. Schäbig, weil man ausgerechnet die überlastet, die sich am wenigsten wehren können. So handelt keine Landesregierung, die den Schulen helfen will."

Teilzeit erhöhen löst die Probleme nicht

Bei der Unterrichtsversorgung klemmt es schon lange an allen Ecken und Enden. Um die Folgen der Pandemie aufzuarbeiten oder pädagogische Reformen umzusetzen, arbeiten die Bildungseinrichtungen längst am Limit. „Vielleicht müssen wir auch mehr arbeiten", dachte Kretschmann Ende April laut bei einer Podiumsdiskussion der „Stuttgarter Zeitung" nach. Viele Lehrkräfte seien Frauen und viele von ihnen arbeiteten in Teilzeit. „Wenn die alle eine Stunde mehr arbeiten würden, eine Stunde, hätte ich 1.000 Lehrer mehr, die ich dringend brauche", erklärte Kretschmann. Einen Seitenhieb auf die Gewerkschaften hatte er auch parat. Diese sollen in dieser besonderen Situation nicht ihr „übliches Latein" abspulen. Einen Tag später relativierte der Regierungschef zwar seine Aussage, in der Sache ändert sich wohl nichts. Die grün-schwarze Landesregierung prüft seinen Angaben zufolge, ob die Mindestarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte in Teilzeit erhöht werden kann.
Ein Blick auf die bestehenden Teilzeitregelungen lohnt sich, um die aktuellen Diskussionen bewerten zu können. Teilzeitbeschäftigung – besonders aus familiären Gründen (Kinder unter 18 und Pflege) – ist in § 69 Landesbeamtengesetz geregelt und somit zulässig. Eine Reduzierung bis auf ein halbes Deputat ist, sofern zwingende dienstliche Belange dem nicht entgegenstehen, zu genehmigen. Die Anforderungen an „zwingende dienstliche Belange" sind so hoch, dass aktuell kein Antrag abgelehnt wird. Eine weitere Reduzierung auf bis zu 25 Prozent kann genehmigt werden, wenn dienstliche Gründe dem nicht entgegenstehen. Während der Elternzeit kann ebenfalls Teilzeit mit mindestens 25 Prozent genehmigt werden, wenn es im Interesse des Dienstherrn liegt. Sonstige, nicht familiäre begründete Teilzeit kann im Umfang von 50 bis 100 Prozent, soweit dienstliche Gründe nicht entgegenstehen, bewilligt werden. Bei Arbeitnehmer*innen ist im Prinzip jede Arbeitszeit zwischen einer Stunde und Vollzeit möglich.

„Die Studien belegen auch, dass eine Entlastung durch Teilzeitarbeit weniger stark ausfällt als erhofft. Relativ zum Deputat arbeiten Teilzeitbeschäftigte mehr als Vollzeitbeschäftigte."

Die Möglichkeit zur unterhälftigen Teilzeit wurde eingeführt, weil man den Lehrkräfteberuf zeitlich flexibler und damit attraktiver machen wollte. Diese Regelung zu kippen und die Beschäftigten zu höheren Arbeitszeiten zu zwingen, wäre eine Rolle rückwärts und könnte dazu führen, dass sich die Lehrkräfte ganz beurlauben lassen bzw. die Elternzeit voll ausschöpfen. Personalräte berichten, dass unterhälftige Teilzeit schon jetzt nicht immer genehmigt wird, und es – wenn auch nur in einzelnen Schularten – zu einer Ablehnung kommen kann.
Zu bedenken ist auch, dass viele Kolleg*innen ihre Arbeitszeit deswegen senken, weil sie ein volles Deputat als belastend erleben. Das haben nicht zuletzt Arbeitszeitstudien der GEW bestätigt. Die Studien belegen auch, dass eine Entlastung durch Teilzeitarbeit weniger stark ausfällt als erhofft. Relativ zum Deputat arbeiten Teilzeitbeschäftigte mehr als Vollzeitbeschäftigte.
Jetzt mit einer strengen Auslegung der bestehenden Regeln zu drohen oder sie gar zu verschärfen, wird dem Engagement der Teilzeitbeschäftigten nicht gerecht. Waltraud Kommerell, erfahrene Personalrätin, sagt: „Ich glaube nicht, dass Lehrkräfte dazu gebracht werden müssen, sich für die ukrainischen Kinder und Jugendlichen zu engagieren. Das tun sie schon jetzt weit über das hinaus, was man nach Corona erwarten kann. Mit Regulierungen vergrault und demotiviert man sie eher."

Vorschläge der GEW liegen vor

Seit 2018 schlummern Vorschläge der GEW zur Lehrkräftegewinnung in den Schubladen des Kultusministeriums. 2017 und 2018 lagen die Lehrkräftebedarfsprognosen für Grundschulen und alle Schularten der Sekundarstufe I vor und wurden seither von der Landesregierung weitgehend ignoriert. „Viele Lehrkräfte arbeiten aus guten Gründen in Teilzeit. Wenn Winfried Kretschmann jahrelang Vorschläge zur Lehrkräftegewinnung unbeachtet lässt, und dann in einer Zeit, in der alle Beschäftigten in Bildungseinrichtungen völlig am Limit sind, über Mehrarbeit nachdenkt, kennt er den Alltag der Lehrkräfte nicht", sagte die Landesvorsitzende Monika Stein.
Die Erhöhung der Stunden von Lehrkräften in Teilzeit war schon unter Kultusministerin Susanne Eisenmann mit wenig Erfolg versucht worden. Die GEW schlägt stattdessen unter anderem vor, durch eine wesentlich höhere Altersermäßigung zu erreichen, dass Lehrkräfte ein oder mehrere Jahre später in den Ruhestand gehen können. Das würde schnell für deutlich mehr Stunden an den Schulen führen. Auch ein anderer Umgang mit befristet eingestellten Lehrkräften würde dazu führen, dass die eingearbeiteten Kolleg*innen den Schulen nicht wieder verloren gehen. Mit Qualifizierungsmaßnahmen könnten sie auf Dauer eingestellt werden. Sie in den Sommerferien zu entlassen, damit sie in der Zeit nicht bezahlt werden müssen, ist unwürdig.
Da die Landesregierung nicht genug junge Lehrer*innen ausbildet, fehlen Bewerber*innen. Für diese freien Stellen werden Vertretungslehrer*innen eingesetzt. So ist die ständige Vertretungsreserve schon zu Beginn des Schuljahrs aufgebraucht. Die GEW setzt sich bereits seit Jahren dafür ein, dass die Landesregierung über eine mittel- und langfristige Lehrkräftebedarfsplanung, die auch künftige Bedarfe für pädagogische Reformen beinhaltet, dafür sorgt, dass Schulen solide Bildung gestalten können.

Maria Jeggle
Martin Schommer

TARIFRUNDE SOZIAL- UND ERZIEHUNGSDIENST

Warnstreiks geben Rückenwind für guten Abschluss

Vor der dritten Verhandlungsrunde am 16./17. Mai haben die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst mit vielen Warnstreiks die Forderungen der Gewerkschaften unterstützt – die Arbeitgeber müssen liefern.

LÖRRACH_7. MÄRZ 22

Fotos: GEW

Nachdem die zweite Verhandlungsrunde über eine Aufwertung des kommunalen Sozial- und Erziehungsdienstes im März keine Fortschritte brachte, haben die Beschäftigten in den letzten beiden Monaten in ganz Deutschland mit vielen Warnstreiks den Druck auf die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) erhöht. Auch in Baden-Württemberg haben sich viele Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen und andere pädagogische Fachkräfte beteiligt.

Warum die Beschäftigten die Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen, einer finanziellen Aufwertung und nach mehr Zeit für Qualität in der Arbeit mit ihrer Streikteilnahme unterstützen, wurde in vielen Gesprächen an den Streiktagen deutlich. Die Kolleg*innen baden immer noch den zögerlichen Aufbau den Sozial- und Erziehungsdienstes aus, wie er am sichtbarsten im weiter akuten Fachkräftemangel wird. Die Beschäftigten spüren diesen in den Kitas, der schulischen Ganztagsbetreuung und der Sozialen Arbeit an ihrer hohen Arbeitsbelastung. Die nicht hoch genug zu wertschätzende Unterstützung der geflüchteten Kinder und Eltern aus der Ukraine bringt viele Kolleg*innen an ihr Limit.

Das infolge des Fachkräftemangels noch nicht ausreichende Betreuungsangebot trifft viele Familien und treibt sie ins Hamsterrad beruflicher und familiärer Verpflichtungen. Ausreichend Fachkräfte lassen sich aber nur gewinnen, wenn die Arbeitsbedingungen verbessert und die Bezahlung attraktiver wird. Ein zweites großes Anliegen der Streikenden ist die Korrektur des ungerechten Lohngefüges. Dass soziale Berufe, in denen mehrheitlich Frauen arbeiten, immer noch bei der Bezahlung benachteiligt werden, wollen die Kolleg*innen im Sozial- und Erziehungsdienst nicht länger hinnehmen.

Die Streiks nach der zweiten Verhandlungsrunde waren eindrucksvoll. Schon vor den Osterferien nahmen in den Kommunen der Landkreise Waiblingen, Böblingen und Reutlingen, in Lörrach und weiteren Orten über 1.000 Beschäftigte an jeweils ganztägigen Warnstreiks teil. Nach den Osterferien wurde weitergestreikt. Alleine in der Woche vom 25. bis 29. April beteiligten sich über 1.700 Beschäftigte an den Warnstreiks u. a. in Ludwigsburg, Ulm, Karlsruhe, Heilbronn, Stuttgart, Rastatt, Offenburg und in den Städten und Gemeinden im Rems-Murr-Kreis. In der ersten Maiwoche wurde dann noch eine Schippe draufgelegt. An den Streiks in allen großen Städten und vielen kleineren Gemeinden beteiligten sich mehr als 5.000 Beschäftigte. Die Woche vor den Verhandlungen mit dem zentralen Streiktag am 12. Mai liegt nach Redaktionsschluss. Die GEW erwartet eine rege Beteiligung.

Da auch in anderen Bundesländern die Streikbeteiligung hoch war, sollte die VKA am 16./17. Mai in lösungsorientierte Verhandlungen einsteigen. Die Gewerkschaftsseite kann mit dem Rückenwind der Streiks selbstbewusst verhandeln. Es geht um bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Bezahlung für mehr als 300.000 Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst der Kommunen. Auch viele Beschäftigte bei den freien und kirchlichen Trägern, von denen viele die tariflichen Regeln für den kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst anwenden, würden von einem guten Abschluss profitieren. Alleine in den Kitas der freien und kirchlichen Träger arbeiten über 400.000 Kolleg*innen.

Martin Schommer

Fotos: GEW

FREIBURG_8. MÄRZ 22

LÖRRACH_6. APRIL 22

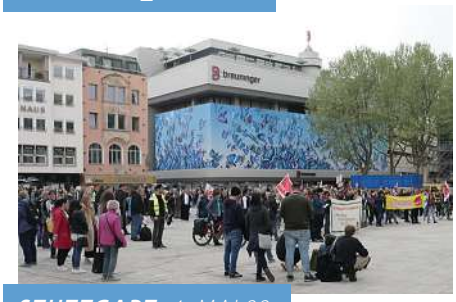
KARLSRUHE_8. MÄRZ 22

BÖBLINGEN_7. APRIL 22

TÜBINGEN_2. MAI 22

REUTLINGEN_7. APRIL 22

OFFENBURG_7. APRIL 22



STUTTGART_4. MAI 22

MANNHEIM_4. MAI 22

@ ***Werde aktives Mitglied im Tarifteam (BaWü) – melde dich:*** *info@gew-bw.de*

Mitmachmöglichkeiten auf: *profis.gew.de*

„Die **SEELISCHEN BELASTUNGEN** halten sich weiterhin auf einem hohen Niveau und liegen **DEUTLICH ÜBER DEN WERTEN VOR CORONA**.“

Ein Ergebnis der COPSY-Studie

KINDER UND JUGENDLICHE

Psychische Gesundheit – besser, aber nicht gut

*Wie Kinder und Jugendliche unter der Pandemie leiden, zeigt die COPSY-Studie, für die 1.000 Kinder und Jugendliche und 1.500 Eltern bundesweit online dreimal befragt wurden. In der letzten Befragung wird deutlich, dass es den Schüler*innen wieder besser geht. Allerdings bleibt noch viel zu tun.*

Welche Auswirkungen und Folgen haben die Pandemie auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen? Welche Einflussfaktoren fördern ihre psychische Gesundheit in der Krisensituation? Aufschluss darüber gibt die COPSY-Studie, die die Forschungsabteilung Child Public Health am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf unter Leitung von Professorin Ulrike Ravens-Sieberer von Mai bis Juni 2020 durchführte. Von Dezember 2020 bis Januar 2021 fand die zweite Befragung statt. Die dritte folgte im September / Oktober 2021. Bundesweit wurden mehr als 1.000 11- bis 17-jährige Kinder und Jugendliche sowie 1.500 Eltern von 7- bis 17-Jährigen befragt. Die Wissenschaftler*innen wollten beispielsweise wissen, wie die Kinder mit der Krisensituation umgehen, ob sie psychische Probleme wie Ängste und Depressionen oder psychosomatischen Beschwerden haben. Zudem wurden das Familienumfeld, der Medienkonsum und Ernährungsgewohnheiten beleuchtet.

Als wichtigstes Ergebnis zeigt die Studie, dass die psychische Belastung der Kinder und Jugendlichen über den gesamten Zeitraum deutlich höher ist als vor der Pandemie. Besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien. In der dritten Befragung wird deutlich, dass es den Kindern und Jugendlichen wieder etwas besser geht. Sie machen mehr Sport und sind weniger online. Auch die Schule erleben sie als weniger anstrengend. Die Befragten zeigen weniger Auffälligkeiten wie Ängstlichkeit und Depressivität und haben insgesamt eine höhere Lebensqualität. Psychosomatische Probleme, zum Beispiel Einschlafschwierigkeiten, haben abgenommen. Andere Stresssymptome wie Gereiztheit sind ähnlich häufig wie bei den ersten beiden Befragungen. Kopf- und Bauchschmerzen haben noch einmal etwas zugenommen. Das heißt, sehr viele Kinder und Jugendliche fühlen sich auch nach 18 Monaten der Pandemie noch belastet. „Grundsätzlich können wir sagen, dass die seelischen Belastungen während der Pandemie etwas zurückgegangen sind. Sie halten sich aber weiterhin auf hohem Niveau und liegen deutlich über den Werten vor Corona“, erklärt Ravens-Sieberer in ihrer Vorstellung der Ergebnisse.

Mehr Entspannung im Alltag

Die leichte Verbesserung und Stabilisierung der psychischen Befindlichkeit der Kinder erklärt sie mit dem entspannteren Alltag und der teilweise wiedergewonnenen Kontrolle im Spätsommer 2021. Die Pandemie-Maßnahmen sind in dieser Zeit reduziert worden, die Kinder und Jugendlichen konnten

Foto: Mr. Nico / photocase.de

wieder in die Schule gehen, Freunde treffen, ihren Hobbys nachgehen und Sport machen. „Vermutlich waren die Pandemie und die damit einhergehenden Veränderungen nicht mehr so beängstigend wie bei den ersten beiden Befragungen. Zudem gab es nur wenige Neuinfektionen und eine Strategie“, erklärt die Professorin. Sie hatten gelernt, wie sie sich und andere schützen können und sie wurden regelmäßig getestet. Corona hatte so ein wenig von seinen Schrecken verloren.

Welche Maßnahmen dringend nötig sind

Trotzdem wird durch die Befragung klar, dass die Pandemie für die Kinder und Jugendlichen weiterhin überaus anstrengend ist – vor allem für Kinder und Jugendliche, die schon vor der Pandemie belastet waren. Das sind zum einen Kinder aus Familien, die weniger finanzielle Mittel oder einen Migrationshintergrund haben sowie auf beengtem Raum leben. Zum anderen sind Kinder mehr als andere betroffen, deren Eltern unter einer psychischen Erkrankung oder Belastung leiden.

„Wir brauchen für diese Kinder dringend zielgerichtete und niedrigschwellige Angebote der Prävention und Gesundheitsförderung, um die sozialen und gesundheitlichen Ungleichheiten zu verringern.“

Professorin Ulrike Ravens-Sieberer

Foto: Evi Maziol

Kinder aus diesen Risikogruppen haben eine deutlich geringere Lebensqualität und weisen etwa doppelt so häufig psychische Auffälligkeiten, Ängste und depressive Symptome auf. „Deswegen brauchen wir für diese Kinder dringend zielgerichtete und niedrigschwellige Angebote der Prävention und Gesundheitsförderung, um die sozialen und gesundheitlichen Ungleichheiten zu verringern“, fordert Ravens-Sieberer. Staatliche Förderprogramme wie psychosoziale, psychotherapeutische und psychiatrische Angebote seien vonnöten. Darüber hinaus solle es erweiterte Jugendhilfe-Maßnahmen sowie Fortbildungen für Lehrer*innen und Pädagog*innen geben, damit diese die seelischen Belastungen der Kinder und Jugendlichen so früh wie möglich erkennen. Weiterhin wäre ein leicht erreichbares Beratungsangebot für Kinder, Jugendliche und Eltern von Vorteil.

Was ist zu tun, wenn bei den eigenen Kindern und Jugendlichen die Ängste und Sorgen nicht von selbst verschwinden und stattdessen immer weiter zunehmen? Vor allem jüngere Kinder neigen dazu, psychosomatische Beschwerden wie Kopf- und Bauchschmerzen zu entwickeln. Die Professorin rät den Eltern, diese Anzeichen ernst zu nehmen und die Beschwerden mit einer Fachperson abzuklären. Ansprechpartner*innen können zum Beispiel Vertrauenslehrer*innen, Kinderärzt*innen oder Familienberater*innen sein.

Auch die Eltern selbst haben Möglichkeiten zu reagieren. „In erster Linie können Eltern ihre Kinder stärken, indem sie für sie da sind, ihnen zuhören und ihnen das Gefühl geben, geliebt und gebraucht zu werden“, führt Ravens-Sieberer aus. Wichtig sei ebenfalls, den Alltag zu strukturieren, da Routinen und Rituale zur gesundheitlichen Entwicklung von Kindern beitragen.

Andrea Toll

Quelle: *www.uke.de (Suchwort: Copsy-Studie)*

SCHULPSYCHOLOGIE

„Lehrkräfte haben das Letzte schon gegeben“

*Schulvermeidung und Ängste haben bei Schüler*innen in der Corona-Zeit zugenommen. Auch Lehrkräfte sind vermehrt erschöpft, und Konflikte im Kollegium weiten sich aus. Nina Großmann beschreibt, wie Schulpsycholog*innen unterstützen können und welche Bedingungen sie brauchen, um ihre Arbeit gut zu machen.*

*„Schüler*innen neues Zutrauen zu vermitteln und für Entspannung zu sorgen, ist eine gemeinsame Aufgabe von Eltern und Lehrkräften. Wir Schulpsycholog*innen unterstützen dabei.“*

NINA GROSSMANN

Vorsitzende des Landesverbands Schulpsychologie BaWü und GEW-Personalrätin

Mit Corona ist der Bedarf von Schulpsycholog*innen gestiegen. Was hat sich verändert?

Nina Großmann: Jetzt, wo sich die Schulen wieder stabilisieren, gibt es Schüler*innen, die es nicht mehr schaffen, in die Schule zu gehen. Nicht, dass sie keine Lust auf Schule hätten, sie leiden unter psychosomatischen Beschwerden wie Übelkeit, haben Angstzustände oder körperliche Probleme, die es verhindern, dass sie in die Schule gehen können.

Zwei Jahre lang wurde Kindern und Jugendlichen gesagt, sie müssten vor Begegnungen mit anderen Menschen Angst haben, vor allem in großen Gruppen oder in geschlossenen Räumen. Manche Schüler*innen finden aus dieser Angst schwer wieder raus.

Auch Prüfungsängste sind gestiegen. Es gibt Schüler*innen, denen es schwerfällt, wieder in Präsenz zu sein. In der Schule können sie nicht mehr in einem ruhigen, abgeschlossenen Rahmen ihre Arbeit abliefern, sondern müssen mit Geräuschen, mit Gerüchen zurechtzukommen und sollen noch Leistung erbringen. Sie haben das Gefühl, sie hätten so viel verpasst, dass sie gar nicht gut sein können. Das kann in Prüfungsklassen große Angst verursachen.

Schüler*innen neues Zutrauen zu vermitteln und für Entspannung zu sorgen, ist eine gemeinsame Aufgabe von Eltern und Lehrkräften. Wir Schulpsycholog*innen unterstützen dabei.

Zu Corona kommen jetzt geflüchtete ukrainische Kinder und Jugendliche dazu. Sie haben Dinge erlebt, die sie belasten. Weil wir ihre Sprache nicht sprechen, schafft das eine große Distanz. Ich bin begeistert, mit welchem Elan Schulen jetzt diese Herausforderung annehmen, und trotzdem ist eine psychologische Unterstützung für die Kinder wichtig. Und für die Lehrkräfte. Was können sie tun, wenn ein Kind unterm Tisch sitzt und nicht hervorkommen will?

Wie viele Schüler*innen sind betroffen?

Man kann davon ausgehen, dass in normalen Zeiten ungefähr 20 Prozent aller Schüler*innen im Lauf ihrer Schulzeit psychische Auffälligkeiten zeigen. Jetzt sind es doppelt so viele, wie verschiedene Studien aufzeigen.

Wie macht sich das bei euch bemerkbar?

Das merken wir an dem sehr hohen Fallaufkommen. Schüler*innen, die jetzt in der 3. Klasse sind, haben zwei nicht normale Schuljahre erlebt. Zu uns kommen Kinder, die können in der 2. Klasse nicht auf dem für die zweite Klasse zu erwartendem Niveau lesen, schreiben oder rechnen. Wenn Eltern ihre Kinder dann bei uns anmelden, vermuten sie eine Lese-Rechtschreibschwäche. Wir stellen aber fest, es geht um fehlenden Unterricht.

Zurzeit können Änderungen, wie ein Schulwechsel, weil die Eltern umgezogen sind, schon zu großen Problemen führen. Es ist viel Vertrauen verloren gegangen, und die entwickelten Ängste bremsen bei den betroffenen Kindern die weitere Entwicklung.

Könnt ihr das auffangen?
Wir schauen uns das Kind an, dann überlegen wir, welche Helfersysteme und Einrichtungen wir einschalten können. Wir prüfen, ob wir für das Kind einen Stufenplan oder eine therapeutische Begleitung brauchen, die dann externe Psychotherapeuten*innen übernehmen. Oder Hilfen für die ganze Familie. Im Einzelfall, beispielsweise bei Prüfungsängsten oder Störungen im Sozialkontakt, arbeiten wir mit den Kindern. Dafür gibt es viele systemische und beraterische Ansätze.

Das dauert doch bestimmt seine Zeit.
Das stimmt. Zurzeit müssen wir mit den vielen Fällen unser Netzwerk nutzen, damit die Kinder bzw. Jugendlichen schnell Hilfe bekommen. Leider sind auch die anderen Helfersysteme stark überlastet.

Bei Schulverweigerung stärken wir die Eltern, dass sie ganz konsequent ihr Kind unterstützen, in die Schule zu gehen. Eltern fragen sich oft, ob es überhaupt richtig ist, ihr Kind mit Zwang in die Schule zu schicken. Dabei geht es meist nicht um Zwang, sondern um die Steigerung des Selbstwerts und Selbstvertrauens beim Kind. Es muss geklärt werden, wie die Bedingungen sein müssen, damit das Kind den Weg zurück in die Schule findet. Das ist nicht einfach und gelingt auch nicht immer.

KOMMENTAR

Schulpsychologie – zu wenig Ressourcen für vielfältige Aufgabe

*Was es angesichts von Corona-Pandemie und Ukraine-Krieg mehr denn je braucht, sind stabile Unterstützungssysteme: Für die Kinder und Jugendlichen, die unter der Pandemie den Anschluss verloren haben, die sozial isoliert waren, die unter Ängsten leiden und sich schwer tun, wieder in die Schule zu gehen. Unterstützung brauchen aber auch geflüchtete Schüler*innen, die traumatisiert und ohne Sprachkenntnisse in unser Schulsystem integriert werden müssen. Nicht zuletzt dürfen auch Lehrkräfte und Schulleitungen, die einer immer heterogeneren Schülerschaft gegenüberstehen, nicht alleine gelassen werden. Gut, dass die Schulpsychologie seit vielen Jahren so breit aufgestellt ist: Egal ob es um Lern- und Leistungsschwierigkeiten, psychische Auffälligkeiten in der Schule, Mobbing oder um Schulabsentismus geht, Schulpsycholog*innen können helfen. Nicht nur, indem sie Schüler*innen und Eltern beraten, sondern auch weil sie Lehrkräften schulpsychologische Expertise vermitteln und Coaching und Supervision anbieten.*

*Aber die Ressourcen sind knapp: Weil Stellen(anteile) unbesetzt sind, weil es an Verwaltungsstellen fehlt und Schulpsycholog*innen diese Arbeiten erledigen und weil die Regionalstellen des ZSL mit zu wenig Personal zu viel leisten sollen. Aber auch weil schulpsychologische Vertretungsstellen aufgrund kurzer Laufzeiten allenfalls für Studienabgänger*innen attraktiv und mit viel Einarbeitungsaufwand für die Kolleg*innen vor Ort verbunden sind. Und weil das Land selbst Personen, die schon jahrelang in der Schulpsychologie arbeiten, keine Perspektive bietet.*

*Als Gewerkschafterin, als Personalrätin und nicht zuletzt als Schulpsychologin wünsche ich mir, dass Forderungen nach einer Entlastung von Verwaltungsaufgaben und Schaffung von (Pool)Stellen für die Schulpsychologie von Entscheidungsträger*innen ernst genommen und nicht nur durch die Brille der Kostenneutralität betrachtet werden. Hoffnung macht die jüngste Ankündigung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann, dass die Zahl der Schulpsycholog*innen im Land in Folge des Ukraine-Krieges erhöht werden soll. Mit Spannung beobachten wir, was aus der Ankündigung wird. Würden 100 neue Schulpsycholog*innenstellen geschaffen, wäre immerhin die Forderung der KMK aus den 1970er (!) Jahren für die schulpsychologische Versorgung in Baden-Württemberg erfüllt.*

Christina Horn,
Mitglied im HPR außerschulischer Bereich und im ÖPR des ZSL

Foto: imago

Foto: Evi Maziol

„Die Kraft vieler Lehrkräfte ist am Ende. Die ständig neuen Corona-Regelungen, die nicht voraussehbar sind und waren, belasten sie."

Wie geht es den Lehrkräften, die sich an euch wenden können?
Hier geht es um Themen wie Burnout oder Konflikte im Kollegium. Die Kraft vieler Lehrkräfte ist am Ende. Die ständig neuen Corona-Regelungen, die nicht voraussehbar sind und waren, belasten sie. Unterschiedliche Haltungen, was richtig ist und wie der Weg aus der Krise möglich wird, führte in Kollegien zu mehr Konflikten. Dazu kommt, dass Schulleitungen erwarten, dass die Kollegien gut funktionieren und sie das Letzte geben. Das Letzte haben sie aber schon gegeben. Das zu akzeptieren und damit umzugehen, ist für die Schulen natürlich sehr schwierig, zumal jetzt bereits die nächste Krise auf die Schulen zurollt.
Wir beraten auch Schulleitungen, wie sie für sich selbst sorgen können. Auch ihnen schlagen Konflikte aufs Gemüt. Manchmal laden wir Teile eines Kollegiums in die Beratungsstelle ein, um aus einer verfahrenen Situation einen Ausweg zu finden. Dabei geht es nicht darum, wer Recht hat, sondern wie sie aufeinander zugehen und zusammen arbeiten können.

Illustration: Virinka

Bekommt ihr hier auch Unterstützung aus einem Netzwerk?
Wir bräuchten hier Unterstützung aus den Regionalstellen, die aber wie in Stuttgart oder auch anderswo, unterbesetzt sind. Nach drei Jahren Umbau im Rahmen des Qualitätskonzepts ist das Personal immer noch nicht so aufgestellt, um für Schulen da sein zu können. Es ist dringend erforderlich, dass dort neue Stellen für Psychologische Schulberater*innen geschaffen werden!
Beispielsweise war das Arbeitsfeld Beratung der Regionalstelle Stuttgart lange Zeit chronisch unterbesetzt. Jetzt konnte der Berg an Aufgaben verständlicherweise nicht unmittelbar bewältigt werden. Für dieses große Gebiet mit präventiven und beraterischen Aufgaben braucht es wenigstens fünf Personen, die was anpacken und voranbringen können. Die Schulen sind auf die gute Arbeit und die Ressourcen angewiesen.

Gibt es Aussichten, dass es besser wird?
Nicht wirklich. Von den 218 Stellen für Schulpsycholog*innen waren im Sommer in Baden-Württemberg nur zwei Drittel besetzt. Ein Viertel fehlt jetzt immer noch. Ein Grund liegt in der sehr schleppenden Stellenbesetzung. Wenn Kolleg*innen, die ähnlich wie bei den Lehrkräften oft jung sind, in Elternzeit gehen, wartet man, bis der Antrag eingereicht wurde, bevor man überhaupt ausschreibt. Bis zur Besetzung dauert es dann nochmal ein halbes bis dreiviertel Jahr. Die Stellen sind somit oft ein ganzes Jahr lang oder länger nicht besetzt.
Im Gespräch mit Kultusministerin Theresa Schopper haben wir Lösungsvorschläge erarbeitet. Zum einen schlagen wir vor, das Besetzungsverfahren bei den befristet zu besetzenden Stellen zu vereinfachen, zum anderen entstand die Idee, in den 6 Regionalstellen des Landes einen Stellenpool mit 40 Stellen einzurichten, aus dem die 28 Beratungsstellen flexibel versorgt werden können.

Das Kultusministerium hat aber abgelehnt.
Ja, weil der Pool nicht kostenneutral sei. Wenn Kolleg*innen aus der Elternzeit zurückkommen wollen, würden zu viele Stellen besetzt sein. Wir sind enttäuscht. So bleiben wir über Jahre unterbesetzt. Dabei wäre das ein sehr eleganter Weg, die vakanten Stellen erst aufzufüllen und dann Stück für Stück aufzustocken. Das Poolmodell ist ideal, um Fachkräfte zu halten und die Schulpsychologie zu stärken.

Die Ministerin hat beim Schulleitungstag der GEW betont, die sozial-emotionale Entwicklung der Kinder sei wichtiger als binomische Formeln. Es kann nicht daran liegen, dass die Ministerin das nicht wichtig findet.
Die Ministerin hätte es gerne, dass hier mehr passiert. In ihrem Haus oder in der Landesregierung gibt es aber Bremser.

Im Rahmen von „Lernen mit Rückenwind" soll es zusätzlich 23 Stellen für Beratung geben, allerdings befristet auf 2 Jahre.
Inzwischen nur noch auf ein Jahr, weil wir es aufgrund der Besonderheit der Stellen mit neuen Anforderungen und Prozessen nicht schaffen, frühzeitiger Personal einzustellen.

Bei 4.500 Schulen im Land werden 23 Stellen an Schulen nicht viel bewirken können.
Das sind nicht mal 23. Davon werden Beratungslehrkräfte abgezogen, die aus dem Ruhestand zurückkommen. Wenn es hochkommt, bekommen wir 15 Psychologen*innen, die im Rahmen von Lernen mit Rückenwind tätig sein werden.
Wir haben beispielsweise in der Regionalstelle Stuttgart 8 Stellen beantragt. Wir konnten davon zweieinhalb besetzen. Wir werden

Foto: d+d / photocase

*„In Krankenhäusern wird von Triage gesprochen. Bei uns ist es ähnlich. Wir müssen auswählen. Früher hatten Schulverweiger*innen immer Vorrang und haben sofort einen Termin bekommen. Selbst das können wir im Moment nicht leisten."*

die bereitgestellten Mittel nie und nimmer so schnell ausschöpfen können. Es sollte eine Verlängerung geben. Dass zwei Jahre lang kein normaler Schulbetrieb stattfand, wird uns noch viele Jahre beschäftigen.

Wäre alles gut, wenn die 218 Stellen besetzt wären?
Das wäre ein guter Sockel, es würde aber nicht reichen. Es muss ein stetiger Ausbau geplant werden. Die Schulpsychologie hat mittlerweile viele Aufgaben übernommen: Fortbildung von Lehrkräften, die Beratungslehrerausbildung, Unterstützung von sozial-emotionalem Lernen, Umgang mit geflüchteten Kindern, Kriseneinsätze – auch Überwindung von Traumata und vieles andere mehr.
Das Land muss darüber nachdenken, zeitnah mindestens noch 100 Schulpsycholog*innen einzustellen. Und dann an den Strukturen arbeiten, dass die Beratungsstellen im Land besser verteilt sind.

Vor knapp 4 Jahren hast du dich vehement dafür eingesetzt, dass die gekürzten Stellen für die Verwaltungskräfte wieder aufgebaut werden und Schulpsycholog*innen nicht auch noch das Telefon bedienen müssen. In der Zwischenzeit wurde das Qualitätskonzept umgesetzt. Musst du immer noch ans Telefon?
Wir in Ludwigsburg müssen nicht mehr ans Telefon. Wir haben eine 100-Prozent-Stelle bekommen und konnten sie auch kompetent besetzen. Für alle 28 Beratungsstellen gibt es aber nur 23 Verwaltungsstellen, davon sind nur 17 oder 18 besetzt. Wir fordern eine Verwaltungskraft für fünf Schulpsycholog*innen. Vor allem jetzt bei dem großen Fallaufkommen benötigen wir dringend diese Unterstützung.

Ihr seid doch eine gute Investition. Wenn beispielsweise mit eurer Unterstützung Schulverweiger*innen wieder regelmäßig in die Schulen gehen und nicht abrutschen, ist viel Geld gespart.
Es wird in Krankenhäusern von Triage gesprochen. Bei uns ist es ähnlich. Wir müssen auswählen. Früher hatten Schulverweiger*innen immer Vorrang und haben sofort einen Termin bekommen. Selbst das können wir im Moment nicht leisten. Wenn sich eine Schulverweigerung eingeschlichen hat, wird es immer schwerer, Schüler*innen zurückzubringen. Ein stationärer Aufenthalt oder eine lange Psychotherapie verursacht viel mehr Kosten, als wenn wir zeitnah reagieren könnten.

Was kommt zurzeit noch zu kurz?
Dass wir Schulen bei Pädagogischen Tagen oder Fortbildungen nicht mehr unterstützen können. Neu angefragte Supervisionen können wir zurzeit nicht anbieten. Bei Mobbingfällen müssen die Betroffenen auch deutlich länger auf Unterstützung warten. Wir müssen unsere Kraft darauf konzentrieren, Einzelfälle zu bearbeiten, die Beratungslehrkräfteausbildung durchzuführen und Schulen beim Umgang mit Krisenereignissen zu unterstützen. Es tut uns weh, dass wir nicht mal mehr das Nötigste machen können.

Du bist auch Bezirkspersonalrätin. Welche Themen sind hier wichtig?
Warum sind so viele Stellen nicht besetzt und warum sind die Stellenbesetzungsverfahren so langsam? In der Pandemie mussten wir sehr viel online beraten. Da gab es Probleme mit der Datensicherheit oder mit der Verbindung. Das ist immer eine Berg- und Talfahrt und oft eine Zumutung. Inzwischen läuft es aber immer besser. Wichtig ist, dass uns hier die Mittel nicht wieder entzogen werden.

Maria Jeggle
b&w-Redakteurin

FALLBEISPIELE DER SCHULPSYCHOLOGIE

Hilfe von außen

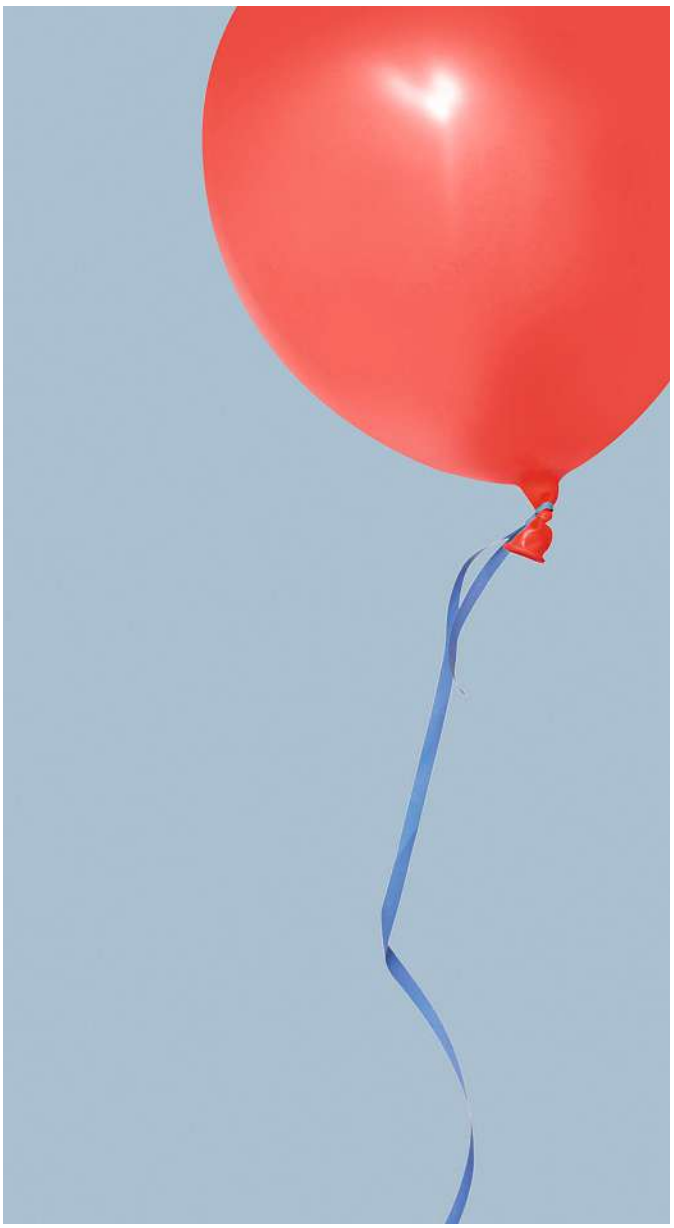
*Krisenintervention, Beratung von Lehrkräften und Schüler*innen sowie Unterstützung bei Mobbing: Schulpsycholog*innen haben ein breites Aufgabenspektrum. Aus dem Alltag in den Schulpsychologischen Beratungsstellen Stuttgart und Albstadt berichten Anne Niedermeyer und Christian Achnitz.*

Anne Niedermeyer ist seit 2007 als Schulpsychologin tätig und weiß aus langjähriger Erfahrung, dass viele Lehrkräfte über ihre Grenzen gehen und versuchen, Probleme allein zu lösen. „Dabei gibt es Unterstützung außerhalb der Schule", betont die 44-Jährige. Oft kann sie Lehrer*innen schon mit ein, zwei Beratungsgesprächen weiterhelfen. Ein gutes Beispiel dafür ist eine Lehrkraft, die sich an die Schulpsychologischen Beratungsstelle Stuttgart wendet, weil sie sich mit einem ihrer Schüler in ihrer Vorbereitungsklasse überfordert fühlt. Der 14-jährige Syrer ist erst wenige Wochen in Deutschland. Er spricht kaum Deutsch, verhält sich ruhig, zurückhaltend und wirkt traurig. Sorgen macht sich die Lehrerin, weil er manchmal ganz unvermittelt anfängt zu weinen und sich dann in ein Regal zwischen Kisten verkriecht, wo er sich nach und nach beruhigt. Hinzukommt, dass er seine Mütze nicht abnehmen will, was an der Schule nicht erwünscht ist. In Situationen, in denen er sich bedrängt fühlt, schlägt er um sich.

Niedermeyer nimmt sich des Falles an. Im ersten Beratungsgespräch geht es darum aufzuklären: Wie lassen sich die Belastungsreaktionen des Jungen einordnen? „Dafür müssen wir nicht wissen, was der Schüler auf der Flucht oder in seinem Heimatland erlebt hat. Es reicht zu sehen, dass er belastet oder womöglich traumatisiert ist", erklärt Niedermeyer. Hat der Junge Todesangst und Kontrollverlust erlitten, reagiert er mit Weinen, wenn Bilder oder Erlebnisse ganz unvermittelt wieder vor seinem inneren Auge auftauchen. Um die Kontrolle wieder zu erlangen, verkriecht er sich im Regal, das ihm Schutz und Sicherheit bietet. So kommt er zurück ins Hier und Jetzt. Auch die Mütze bietet ihm Schutz und eine gewisse Abgrenzung. „Die aggressiven Durchbrüche sind ebenfalls ein Versuch, Kontrolle wiederzuerlangen. Dieser Fight-Modus bezieht sich auf vergangene Erlebnisse, nicht auf aktuelle Situationen oder Mitschüler*innen", macht die Schulpsychologin deutlich. Allein mit diesem Hintergrundwissen fällt der Lehrerin der Umgang mit dem Schüler leichter.

Foto: imago

Foto: imago



Nur wer selbst stabil auf beiden Beinen steht, kann andere stabilisieren.

Blick auf die innere Haltung

Zudem gibt Niedermeyer Anstöße, die innere Haltung zu überdenken und womöglich zu ändern. „Es macht einen Unterschied, ob ich denke, dass nur ein Teil und nicht die ganze Person verletzt ist", hebt sie hervor. Im Fachjargon heißt das Konzept „Teilearbeit". Die Schulpsychologin erlebt immer wieder, dass Lehrkräfte unbewusst versuchen, das Leid von den Schultern der belasteten Schüler*innen zu nehmen, es ungeschehen zu machen. „Das funktioniert natürlich nicht und ein Umdenken ist hilfreich. Es gilt anzuerkennen, dass es eine krasse Situation ist, und das Beste daraus zu machen", veranschaulicht sie.
In ihrer Beratung gibt Niedermeyer auch konkrete Tipps für den Schulalltag. Einfache Ablenktechniken wie ein Knackfrosch, scharfe Hustenbonbons oder eine Rechenaufgabe können helfen, wenn der Schüler unruhig wird und droht abzugleiten. Zu den Erste-Hilfe-Maßnahmen zählen auch Atem- und Körperübungen, die die Schulpsychologin der Lehrkraft zeigt.

Grenzen erkennen und akzeptieren

Ein weiterer Baustein ihrer Beratung ist die Selbstfürsorge. „Die kommt bei Lehrkräften oft viel zu kurz, ist aber immens wichtig. Nur wer selbst stabil auf beiden Beinen steht, kann andere stabilisieren", macht Niedermeyer klar. Sie ermutigt die Lehrkraft, ihre Grenzen wahrzunehmen und diese zu akzeptieren.
Nach dem ersten Beratungsgespräch folgt auf Wunsch der Lehrkraft ein Vor-Ort-Termin an der Schule, damit Niedermeyer sich ein Bild macht, ob die Stabilisierung an der Schule ausreicht, oder eine Therapie empfehlenswert ist. Im Anschluss gibt es ein Nachgespräch, und sie erfährt kurze Zeit später, dass die Lehrkraft nun gut mit dem Schüler klarkommt.

Tom und der rote Wutballon

Zu Niedermeyers Alltag gehört auch die Arbeit mit Schüler*innen, wie zum Beispiel mit dem Erstklässler Tom. Seine Eltern melden sich in der Beratungsstelle, weil ihr Sohn zu heftigen Wutausbrüchen neigt. Von einem Moment auf den anderen fängt er an zu schreien, schlägt um sich, wirft mit Gegenständen, tritt gegen Möbel und Ranzen. Es gibt Beschwerden von Eltern und Fachlehrer*innen, seine Mitschüler*innen sind teilweise eingeschüchtert oder meiden ihn. Zwar fängt die Klassenlehrerin ihn in diesen Situationen gut ein, aber sie kann das nicht ständig leisten, da sie viele Schüler*innen in der Klasse hat.
Nach dem Erstgespräch mit den Eltern lautet Niedermeyers Auftrag: Tom zu helfen, damit er sich besser regulieren kann. Zum ersten Termin kommt Tom – ein kleiner, zarter und pfiffiger Junge – mit seinem Vater. „Tom war sehr zugänglich, und ich konnte gleich heraushören, dass er unter der Situation leidet und sich wünscht, etwas zu ändern", berichtet die Schulpsychologin. Gemeinsam schauen sie sich an, was aus ihm herausplatzt, um es besser zu verstehen. Niedermeyer wendet dafür die Methode der Externalisierung an, das heißt, sie regt Tom an, seiner Wut eine Gestalt zu geben. Tom ist sofort klar: Seine Wut ist ein knallroter Wutballon, der schnell groß wird und dann platzt. Da er gern malt, malt er den Ballon. Dann ermutigt Niedermeyer ihn, etwas zu suchen, was ihm helfen könnte. Auch das geht im Handumdrehen. Im Nu bringt Tom einen gelben Friedensballon mit einem lachenden Gesicht zu Papier. In Toms Vorstellung pumpt sich der Friedensballon langsamer als der Wutballon auf und bleibt deswegen kleiner. Im weiteren Verlauf überlegen sie, wie man den Friedensballon unterstützen könne. Prompt hat Tom die Lösung: eine Luftpumpe, die schnell

Foto: markusspiske/photocase

Ein Luftballon kann der Wut eine Gestalt geben: Die Wut ist ein knallroter Wutballon, der schnell groß wird und dann platzt.

> *„Manche Lehrkräfte versuchen unbewusst, das Leid von den Schultern der belasteten Schüler*innen zu nehmen, es ungeschehen zu machen."*
>
> **Anne Niedermeyer**

Luft in den Friedensballon pumpt und gleichzeitig Luft aus dem Wutballon saugt. Dann malt Tom noch eine Fernbedienung, damit er die Pumpe auch bedienen kann. „Diese klassische Arbeit aus dem Bereich der Externalisierung funktioniert mit Kindern im Grundschulalter oft verblüffend gut", informiert Niedermeyer. Zum Abschluss gibt sie ihm die Hausaufgabe, im Alltag zu probieren, rechtzeitig auf den Knopf der Fernbedienung zu drücken, sobald der Wutballon auftaucht. Im Folgetermin bespricht sich Niedermeyer mit den Eltern und optimiert das Bild zusammen mit Tom. „Wichtig ist das Expertendreieck Kind, Eltern, Lehrkraft. Das hat in diesem Fall wunderbar geklappt, denn alle hatten Freude und die Bereitschaft miteinander zu arbeiten", sagt Niedermeyer zufrieden. Mit Erfolg, denn die Schulpsychologin hat nichts mehr von Toms Eltern gehört. Ein gutes Zeichen.

Hilfe bei Mobbing und in Krisen

Durch den Lockdown hat sich in vielen Schulen die Stimmung mächtig aufgeheizt. Mobbing, Suizidalität und Schulabsentismus haben zugenommen. Das macht sich auch im Alltag von Christian Achnitz bemerkbar. Der Schulpsychologe arbeitet an der Schulpsychologischen Beratungsstelle Albstadt. Er und seine drei Kolleg*innen haben 150 Schulen in zwei Landkreisen zu betreuen. Erst vor kurzem hatte Achnitz wieder eine Anfrage wegen eines Mobbingfalls. Eltern eines Schülers hatten sich an die Beratungsstelle gewandt, weil ihr Sohn sich von einem ehemaligen Freund drangsaliert und gemobbt fühlte. Nach dem Erstgespräch lautete sein Auftrag, eine No-Blame-Klasseninterventionen und ein Betroffenencoaching durchzuführen, mit dem Ziel, dass der Junge sich sicherer fühlt und wieder gern in die Schule geht. Denn aufgrund der belastenden Situation war er oft krank und fehlte häufig.

Arbeiten mit Unterstützergruppe

Bevor Achnitz mit der Intervention starten konnte, holte er sich das Einverständnis von der Schulleitung, der Klassenlehrerin, den Eltern und dem betroffenen Schüler ein. Bei der Klassenlehrkraft informiert er sich über positive Charaktereigenschaften des Schülers, der mobbt, des Mittäters und über Mitschüler*innen, die dem Betroffenen freundlich oder neutral gegenüber eingestellt sind. Auf diesem Weg stellt er eine sogenannte Unterstützergruppe zusammen. Dann geht er unangekündigt in die Klasse – nur der Betroffene weiß darüber Bescheid. Achnitz erklärt den Schüler*innen, dass es ein Problem gäbe und lädt die vorher ausgewählten Schüler*innen ein, bei der Lösung zu helfen. Mehr sagt er nicht. „Der Überraschungseffekt war groß und alle sind sofort einverstanden, mitzumachen. Sie waren neugierig, warum sie ausgesucht wurden und worum es ging", erklärt der 57-Jährige, der seit elf Jahren bei der Beratungsstelle tätig ist.

Beim darauffolgenden Gespräch mit der Unterstützergruppe, erläutert Achnitz jedem Schüler und jeder Schülerin, warum sie in der Unterstützergruppe sind, zum Beispiel: „Peter, du bist

Fotos: imago

mit dabei, weil du dich traust, vor der Klasse deine Meinung zu sagen." Das erhöht die Bereitschaft, mitzumachen. Danach erst schildert der Schulpsychologe das Problem: Dass David sich nicht traue, in die Schule zu kommen, weil er gemobbt würde. Achnitz fragt, wie es gelingen kann, dass David sich wieder wohlfühlt, und gemeinsam sammeln sie Ideen, die sie auf Karten festhalten. „Das hat richtig gut funktioniert und auch der Täter hat konstruktive Ideen eingebracht", berichtet Achnitz.

„Es wird nicht auf einer Entschuldigung bestanden, vielmehr geschieht diese implizit durch die Verhaltensänderung des Täters und der Mittäter. Es reicht, wenn sie das Opfer in Ruhe lassen."
Christian Achnitz

Wertschätzung statt Konfrontation

Er hat viele gute Erfahrungen mit dieser Methode gemacht, die auf Wertschätzung und nicht auf Konfrontation aufbaut. Dadurch ist das Risiko, dass die Situation eskaliert, gering. „Es wird nicht auf einer Entschuldigung bestanden, vielmehr geschieht diese implizit durch die Verhaltensänderung des Täters und der Mittäter. Es reicht, wenn sie das Opfer in Ruhe lassen", informiert Achnitz.

Auch das Betroffenencoaching verläuft erfolgreich. Achnitz vermittelt konstruktive, sozialverträgliche Methoden, wie David für sich einstehen, sich abgrenzen und sich Unterstützung holen kann. Er gibt ihm Möglichkeiten an die Hand, wie er sich in unterschiedlichen Situationen am besten verhält und übte diese in Rollenspielen mit ihm. Auch ungünstige Verhaltensweisen werden thematisiert. So weit so gut. Aber anstatt die positiven Strategien einzusetzen, wendet David die negativen an und wird vom Opfer zum Täter. Trotz Gesprächen mit Achnitz, der Mutter und der Klassenlehrerin ändert er sein Verhalten nicht. Die Klassenlehrerin bleibt mit Achnitz in Kontakt und hartnäckig. Immer wieder weist sie David darauf hin, dass sie sein Betragen nicht dulde und die Situation im Blick habe. Sie holt die drei beteiligten Schüler an einen Tisch und gemeinsam suchen sie nach Lösungen, was jeder tun kann, damit sich alle wohlfühlen. Das hat gewirkt und die Drei versuchen nun, wieder freundschaftlich miteinander umzugehen. „Man kann die Dynamik nicht vorhersagen, und so wurde der Fall ein bisschen tricky", stellt Achnitz fest. Die Ausdauer aller Beteiligten hat sich gelohnt: Die Klasse, die vorher als schwierig und unruhig galt, ist nach der No-Blame-Klassenintervention erstaunlich ruhig, wie Achnitz von der Lehrerin erfährt.

Andrea Toll,
Journalistin und Texterin
www.textwerkstatt-ulm.de

100 JAHRE SCHULPSYCHOLOGIE BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Geschichte der Beratungsarbeit ist auch eine Geschichte, wie das Land Baden-Württemberg die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen gesteuert, gefördert oder vernachlässigt hat

1. Nov. 1922 — **Geburtsstunde der Schulpsychologie in Baden-Württemberg und in Deutschland**
Damals nahm der erste deutsche Schulpsychologe Dr. Hans Lämmermann in Mannheim seine Arbeit auf. Zu seinem Aufgabenbereich gehörten Schullaufbahn, Einzelfall-, Berufs-, Systemberatung und Aktionsforschung.

1933 — Psychologie wurde damals vorwiegend mit dem Juden Sigmund Freud assoziiert. 1933 schlossen daher die Nazis die erste deutsche schulpsychologische Beratungsstelle.

1950 — Es dauerte fast zwei Jahrzehnte, bis am 11. Sept. 1950 wieder eine schulpsychologische Beratungsstelle in Heidelberg eröffnet wurde. 1953 wurde die Beratungsstelle in Mannheim wiedereröffnet.

1956/57 — Die ersten Beratungslehrer*innen, die sogenannten Schuljugendberater*innen, wurden ausgebildet.

1960er-Jahre — 1964 erschien Georg Pichts Artikelserie „Die deutsche Bildungskatastrophe". 1965 formulierte Ralf Dahrendorf „Bildung als Bürgerrecht": „Jeder Mensch hat ein Recht auf eine seiner Leistungsfähigkeit entsprechende weiterführende Ausbildung."

Um dem drohenden Bildungsnotstand zu begegnen, wurden viele Rettungsmaßnahmen ergriffen. Unter anderem wurden die ersten schulpsychologischen Dienste institutionalisiert. In Baden-Württemberg entstanden die ersten fünf Bildungsberatungsstellen im ländlichen Raum: Mosbach, Schwäbisch Hall, Balingen, Villingen, Biberach. Das soziale und regionale Bildungsgefälle sollte abgebaut werden. Für die „Ausschöpfung der Begabungsreserven" wurden Psycholog*innen benötigt, die die Fähigkeiten der Schüler*innen mittels Testdiagnostik erfassen und die Kinder den entsprechenden Schularten „zuführen" können.

In dieser Anfangsphase trat die Schullaufbahnberatung in den Vordergrund. Den Schüler*innen sollte Unter- oder Überforderung „erspart" bleiben und der Gesellschaft sollten „Kosten erspart" werden, die durch Fehlentscheidungen von Schullaufbahnen entstehen.

Nur 7,5 Prozent eines Jahrgangs machten Anfang der 60er-Jahre das Abitur. Ein politisches Ziel war die Verdoppelung dieses Anteils.

Die Tätigkeit der ersten Bildungsberater*innen wurde ausführlich dokumentiert und verdeutlichte den Nutzen der Psychologie für die Bildungspolitik. Dies hatte nachhaltige Auswirkung auf den Schulentwicklungsplan, und die Schulpsychologie genoss das Ansehen der Politik.

Bei Schulverwaltung und Lehrkräften waren die Psycholog*innen hingegen nicht überall willkommen. Da mussten sich „erfahrene" Pädagog*innen plötzlich mit jungen Psycholog*innen an den Tisch setzen und ihre Arbeit in Frage stellen. Zudem hatte die wissenschaftliche Psychologie durch ihre „Einmischung" in pädagogische „Pfründe" nicht nur positive Resonanz hinterlassen.

Dennoch waren die ersten Jahre von Euphorie und Tatendrang geprägt. Durch persönliche Kontakte und positive Erfahrungen wurden viele Vorbehalte abgebaut.

1969 — Bis 1975 wurden ca. 700 Beratungslehrkräfte ausgebildet und die Bildungsberatung im Schulgesetz verankert.

1979 — Das einheitliche Konzept der schulpsychologischen Arbeit ging nach dem Wechsel zu den Oberschulämtern verloren. Allmählich wandelte sich die Tätigkeit von der Bildungsberatung zur schulpsychologischen Beratung, von umfassenden Untersuchungen und wissenschaftlichen Begleitungen zur Weiterentwicklung des Bildungswesens hin zu Einzelfallhilfe bei auftretenden Schulschwierigkeiten und Schullaufbahnfragen. Mit der Beratungslehrkräfteaus- und -fortbildung und der Supervision kam eine weitere Aufgabe hinzu.

1980 — Beginn der Mitwirkung an der schulinternen, regionalen und zentralen Lehrkräftefortbildung.

1983 — Die Bildungsberatung und Schulpsychologie war 1983 ernsthaft gefährdet, als der damalige Fraktionsvorsitzende der CDU im Landtag, Erwin Teufel, laut über eine Auflösung der Bildungsberatungsstellen und die Verlagerung der Psycholog*innen in den Jugend-Strafvollzug nachdachte.

1984 — Erlassung neuer Richtlinien für die Bildungsberatung. Zum ersten Mal wird von Schulpsychologen statt von Bildungsberatern gesprochen.

1997 — Änderung der Richtlinien für die Bildungsberatung. Der Name Bildungsberatungsstellen wurde durch den Begriff Schulpsychologische Beratungsstellen ersetzt.

2000 — 8 weitere psychologische Schulberater*innen wurden in den Oberschulämtern eingestellt.

2007 — 50 neue Schulpsycholog*innen wurden eingestellt.

2009 — Eingliederung der Schulpsychologischen Beratungsstellen in die Staatlichen Schulämter.

2010 — Ausbau der Schulpsychologie nach dem Amoklauf an der Albertville-Realschule in Winnenden.

2013 — 218,5 Planstellen stehen für Schulpsycholog*innen zur Verfügung.

2019 — Eingliederung der Schulpsychologischen Beratungsstellen in die Regionalstellen des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL).

Zusammenstellung von Wolfgang Ehinger (bis 2008) und Gustav Keller, stark gekürzt

GEW-FACHTAG

Bildung. Digital. Gestalten

*In Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung fand Anfang Mai in Stuttgart der GEW-Fachtag „Bildung. Digital. Gestalten" statt. Eingeladen waren Expert*innen aus Bildungseinrichtungen, der Politik und den Kommunen.*

„Bildung in einer digital geprägten Welt zu gestalten, ist eine Gemeinschaftsaufgabe", stellte die GEW-Landesvorsitzende Monika Stein auf der GEW-Tagung klar. Auch Florian Koch von der Friedrich-Ebert-Stiftung hob die Bedeutung hervor, die verschiedenen Akteure*innen bei diesem Thema zusammenzubringen. Die Staatssekretärin des Kultusministeriums, Sandra Boser, kündigte unter anderem an, schulrechtliche Regelungen an die digitale Entwicklung anzupassen und den Digitalisierungsstand der Schulen zu erfassen.

Unter dem Titel „Technik. Pädagogik. Politik" diskutierten die Landtagsabgeordneten Ralf Nentwich (Grüne), Matthias Miller (CDU) und Katrin Steinhülb-Joos (SPD) mit Norbert Brugger vom Städtetag Baden-Württemberg und David Warneck von der GEW darüber, wo die Schulen stehen und was sich ändern muss. Weil im Rahmen der Corona-Hilfe die Mittel für Wartung und Support der Leihgeräte für Lehrkräfte zum Jahresende auslaufen, waren sich alle einig, dass es zeitnah eine Perspektive geben muss. Die GEW forderte aufgrund des coronabedingten Digitalisierungsschubs, die Anrechnungsstunden für Netzwerkbetreuer*innen zu erhöhen. „Mittel- bis langfristig brauchen wir aber externe IT-Fachkräfte für die Schulen – dort muss aber auch deren Ausbildung beginnen. Doch nur an zwei der sechs Pädagogischen Hochschulen kann Informatik studiert werden. Wer also soll das Fach in Zukunft unterrichten?", fragte David Warneck.

Ziel für die Podiumsgäste war, Lehrkräfte und Schüler*innen dauerhaft mit digitalen Geräten auszustatten. Unter dem Titel „Schulträgerschaft im 21. Jahrhundert" sei das Land in Verhandlungen mit dem kommunalen Spitzenverbänden, um eine angemessene Lastenteilung zu vereinbaren.

Thomas Reck und Ricarda Kaiser (außen) moderierten die Diskussionsrunde mit Matthias Miller (CDU), Ralf Nentwich (Grüne), David Warneck (GEW), Katrin Steinhülb-Joos (SPD) und Norbert Brugger (Städtetag BaWü) (von links)

Eine zentrale Rolle bei der Unterstützung der Schulen spielen aus Sicht der GEW die Stadt- und Kreismedienzentren. „Sie bieten eine umfassende Expertise und sind zugleich eine Anlaufstelle, die flächendeckend zur Verfügung steht" sagte Warneck und begrüßte, dass das Medienzentren-Gesetz laut Koalitionsvertrag angepasst werden soll. Daneben sei es wichtig, dass Lehrkräfte digitale Medien rechtssicher einsetzen können und Schulleitungen beim Datenschutz entlastet werden. Kontrovers wurde dabei sowohl der Einsatz von Microsoft 365 als auch die Entscheidung, dass BelWü künftig nicht mehr für die Schulen zuständig sein soll, diskutiert (mehr dazu Seite 38).

Gelungene Beispiele aus der Praxis zeigten die Best-Practice-Foren

Der Schulleiter Klaus Ramsaier erläuterte im Forum „Schule", wie der Einsatz digitaler Medien den Schulalltag an der Friedrich-Boysen-Realschule in Altensteig positiv verändert hat. Das Forum „Kommune" wurde geleitet von Otto Ruppaner, Bürgermeister der Gemeinde Köngen, sowie dem Schulleiter der örtlichen Gemeinschaftsschule, Martin Raisch, und Stefan Raaf vom Medienteam des Kollegiums. Sie stellten dar, warum sich die Kommune lange vor dem Digitalpakt und Corona entschlossen hatte, alle Lehrkräfte und Schüler*innen mit digitalen Endgeräten auszustatten.

Im Forum „Unterricht" stellte Torsten Traub, Leiter des Referats schulische Medienbildung beim Landesmedienzentrum, digitale Tools vor und zeigte, wie diese im Unterricht eingesetzt werden können.

Im Rahmen des Fachtags sollte aber auch der Austausch aller Akteur*innen ermöglicht werden. So konnten sich die Teilnehmer*innen vernetzen, über Erfahrungen austauschen sowie Impulse und Ideen mitnehmen. Ricarda Kaiser und Thomas Reck von der GEW betonten, dass sich die Bildungsgewerkschaft weiterhin dafür einsetze, Bildung digital zu gestalten und den Dialog mit allen Beteiligten fortzusetzen.

b&w

Heft Nr. 3 | 20.05.2022 | 55. Jahrgang | ISSN 0178-0786

unterrichtspraxis

Beilage zu „bildung und wissenschaft“
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg

BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Umsetzungsmöglichkeiten schon für die Grundschule

Auch wenn Bildung für nachhaltige Entwicklungen (BNE) als eine der Leitperspektiven im aktuellen Bildungsplan Baden-Württembergs genannt wird, zeigen aktuelle Umfragen, dass BNE häufig nur von den Lehrkräften im Unterricht umgesetzt wird, die zu diesem Thema affin sind. Hier werden eine Reihe von Umsetzungsmöglichkeiten für die Grundschule und andere Schularten vorgestellt, die sich in den Unterrichtsalltag integrieren lassen.

Foto: Imago

Jahrhundert-Hochwasser in Australien

Die aktuellen Überschwemmungen in Australien, die schneearmen und viel zu warmen Winter in Europa oder die heißen Sommer in Deutschland führen uns vor Augen, dass wir so, wie wir im Moment leben, nicht weitermachen können. Die hier nur kurz genannten Bedrohungen haben natürlich auch Auswirkungen auf Bildungseinrichtungen wie Schulen oder Hochschulen. Welche Kompetenzen brauchen Heranwachsende, um angesichts der zerstörerischen Entwicklungen handlungsfähig zu sein? Wie müssen Bildungsprozesse organisiert werden, um auf Handlungsfähigkeit abzielende Kompetenzen auch tatsächlich zu fördern? Und wie sollen wir mit Themen wie dem Klimawandel oder weltweiten Ungerechtigkeiten in Schulen umgehen? Das Konzept einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), auf das in diesem Beitrag eingegangen wird, versucht Antworten auf diese Fragen zu geben. Dabei verfolgt dieser Beitrag zwei Ziele: Es wird herausgearbeitet, dass BNE und das angrenzende Konzept des Globalen Lernens umfassende Bildungsziele beinhalten, die sich nicht nur auf einen Bereich schulischen Lernens, beispielsweise naturwissenschaftliche Fächer, beziehen; zum anderen soll über die Unterrichtsbeispiele deutlich werden, dass es eine ganze Reihe von Umsetzungsmöglichkeiten gibt, die bereits in der Grundschule thematisiert werden können.

Was lässt sich unter BNE verstehen?

Als zentrales Moment für die Entstehung des Konzeptes BNE gilt die UN-Konferenz 1992 in Rio de Janeiro. Die dort versammelten 178 Länder sprachen sich für eine nachhaltige Entwicklung als internationales Leitbild aus. Sie verabschiedeten darüber hinaus drei Konventionen, nämlich zum Klimaschutz, zum Schutz der Biodiversität sowie zur Bekämpfung der Wüstenbildung (vgl. www.bmz.de). Im Abschlussdokument, der Agenda 21, heißt es in Artikel 36: „Bildung ist eine unerläßliche Voraussetzung für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und die Verbesserung der Fähigkeit der Menschen, sich mit Umwelt- und Entwicklungsfragen auseinanderzusetzen“.

Bildung wird bereits in diesem frühen Dokument damit als zentraler Baustein gesehen, um nachhaltige Entwicklungen in Gang zu setzen. Als ein weiteres, wichtiges Entwicklungsmoment einer BNE, wie wir sie heute kennen, gilt der Brundtland-Bericht „Our common Future“ aus dem Jahr 1987. Dort findet sich bereits der Begriff der „nachhaltigen Entwicklung“. Dieser Bericht, benannt nach der damaligen norwegischen Ministerpräsidentin, die den Vorsitz der Kommission zur Erstellung inne hatte, floß wiederum in die Agenda 21 ein.

Nachhaltigkeit

Das Verständnis von Nachhaltigkeit, das wir heute haben, geht auf den sächsischen Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz (1645 – 1715) zurück. Angesichts der Ausbeutung der Wälder und der drohenden Holzverknappung formulierte er, dass nur so viel Holz geschlagen werden soll, wie durch Aufforstung wieder nachwachsen kann. Nachhaltigkeit kann vor diesem Hintergrund als Idee gefasst werden, die den eigenen Konsum in Beziehung zu den Systemen setzt, die dafür benötigt werden. Gleichzeitig wird damit aber auch gefordert, die Ansprüche folgender Generationen im heutigen Handeln mit zu berücksichtigen.

In den darauffolgenden Jahren wurde vor allem auf internationaler Ebene ein Bildungskonzept im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung weiter ausgearbeitet. Wichtige Etappen waren u.a. die UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung 2005 – 2014“, an deren Ende die Formulierung der 17 SDG´s (Sustainable Development Goals) stand (s. u.).
Diese internationalen Entwicklungen wurden auch in Deutschland aufgegriffen und angestrebt, sie in das deutsche Bildungssystem zu implementieren. Die in Deutschland bereits bestehenden Konzepte wie Naturbildung, Umweltbildung oder ähnliche wurden so nach und nach in das Konzept einer BNE integriert. Das Bildungsverständnis einer BNE lässt sich so als integratives, umfassendes Konzept verstehen, das einerseits Praktiker*innen Orientierung bietet und andererseits anschlussfähig an die zu bearbeitenden Herausforderungen ist. Dabei wird versucht, die Handlungsfähigkeit von Indiviuduen und Gesellschaften in den Vordergrund zu rücken und handlungslähmende, abschreckende Zukunftsentwürfe eher zu vermeiden.

Ziele von einer BNE

„Bildung für eine nachhaltige Entwicklung soll Menschen befähigen, sich verantwortlich und kreativ auf der Grundlage eines fundierten Wissens über komplexe Zukunftsfragen an der Gestaltung von Gegenwart und Zukunft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu beteiligen. Diese Zielsetzung beinhaltet für organisierte Bildungsprozesse, das lebensweltliche Problemstellungen so bearbeitet werden, dass Wahrnehmungsfähigkeit, Wissen und Kompetenzen dafür aufgebaut werden können …“ (Stoltenberg/Burandt 2014, S. 573).

Kennzeichen von einer BNE

- Es soll versucht werden, an lebensweltlichen Herausforderungen der Adressierten anzusetzen. Die alltäglichen Erfahrungen sollen aufgegriffen und zum Ausgangspunkt gemacht werden.
- Eine BNE ist transformatives Lernen. Es zielt darauf ab, neue Perspektiven zu entwickeln. Reflexions- und Konstruktionsprozesse sollen bei den Beteiligten angestoßen werden, z. B. auch über bewusst herbeigeführte Dilemma-Situationen.
- Die Probleme, vor denen wir heute stehen, wie z. B. die Erderwärmung, sind durch hohe Komplexität gekennzeichnet. Ihre Bearbeitung entzieht sich einem einfachen Ursache-Wirkungsdenken. Nötig ist eine Fähigkeit zum vernetzten Denken, die einen Perspektivenwechsel mit einschließt. Dies umfasst auch das Denken jenseits von Fachgrenzen.
- Hierfür braucht es die Fähigkeit, mit anderen in Verantwortung zusammenzuarbeiten, die Perspektiven anderer Beteiligter zu verstehen und mit Vielfalt offen umgehen zu können.

Eine BNE zielt damit auf Handlungsfähigkeit in einer komplexen Welt ab. Die Adressierten sollen dazu befähigt werden, Prozesse nicht nachhaltiger Entwicklung zu erkennen und zu ihrer Lösung beizutragen. Für Bildungsprozesse in Institutionen, wie der Schule oder auch an Hochschulen, folgt daraus die Notwendigkeit eines interdisziplinären, fächerübergreifenden Denkens: Die im Rahmen einer BNE zu bearbeitenden Themen, wie die Erderwärmung oder auch der ungleiche Zugang zu Ressourcen, sind Problematiken, die umfassend nur unter dem Einbezug mehrerer Fächer bearbeitet werden können. An dieses Verständnis einer BNE schließt auch der Bildungsplan in Baden-Württemberg an, der BNE explizit als fächer- und jahrgangsübergreifende Leitperspektive sieht.

Grenzen von Disziplinen

Der Wissenschaftsphilosoph Jürgen Mittelstraß setzt in seinen Schriften die Begriffe Disziplin, Problem und Interdisziplinarität in gegenseitigen Bezug. So hätten sich Disziplinen um spezifische Fragen und Problemlagen herauskristallisiert, um diese zu lösen. Dafür haben die Disziplinen bestimmte Methoden und Herangehensweisen entwickelt. Doch lässt sich dieses Verhältnis nur dynamisch denken: es gibt eine Asymmetrie zwischen Disziplin- und Problementwicklung und damit Probleme, „deren Disziplin wir noch nicht gefunden haben“ (Mittelstraß 1998, S. 42). Eine praktische Interdisziplinarität, oder ihre schulische Entsprechung, der fächerübergreifende Unterricht, können so Fragestellungen bearbeiten, die sich dem Bereich einer Disziplin entziehen.

GLOBALE HERAUSFORDERUNGEN

ÖKOLOGISCH

- Klimawandel
- Verlust von Wäldern
- Bodendegradation
- Aussterben von Tier- und Pflanzenarten
- Süßwasserverknappung

ÖKONOMISCH

- Globalisierung der Wirtschaft
- Finanzkrise
- Arbeitslosigkeit
- Zunehmende Kosten durch ökologische & soziale Kernprobleme

SOZIALES

- Bevölkerungswachstum
- Verstädterung
- Welternährung
- Unterschiede zwischen arm und reich
- Flucht und Flüchtlinge

KULTURELL

- Verlust kultureller Vielfalt
- Dominanz eines Welt- und Menschenbildes gegenüber anderen

Erkennen, Bewerten, Handeln

Die im Kontext einer BNE diskutierten Themen sind deswegen so komplex, weil sie in sich je verschiedene Ebenen umfassen. Gleichzeitig sind sie global angelegt. Die Erderwärmung hat nicht nur ökologische Folgen wie z. B. das Artensterben, sondern zieht auch soziale Konsequenzen nach sich, wenn Menschen aufgrund von Trockenheit ihre Heimat verlassen müssen. Genau diesen Aspekt greift das folgende Modell auf (vgl. Michelsen 2016). Es unterscheidet die vier Ebenen ökologisch, ökonomisch, kulturell und sozial, die nur in Relation zueinander gedacht werden können: Der Orientierungsrahmen Globale Entwicklung versucht nun, die hier aufgezeigte Komplexität pädagogisch-didaktisch zu wenden. So nennt er Themen die besonders geeignet sind, die globalen Herausforderungen (s. o.) im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung Schüler*innen nahe zu bringen. Dies sind z. B. globale Umweltveränderungen, die Vielfalt von Lebensweisen oder die Fragen von Migration und Integration. All diesen dort genannten Themenvorschlägen ist gemeinsam, dass sie vielfältige Perspektiven ermöglichen, die vier Ebenen kulturell, ökonomisch, sozial und ökologisch einschließen und an die oben genannten Ziele einer BNE Anschluss fähig sind. Der Orientierungsrahmen bleibt aber nicht nur dabeistehen, Themen zu nennen und Unterrichtsbeispiele aufzuzählen. Er macht darüber hinaus auch einen Vorschlag, wie sich der Kompetenzerwerb im Rahmen einer BNE strukturieren lässt. Dafür wird ein dreischrittiges Stufenmodell entwickelt, über das der Kompetenzerwerb gegliedert wird. Zu jeder der drei Stufen werden zusätzlich Teilkompetenzen formuliert:

ERKENNEN BEWERTEN HANDELN

Erkennen

Schüler*innen sollen hier die Kompetenzen erwerben, Fragestellungen zu formulieren, anhand derer Informationen gefunden und bearbeitet werden können. Wissensbestände sollen hinterfragt und in Relation zum eigenen Interesse gesetzt werden. Der Kompetenzerwerb soll sich hier entlang eines fächerübergreifenden Orientierungswissens vollziehen, wie es bei den Zielen einer BNE formuliert wurde. Eine Verbindung zu den beiden anderen Kompetenzbereichen ist, dass hier die Grundlagen für zielgerichtetes Handeln gelegt werden.

Bewerten

Gerade im Bereich der Nachhaltigkeit gibt es eine ganze Reihe unterschiedlichster Wissensbestände, die abhängig von Ort, Person und Zeit sind. Schüler*innen sollen hier lernen, vielfältige Perspektiven auf Themen zu akzeptieren, sich aber dennoch auch kritisch damit auseinandersetzen zu können. Konflikte um unterschiedliche Lösungsansätze für Probleme sollen von den Schüler*innen bearbeitet werden, um so zu eigenen Positionen gelangen zu können. Die Bewertungskompetenz ist sowohl auf allgemeine Globalisierungs- und Entwicklungsfragen als auch auf konkrete Maßnahmen bezogen. Sie schließt ein reflexives Verhältnis zu Normen oder Leitbildern mit ein.

Handeln

Der Begriff des Handelns ist für eine BNE natürlich zentral. Schüler*innen sollen hier Handlungsspielräume erkennen und für Ziele im Sinne der Nachhaltigkeit nutzen können. Normen- und Interessensgegensätze sollen bearbeitet und in adäquate Lösungsansätze übersetzt werden. Dazu gehören auch Kompetenzen zur Konfliktlösung, die wiederum die Fähigkeiten zur Kommunikation, zum Mitteilen und eine Ambiguitätstoleranz miteinschließen.

Folgende Tabelle fasst die drei Kompetenzbereiche mit den jeweiligen Teilkompetenzen zusammen:

ERKENNEN	BEWERTEN	HANDELN
• Informationen beschaffen und verarbeiten • Vielfalt erkennen • Handlungsebenen unterscheiden können	• kritische Reflexion • Entwicklungen beurteilen • die Perspektive wechseln können	• partizipieren und mitgestalten • sich solidarisieren und mitverantworten • Konflikte lösen • offene Situationen aushalten können

UNTERRICHTSMATERIAL

Die Unterrichtsbeispiele versuchen, die entwickelten Kompetenzen wie Perspektivenwechsel, Informationsbeschaffung, Umgang mit Vielfalt oder auch Gestaltungskompetenzen umzusetzen. Zu jedem der Beispiele wird kurz geschildert, an welche Kompetenzen angeschlossen wird. Die Unterrichtsbeispiele sind alle zu den eher offenen Unterrichtsformen zu zählen. Sie sind in erster Linie für die Grundschule gedacht, doch lassen sie sich immer adaptieren, sodass sich Möglichkeiten für andere Schularten, Fächer usw. geben. Auf die Einordnung der Beispiele in Fächer wurde bewusst verzichtet, um so den fächerübergreifenden Aspekt stärker berücksichtigen zu können.

MATERIAL 1: *„Schulweg“*

Indem sich die Schüler*innen mit ihrem eigenen Schulweg, dem ihrer Mitschüler*innen oder dem von Kindern aus anderen Kontinenten auseinandersetzen, werden Unterschiede erfahrbar und können praktisch für weitere Unterrichtsgespräche genutzt werden.

Schritt 1:
Jede*r Schüler*in beschreibt zunächst den eigenen Schulweg und malt ein Bild dazu. Leitfragen sind: Wie komme ich in die Schule? Was sehe ich? Welche Gefahren gibt es auf dem Schulweg?

Schritt 2:
Nun geht es um die Frage, wie Kinder in anderen Ländern in die Schule gehen. Auf den Seiten von UNICEF unter dem Stichwort „Die ungewöhnlichsten Schulwege“ finden sich Filme und Bilder dazu. Auch dazu können die Schüler*innen kleine Berichte verfassen, Bilder malen usw.

Schritt 3:
Die Bilder, Erzählungen oder Berichte werden im Klassenzimmer aufgehängt. Aus ihnen können aber auch, wie der Orientierungsrahmen vorschlägt, Würfel geklebt werden, die für weitere Spielideen genutzt werden können. So lassen sich in einem Klassengespräch oder auch in einer kleinen Ausstellung auf dem Schulgang unterschiedliche Erfahrungen benennen und thematisieren.

MATERIAL 2: *„Wasserknappheit“*

Über eine BNE sollen Schüler*innen lernen, sich mit unterschiedlichen Perspektiven auseinanderzusetzen und so Vielfalt zu erfahren. Der folgende Bericht aus einem Dorf in Kenia bietet Möglichkeiten, diesen Perspektivenwechsel im Unterricht umzusetzen. Auf der hier angegebenen Internet-Seite lassen sich noch mehr Materialien zu dem Dorf Kinakoni finden, z. B. zum Brunnenbau.

Foto: Jonas Wresch für den Stern

Wassermangel in einer Gegend Kenias

Früher gab es in Ostafrika, also in der Region, in der Kinakoni liegt, mehr oder weniger feste Zeiten, in denen es geregnet hat. Und es gab trockene Monate. Heute regnet es in den Regenzeiten manchmal kaum, aber in den Monaten der Trockenzeit manchmal plötzlich und heftig. Dafür, sagen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Kenia, ist unter anderem der Klimawandel verantwortlich. Warum ist das so schwierig für die Menschen in den Dörfern?
Über viele Jahre hinweg haben sich die Menschen an den Rhythmus der Regenzeiten angepasst. In Dörfern wie Kinakoni haben sie immer mit den ersten kräftigen Regenschauern die Samen von Mais oder Hirse ausgesät. Nämlich im März und im Oktober. Die Pflanzen wuchsen dann mit dem Regen heran.

Da es in Kenia immer warm ist, gab es zwei Ernten pro Jahr. Wenn jetzt der Regen unregelmäßiger fällt, wissen die Menschen nicht mehr, wann sie pflanzen sollen. Und wenn die Regenzeiten zu kurz sind, bekommen die Pflanzen nicht genügend Wasser in der Zeit, in der sie wachsen sollten.

In einem ersten Schritt wäre es für die Entwicklung eines auf Vielfalt beruhenden Weltbildes wichtig, den SchülerInnen zu verdeutlichen, dass es sich hier um den Bericht aus einem afrikanischen Land handelt – aber eben nicht um etwas, das für den gesamten Kontinent steht und sich verallgemeinern lässt. In einem Unterrichsgespräch könnten diese Fragen thematisiert werden, ergänzt auch über Bildmaterial *(siehe Literaturliste):*

- Welche Folgen hat der Wassermangel für die Menschen in Kenia?
- Wieso regnet es dort weniger als früher?
- Wie sieht das bei uns aus? Gibt es auch hier Folgen des Klimawandels?

UNTERRICHTSMATERIAL

MATERIAL 3: *„Netzwerkschulen“*

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist ein so großes Thema, das natürlich nicht nur von einem oder auch mehreren Fächern bearbeitet werden kann. Es bietet, ganz im Sinne der oben beschriebenen Gestaltungskompetenz, auch Möglichkeiten, die einzelne Schule im Sinne nachhaltiger Ziele umzugestalten und den Schüler*innen so auch Räume zu geben, in denen sie gemeinsam verantwortlich handeln können. Eine ganze Reihe von Anregungen, auch, aber nicht nur für die Grundschule, findet sich auf der Seite des Netzwerks Projektschulen der UNESCO (https://www.unesco.de).
Hier einige Beispiele von diesen Netzwerkschulen:

- Pflanzung des Baumes des Jahres
- Projektwoche zu den Themen der 17 Nachhaltigkeitsziele
- Verstärkte Zusammenarbeit mit außerschulischen Trägern

Doch auch regelmäßige Bildungsangebote lassen sich in den Schulalltag integrieren, wenn die Schulgemeinschaft sich dafür ausspricht. So können beispielsweise an Schulen Orte geschaffen werden, an denen über den Klimawandel informiert wird, ein sogenanntes Klima-Eck. Ideen zum Up-Cycling lassen sich genauso in den Schulalltag integrieren wie das Thema Müll einsparen. Bietet die Schule die entsprechenden räumlichen Voraussetzungen, lassen sich eine Schmetterlingswiese oder auch eine Schulimkerei einrichten. Wenn die Schüler*innen in die Planung und Gestaltung dieser Projekte miteinbezogen werden, ergeben sich direkte Anschlüsse an die oben beschriebenen Gestaltungskompetenzen.

Foto: Imago

MATERIAL 4: *„Handlungsfolgen“*

In einer globalisierten und vernetzten Welt haben die eigenen Handlungen auch Folgen für andere. Dies kann Schüler*innen über den sogenannten ökologischen Fußabdruck vor Augen geführt werden. Über ihn wird bildhaft deutlich, wie viel Ressourcen Menschen verbrauchen. Hier wird das über den Verbrauch an Erden dargestellt:

Foto: Global Footprint Network

Welthungerhilfe

UNTERRICHTSMATERIAL

Aus Welthungerhilfe
Wichtig für das Gespräch mit den Schüler*innen ist, analog zu den oben beschriebenen Kompetenzbereichen, einseitige Argumentationen zu vermeiden. So geht es hier auch nicht um Verurteilungen eines Lebensstils, sondern vielmehr darum, Konsequenzen und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

UNSER HANDELN HAT FOLGEN!

So handeln wir in Deutschland:
Im Durchschnitt verbraucht jede Person in Deutschland ungefähr zehnmal so viel Energie (Heizöl, Gas, Benzin, Strom …) wie zum Beispiel eine Person in Indien.

Das bewirken wir durch unser Verhalten:
- Durch den hohen Energieverbrauch werden von uns mehr und mehr (fossile) Rohstoffe (z. B. Erdöl) für immer aufgebraucht. Das heißt: Nachdem wir sie genutzt haben, sind sie für immer weg
- Durch den Verbrauch (genauer: das Verbrennen) von Erdöl, Erdgas und Kohle produzieren wir eine große Menge des Treibhausgases Kohlenstoffdioxid (CO_2), das als „Abfall" in die Luft abgegeben wird und sich dort ansammelt

Unser Verhalten hat Folgen für die Zukunft der Menschen:
- Die Menschen, die nach uns leben werden, müssen mit viel weniger Rohstoffen auskommen wie wir. Ist das gerecht?
- Durch die vermehrte Produktion des Treibhausgases CO_2 sind Veränderungen des Klimas die Folge, zum Beispiel:
  - eine Erwärmung der Erdoberfläche (verstärkter Treibhauseffekt)
  - die Ausbreitung von Wüsten (Zunahme von Hungersnöten)
  - Überflutungen durch den Anstieg des Meeresspiegels
  - die Zunahme von Wirbelstürmen und Unwettern
- Unter diesen Folgen werden vor allem die Menschen in Ländern leiden, die im Vergleich zu uns nicht so viel Energie und Rohstoffe verbrauchen. Ist das gerecht?

Was können wir tun, damit sich das Klima nicht verschlechtert und es gerechter in der Welt zugeht?
Wir müssen uns für eine „nachhaltige Entwicklung" einsetzen. Das heißt:

So leben, dass _____

_____

_____

_____

_____

Quelle: Aus Umwelterziehung und Nachhaltigkeit

Zusammenfassung und Grenzen des Konzepts

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist ein umfassendes, fächerübergreifendes Konzept, das auf gesellschaftliche Transformation zielt. Über die hier aufgezeigten Kompetenzen sollen Schüler*innen handlungsfähig in einer komplexen Welt werden. So lässt es sich auch als Antwort auf Globalisierungsprozesse sehen. Als zentrale Wegmarke für diese Transformation kann auf internationaler Ebene die Formulierung der 17 SDG´s gesehen werden. Sie fassen die Entwicklungsbereiche zusammen und betonen ihre gegenseitigen Abhängigkeiten:

Natürlich hat das aufgezeigte Konzept einer BNE auch Grenzen, auf die hier eingegangen werden soll:

1.) Auch wenn Ideen einer nachhaltigen Entwicklung im Fachunterricht umgesetzt werden können, ist sie wirksamer, wenn eine ganze Schule versucht, nachhaltige Entwicklungen anzustoßen. Dafür braucht es Lehrkräfte, die eine Schule entsprechend umgestalten wollen. Dazu bedarf es aber einer Schulleitung und auch einer Schulverwaltung, die Lehrkräfte entsprechend unterstützt. BNE soll so nicht nur als Bereich gesehen werden, um den man sich kümmern kann, wenn Sprachförderung oder individualisiertes Lernen auf den Weg gebracht sind, sondern als zentrales Gestaltungselement für eine lebenswerte Zukunft. Hier muss vor Ort Schulen geholfen werden, die Veränderungen anstreben.

2.) Eine BNE ist auf spezifische Voraussetzungen angewiesen. Wenn Schüler*innen sich beispielsweise im Rahmen des Kompetenzbereichs Erkennen über Entwicklungen informieren sollen, setzt das voraus, dass es Möglichkeiten gibt, überhaupt an diese Informationen kommen zu können. Doch hier gibt es Begrenzungen, auf die Schüler*innen keinen Einfluss nehmen können: Wir erhalten, z. B. als Verbraucher*innen, nicht immer die Informationen, die wir brauchen oder werden, nicht zuletzt auch durch Werbung, nicht umfassend informiert. Hier sind Regeln notwendig, die politisch beschlossen und umgesetzt werden müssen. Um aber auch den Ist-Stand politischer Gesetze, Gesetzesdebatten oder ähnliches in eine BNE mitaufnehmen zu können, plädieren manche Autor*innen, wie z. B. Asbrand (2014) dafür, BNE als Teil einer politischen Bildung zu begreifen.

Über das Konzept einer BNE setzen sich Schulen mit gesellschaftlichen und globalen Entwicklungen auseinander. BNE ist so der Versuch, auf Problemlagen eine pädagogische Antwort zu finden. Ob dies immer gelingt, kann vorher nicht gesagt werden. Es lohnt sich aber auf jeden Fall, es zu versuchen.

Bildquelle: United Nations

Literatur:

- ***Asbrand, B.:*** *Was sollen Schüler*innen im Lernbereich „Globale Entwicklung" lernen? Ein Diskussionsbeitrag aus sozialwissenschaftlicher Perspektive. In Zeitschrift für internatinale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 2014, S. 4 – 12*
- ***Michelsen, G.:*** *Hochschulen für nachhaltige Entwicklung –*
- ***Herausforderungen, Stand, Perspektiven, Lüneburg 2016***
- ***Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung, unter:*** *https://www.kmk.org*
- ***Projektschulen der UNESCO, unter*** *https://www.unesco.de/bildung/unesco-projektschulen*
- ***Mittelstraß, J.:*** *Häuser des Wissens. Frankfurt 1998.*
- ***Stoltenberg, U./Burandt, S.:*** *Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. In: Heinrichs, H. / Michelsen, G. (Hrsg.): Nachhaltigkeitswissenschaften. Berlin 2014, S. 567 – 594.*
- ***Umwelterziehung und Nachhaltigkeit Grundschule, unter:*** *https://www.klimanet.baden-wuerttemberg.de*
- ***Welthungerhilfe, ökologischer Fußabdruck, unter:*** *https://www.welthungerhilfe.de*
- *https://www.globaleslernen.de/sites/default/files/files/education-material/kinakoni_schulen_klima.pdf*

Dr. Thomas Strehle, M.A.,
Institut für Erziehungswissenschaft
der PH Heidelberg
Mitverantwortlicher Redakteur der UP
Kontakt: strehle@ph-heidelberg.de

Impressum

Unterrichtspraxis *– Beilage zu „bildung und wissenschaft", Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg, erscheint unter eigener Redaktion achtmal jährlich.*

Redaktion: Thomas Strehle und Miriam Hannig (verantwortliche Redakteure)
E-Mail: up@gew-bw.de
Dieses Heft kann auch online abgerufen werden: www.gew-bw.de/unterrichtspraxis
Gestaltung: Evi Maziol, Virginia Scaldavilla

Zur Mitarbeit sind alle Kolleg*innen und Kollegen herzlich eingeladen.
Manuskripte sollten direkt an die Redaktion der Unterrichtspraxis adressiert werden.

SCHULEN, SCHÜLER*INNEN, ÜBERGÄNGE

Schullandschaft in Baden-Württemberg in Zahlen

Wie viele Lehrkräfte benötigen wir? Wo müssen Schulen gebaut, erweitert oder die Nutzung verändert werden? Passen die Schulbus-Planungen zu den Schülerströmen? Am Anfang all dieser Fragen stehen die Daten der Schülerzahlenentwicklung, des Schulwahlverhaltens und der regionalen Schulentwicklung.

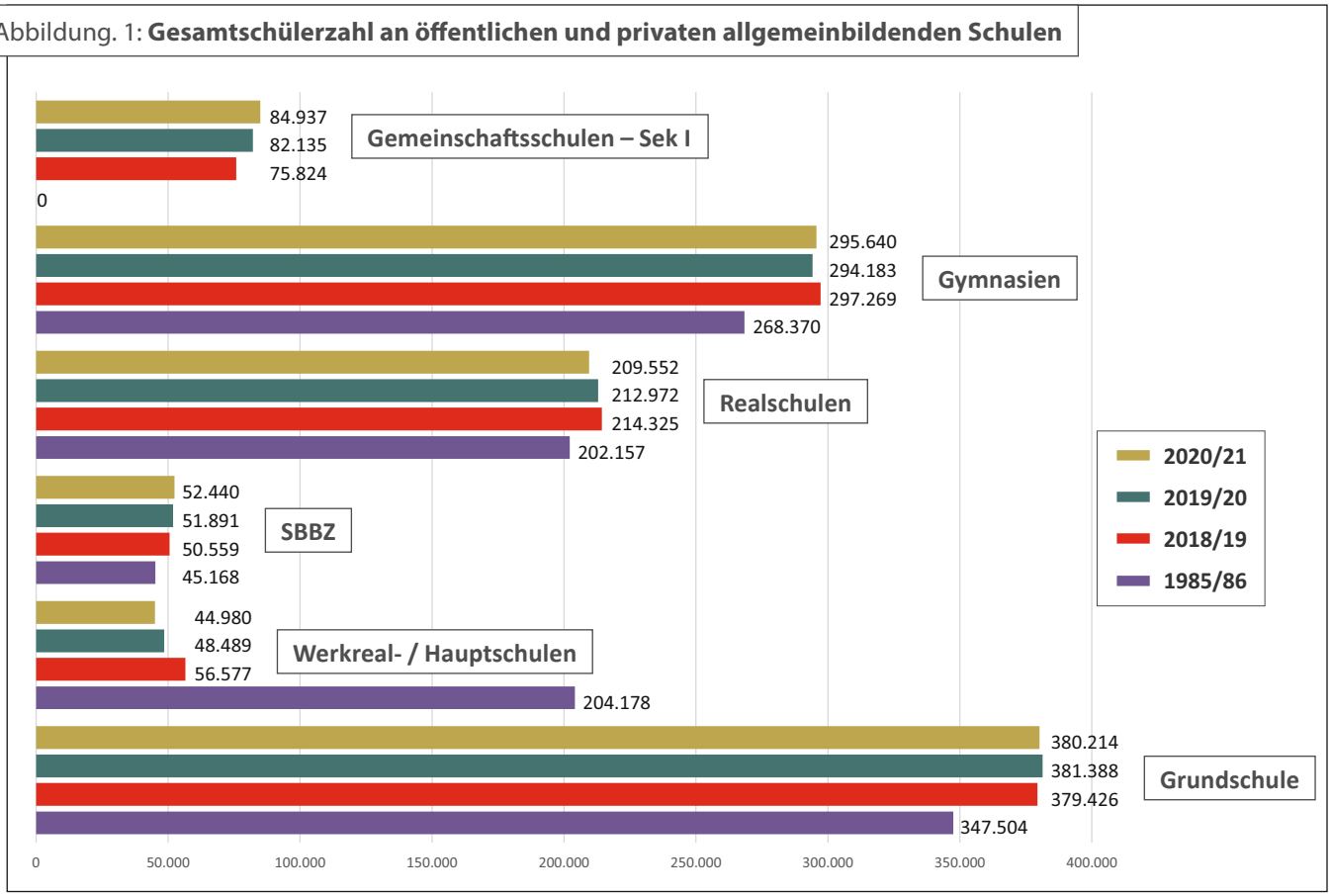
Eine leicht steigende Zahl an Schülerinnen und Schülern an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen meldete das Statistische Landesamt im Februar dieses Jahres. An den Haupt-/Werkreal- und Realschulen sind 2021/22 erneut Rückgänge festzustellen. Zuwächse verzeichnen die Gemeinschaftsschulen und die SBBZ. Wie schon seit vielen Jahren ist das Gymnasium führend bei der Wahl der Schulart nach Klasse vier. An den öffentlichen Haupt- und Werkrealschulen ist die Anzahl der Schüler*innen im aktuellen Schuljahr erstmals unter die Marke von 40.000 gefallen.

Betrachtet man die Schüler*innenzahlen an öffentlichen und privaten Schulen, für die Daten bis zum Schuljahr 2020/21 vorliegen, zeigt sich, dass erst der langfristige Blick die erheblichen Umbrüche der Schullandschaft öffnet (siehe Abbildung 1).

Wie geht diese Entwicklung weiter?

Im Oktober 2021 veröffentlichte das Statistische Landesamt die letzte aktualisierte Vorausberechnung der Schüler- und Schulabschlusszahlen bis 2030. Demnach „[…] dürfte die Gesamtschülerzahl nach einem weiteren leichten Rückgang auf rund 1,5 Mill. im laufenden Schuljahr in den kommenden Schuljahren wieder zunehmen. Die Vorausberechnung ergibt bis zum Schuljahr

Abbildung. 1: **Gesamtschülerzahl an öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen**



*Seit dem Schuljahr 1985/86 (unterer lila Balken) ist die Zahl der Haupt- und Werkrealschüler*innen um rund 80 Prozent gesunken.*

2030 / 31 einen Anstieg auf 1,62 Mill. Schülerinnen und Schüler." – und damit um gut 11 Prozent. (Quelle: https://www.statistik-bw.de/Presse/Pressemitteilungen/2021296). Es wird davon ausgegangen, dass bis 2030 / 31 in jeder Schulart mehr Schüler*innen zu erwarten sind, jedoch bei unterschiedlicher Ausgangsbasis und Zuwachsrate. In den Prognosen können bildungspolitische Entscheidungen, die im Laufe der Legislaturperiode erst getroffen werden oder unvorhersehbare politische Ereignisse naturgemäß nicht abgebildet werden.

Anmeldezahlen und Übergänge

Die Anmeldezahlen an weiterführende Schularten in den Schuljahren 2019 / 20, 2020 / 21 und 2021 / 22 haben sich sowohl absolut als auch anteilig nicht sehr stark verändert. Die Daten gehen aus einer Landtagsanfrage der SPD nach der Entwicklung der Schülerzahlen hervor (Landtagsdrucksache 17 / 1479). (Siehe Abbildung 2) Die Anmeldezahlen an den Grund- und weiterführenden Schulen sind auch unter dem Gesichtspunkt der regionalen Schulentwicklung relevant: Tragfähige, stabile, wohnortnahe und gut ausgestattete Schulstandorte sind ein Element der Bildungsgerechtigkeit. So hat es das 2008 veröffentlichte Gutachten zur regionalen Schulentwicklung klar herausgearbeitet (vgl. Bargel/Bargel: Schullandschaft im Umbruch, 2008). Aus Sicht der GEW muss die regionale Schulentwicklung wieder aufgegriffen, weiterentwickelt, und alle Schularten müssen einbezogen werden. Das Ziel, „allen Schülerinnen und Schülern in zumutbarer Erreichbarkeit von ihrem Wohnort einen Bildungsabschluss entsprechend ihren Begabungen und Fähigkeiten zu ermöglichen.", wie es das Kultusministerium auf seiner Homepage beschreibt, muss aktiv gestaltet werden und kann nicht den Entwicklungen vor Ort überlassen bleiben.

Weg zum Abitur

Das Interesse an den „Modellschulen G9" ist nach wie vor groß. Die Anmeldezahlen zeigen, dass die Kapazität des G9-Weges an Gymnasien voll ausgeschöpft wird. Wie sich dies im Zuge des Ausbaus der Oberstufen an Gemeinschaftsschulen entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Dort steigt die Schüler*innenzahl nämlich stetig an: Von 101 im Schuljahr 2018 / 19 auf 421 im Schuljahr 2020 / 21.
Im Schuljahr 2021/22 sind zu den bereits bestehenden Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen in Konstanz, Tübingen, Wutöschingen und Friedrichshafen noch vier weitere hinzugekommen, nämlich in Schwäbisch Hall, Karlsruhe, Stuttgart und Esslingen.

Schulartwechsel

Schüler*innen wechseln die Schulart nicht nur nach der Grundschule. Auch danach gibt es Zu- und Abgänge. Für das Schuljahr 2021 / 22 liegen bisher nur die Zahlen aus den öffentlichen Schulen vor. Hier waren es über alle Klassenstufen und alle allgemeinbildenden Schularten der Sekundarstufe I hinweg rund 4.200 Wechsel. Gut ein Drittel aller Abgänge betreffen Schüler*innen der Gymnasien, die überwiegend zu Realschulen wechseln.
(Siehe Abbildung 3)

Anmeldezahlen an weiterführende Schularten						
SCHULART	**2019 / 20**		**2020 / 21**		**2021 / 22**	
Gemeinschaftsschule	12.513	14,41 %	13.184	15,05 %	12.877	14,71 %
Gynmasium	36.070	41,55 %	35.782	40,84 %	37.228	42,52 %
Haupt- und Werkrealschule	5.205	6,00 %	5.172	5,90 %	4.888	5,58 %
Realschule	29.771	34,29 %	29.905	34,13 %	29.028	33,15 %
SBBZ	3.257	3,75 %	3.581	4,09 %	3.538	4,04 %
gesamt	**86.816**	**100,00 %**	**87.624**	**100,00 %**	**87.559**	**100,00 %**

Abbildung 2

Schulartwechsel nach Klasse 5								
ZIELSCHULART	SCHÜLER* INSGESAMT	VON HS/WR	VON RS	VON GY	VON GMS	VON INTEGR. SCHULARTEN	VON SBBZ	ZUGÄNGE AUS ALLEN SCHULARTEN
in Werkrealschule	**41.506**		**660**	**17**	**155**	**31**	**135**	**998**
in Realschule	192.766	236	0	1.252	289	86	59	**1.922**
in Gymnasium	202.691	10	162	0	83	79	6	**340**
in Gemeinschafts-schule	82.669	132	354	189	0	49	215	**939**
gesamt		**378**	**516**	**1.458**	**527**	**245**	**415**	**4.199**

Abbildung 3

Exkurs: Die Lage der Grundschulen

Ob und inwiefern die Schulgröße die Qualität beeinflusst, ist sehr schwer zu beantworten. Es gibt dazu keinen wissenschaftlichen Konsens und schon gar nicht konkrete Zahlen oder auch nur quantitative Bandbreiten. In einer Veröffentlichung aus dem Jahr 2015 werden die wesentlichen Qualitätsaspekte der Schulgröße so zusammengefasst: „Beispielsweise ermöglicht eine facettenreichere Zusammensetzung von Mitschülern den Schulen „Peer Groups“ so zu organisieren, dass sie Lernsteigerungen ermöglichen. Große Schulen können Lehrer beschäftigen, die auf ein bestimmtes Fach spezialisiert sind, und leichter hochqualifizierte Lehrer anlocken. Andererseits könnten kleine Schulen eine höhere Qualität an sozialen Interaktionen aufzeigen und Schüler fühlten sich der Schule mehr verbunden.“ (EENEE POLICY BRIEF 05 / 2015).

In der Landtagsdrucksache zu Entwicklung der Schülerzahlen fragt der Landtagsabgeordnete Stefan Fulst-Blei (SPD) auch nach den Schülerzahlen an Grundschulen. Die Gesamtschülerzahl wird für die Schuljahre 2018 / 19, 2019 / 20 und 2020 / 21 nach Einzelschulen ausgewiesen. (Siehe Abbildung 4)

Blickt man mit der Brille der regionalen Schulentwicklung auf diese Daten, fällt zunächst auf, dass von den 2.439 Schulen 329 unter die (fiktive) Mindestgröße von 16 Schüler*innen fallen (eigene Berechnungen). Fiktiv deshalb, weil die Grundschulen nicht unter den § 30c Schulgesetz (Verfahren der regionalen Schulentwicklung) fallen, in dem die Mindestgröße für die weiterführenden Schulen auf 16 in der Eingangsklasse festgelegt ist. Hilfsweise wurde angenommen, dass Schulen mit einer Gesamtschülerzahl von 60 (durchschnittliche Klassengröße 15) in den Eingangsklassen unter 16 fallen. Auffällig ist, dass bei den so definierten kleinen Schulen der Anteil der Schulen in privater Trägerschaft überproportional ist.

Es besteht ein breiter parteipolitischer Konsens darüber, dass für Grundschulen das Prinzip „Kurze Beine – kurze Wege“ gilt. Im aktuellen Koalitionsvertrag heißt es dazu „Wir halten am Prinzip ‚kurze Beine – kurze Wege‘ fest.“ Die GEW unterstützt das Vorhaben der Regierungsparteien „zu prüfen, ob mehrere Standorte unter einer Schulleitung zusammengefasst werden können – ohne dass dabei der einzelne Standort in Frage gestellt wird.“ Dies ist allerdings nur akzeptabel, wenn die Schulleitungsaufgabe durch Verwaltungsassistenz und eine ausreichende Leitungszeit in die Lage versetzt wird, dieses Sprengelprinzip auch auszufüllen. Hier hilft ein Blick in die Ressourcenausstattung der Südtiroler Schulen, die ihre Schulen schon länger so organisieren (www.gew-bw.de/aktuelles/detailseite/inklusion-ist-moeglich-in-suedtirol/).

Ute Kratzmeier
GEW-Referentin für allgemeine Bildung

Anzahl der kleinen Grundschulen			
GESAMTSCHÜLERZAHL 2020 / 21	UNTER MINDESTGRÖSSE ANNAHME: < 60	KNAPP ÜBER MINDEST-GRÖSSE ANNAHME < 80	GRUNDSCHULEN insgesamt
Anzahl Schüler*innen	**1 – 63**	**64 – 126**	**–**
öffentlich	313	689	2.328
privat	51	30	111
gesamt	**364**	**719**	**2.439**

Abbildung 4

NACHMITTAGSBETREUUNG IN GANZTAGSSCHULEN

„Als ob Bildung nur am Vormittag stattfände“

Bettina Johl ist Erzieherin in einer Ganztagsschule der sogenannten Wahlform mit unterrichtsergänzender Betreuung. Als sie 2015 ihre Tätigkeit aufnahm, war die Einrichtung noch ein Hort an der Schule. Für den Hort galten die guten Standards nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz. Jetzt gilt der miserable „Qualitätsrahmen Betreuung“. Sie berichtet, was sich seither verändert hat.

Nach dem Wechsel von der Nachmittagsbetreuung im Hort zu drei schulischen Ganztagen pro Woche hatten wir bedeutend mehr Kinder. Das bedeutete zunächst mal: Raumnot. Wir arbeiteten lange mit einer Baustelle und allen damit verbundenen Beeinträchtigungen und Gefahren. Seit der Fertigstellung eines Anbaus haben wir etwas mehr Platz, da neben neuen Klassenzimmern auch Input-Räume entstanden sind. Schwierig ist es mit dem verfügbaren Zeitrahmen, denn die Nachmittage sind durchgetaktet. Wenn die Ganztagsschule vor 16 Uhr endet, bleibt nicht viel Spielraum für Pausen und freie Gestaltung. Eine besondere Herausforderung liegt im Mittagsband. Wenn eine Mensa von weiteren Schulen genutzt wird, kommt es schnell zu Engpässen während der Stoßzeiten. Es gibt dann Mittagessen in Schichten. Pro Klassenstufe bleibt so höchstens eine halbe Stunde, das Schlange-Stehen eingerechnet. Unter Zeitdruck eingenommene Mahlzeiten sollten für Grundschulkinder eigentlich ein Tabu sein.

Foto: imago

Eine besondere Herausforderung liegt im Mittagsband…

Die pädagogische Qualität leidet

Wir verfügen zum Glück von jeher über eine Konzeption und haben einen kommunalen Träger, der sich unverändert der pädagogischen Qualität verpflichtet sieht und weiterhin Fachkräfte beschäftigt. Das ist längst nicht überall so. An vielen Ganztagsschulen arbeiten geringfügig oder ehrenamtlich Beschäftigte ohne Ausbildung. Oft wird stillschweigend vorausgesetzt, dass, wer Erfahrungen aus der Familien- oder Jugendarbeit mitbringt, ähnlich viel leistet wie pädagogische Fachkräfte und dies ohne entsprechende Bezahlung. Zugleich fehlt die Perspektive, nachträglich eine Qualifikation zu erwerben, die zu Anerkennung und besseren Verdienstmöglichkeiten führt.

Das ist ungerecht und schadet auch dem Berufsbild „Erzieher*in“. Wir werden in den Schulen auf Betreuung reduziert, als ob Bildung nur vormittags im Klassenzimmer stattfände. Die Trias aus Bildung, Erziehung und Betreuung bildet jedoch den Kern meines beruflichen Auftrags als Erzieherin.

Kinderrechte hängen nicht von Zeit, Geld und Lust ab

Wir brauchen dringend verbindliche Qualitätsstandards für alle Betreuungsangebote, auch für die flexiblen und ergänzenden! Diesen Angeboten – und dies wissen auch viele Eltern nicht! – fehlt die rechtliche Grundlage. Sie sind nicht den Horten gleichgesetzt. Ein Hort benötigt nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (gemäß § 45 SGB VIII) eine Betriebserlaubnis, die nur erteilt wird, wenn dort das Wohl der Kinder und Jugendlichen gewährleistet ist. Räumliche, fachliche, wirtschaftliche und personelle Voraussetzungen müssen erfüllt, die gesellschaftliche und sprachliche Integration sowie gesundheitliche Vorsorge gewährleistet sein und es braucht zur Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen geeignete Verfahren der Beteiligung und die Möglichkeit der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten.

Der Kinderschutz ist in § 8a des SGB VIII verankert. Den Kinderrechten, auch wenn sie den Weg ins Grundgesetz noch vor sich haben, kommt der Status eines einfachen Bundesgesetzes zu. Dies bedeutet: Sie haben Gültigkeit. Sie sind kein Kann, wenn wir gerade einmal Zeit, Geld, Lust und gute Laune haben. Im frühpädagogischen Bereich ist all dies selbstverständlich und muss in der Grundschule seine Weiterführung finden, wie es auch in der Matrix des Orientierungsplans steht. Ein Kind hat nicht plötzlich weniger Rechte, nur weil es in die Schule kommt!

Mit dem „Qualitätsrahmen Betreuung“ für Ganztagsschulen der Wahlform hat

Betreuungsangebote ohne Qualitätskontrolle

In Baden-Württemberg sind nur rund 20 Prozent der Schulen gebundene Ganztagsschulen, wie sie im Schulgesetz vorgesehen sind. Damit ist das Land im bundesweiten Vergleich Schlusslicht und hat bis 2026 enorme Herausforderungen vor sich. Denn ab diesem Zeitpunkt tritt der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz für alle Kinder, die eingeschult werden, in Kraft. Nach Berechnungen des Deutschen Jugendinstituts fehlen bis dahin in Baden-Württemberg rund 200.000 Plätze.

*Letztes Jahr wurden 19 Ganztagsschulen beantragt, im Jahr davor waren es 13. Wenn es in diesem Tempo weitergeht, wird für die wenigsten Kinder ein Rechtsanspruch an gebundenen Ganztagsschulen eingelöst. Die Mehrheit der Erstklässler*innen wird eine Schule kennenlernen, an der sie vormittags unterrichtet und nachmittags in flexiblen, kommunalen Angeboten betreut werden. Für diese Betreuungsangebote konnte Baden-Württemberg mit der Bundesregierung eine Sondervereinbarung aushandeln und sichert im „Qualitätsrahmen Betreuung BW" Qualität in den kommunalen Nachmittagsangeboten zu. Die GEW kritisiert diesen Qualitätsrahmen, da er keine objektiv nachweisbaren Qualitätskriterien enthält und damit wirkungslos ist. Die Bezeichnung „Qualitätsrahmen Betreuung" erweckt den Anschein, dem „Qualitätsrahmen Ganztagsschule BW" gleichzukommen. Das ist aber keineswegs der Fall. Den „Qualitätsrahmen Ganztagsschule BW" begrüßt die GEW.*

Die GEW findet nicht nur die pädagogische Qualität in den Betreuungsangeboten für problematisch, sie kritisiert auch, dass es kein Fachkräftegebot gibt und damit einem prekären Arbeitsmarkt Tür und Tor geöffnet wird.

Heike Herrmann

GEW-Referentin für Kinder- und Jugendhilfe

die ehemalige Kultusministerin Susanne Eisenmann auf die Schnelle ein Papier nachgelegt, damit es für die Finanzierung von Ganztagsplätzen Geld vom Bund gibt. (Siehe b&w 7 – 8/2021, S. 30). Leider bleibt es weit hinter dem „Qualitätsrahmen Ganztagsschule" zurück. Es ist ein Sparpaket: Nahezu alle Aussagen darin bleiben beliebig und die Umsetzung ist demnach abhängig vom guten Willen und der Finanzkraft der jeweiligen Kommune bzw. dem zuständigen freien Träger. Weder Kinderschutz noch Kinderrechte finden sich in diesem „Qualitätsrahmen" wirksam gesichert , zumal er sehr großzügig ausgelegt werden kann und keinesfalls eine kindorientierte ganztägige Betreuung garantiert, von Bildung und Erziehung ganz zu schweigen!

Inklusion bleibt auf der Strecke

Besonders schockierend ist, dass Inklusion darin erst gar keine Erwähnung findet. Ich frage mich: Wie kann das sein? Inklusion ist Menschenrecht! Dafür braucht es aber zusätzliche Mittel. Ohne Mindeststandards lassen sich diese nicht einfordern. Dann bleibt Inklusion auf der Strecke, wird sehenden Auges an die Wand gefahren. Die Leidtragenden sind die Kinder, umso mehr, wenn es schon an den allgemeinen Rahmenbedingungen fehlt. Denn das tut es. Es beginnt damit, dass nicht allen Kindern Zugang zu einer warmen Mahlzeit gewährt wird. Vielerorts fehlt es an Trinkwasserspendern und einem gesunden Snack für Zwischendurch, wie etwa frisches Obst, um sich nach Lernphasen wieder mit Energie versorgen zu können. Es mangelt vielerorts auch an ausreichenden Bewegungsmöglichkeiten. Es sind zwar Turnhallen vorhanden, aber der Belegungsplan zeigt oft keine Zeitfenster, in denen sie vom Ganztagsbetrieb genutzt werden könnten. Auch in vielen Außenbereichen fehlt es an Möglichkeiten zum Toben, Turnen und Klettern, ebenso wie für Naturerfahrungen. All das wäre für eine gesunde Entwicklung der Motorik und der Sinneswahrnehmungen sowie für die psychische Stabilität so wichtig!

„Ein Kind hat nicht plötzlich weniger Rechte, nur weil es in die Schule kommt!"

„Weder Kinderschutz noch Kinderrechte finden sich in diesem Qualitätsrahmen wirksam gesichert."

Es ärgert mich, dass wir schon lange über Ganztagsschulen nachdenken, während auf politischer Seite alles so schleppend vorangeht! Bereits 2005 haben die Kinder- und Jugendpsychologin Oggi Enderlein und der Soziologe und Pädagoge Lothar Krappmann sich die Bedürfnisse großer Kinder genauer angeschaut und „23 Thesen für eine gute Ganztagsschule" formuliert. Es gibt das Rechtsgutachten der Bertelsmann-Stiftung „Chancen guten Ganztags für Kinder im Grundschulalter: menschenrechtliche Perspektiven" von Prof. Friederike Wapler vom November 2020 sowie das Positionspapier „Einen guten Ganztag auf der Grundlage eines integrierten Bildungsverständnisses schaffen!" von Prof. Ludger Pesch und Prof. Dr. Falk Radisch, das im Rahmen eines Arbeitsbündnisses „Rechtsanspruch guter Ganztag", unter Beteiligung von AWO, Bertelsmann Stiftung, Robert Bosch Stiftung und Stiftung Mercator entwickelt wurde. Warum finden diese Erkenntnisse nicht selbstverständlich Eingang in die Entscheidungsprozesse?

Für den guten Ganztag der Zukunft wünsche ich mir gutes Zusammenwirken von Schule und Jugendhilfe mit mehr Vernetzung und Kooperation; dazu gehören dringend bezahlte Kooperationszeiten für Lehrkräfte und multiprofessionelle Teams, um Kinder individuell unterstützen zu können! Ganztagsschule muss zu einem Lern- und Lebensort für alle werden!

Bettina Johl

Vorsitzende der GEW-Landespersonengruppe sozialpädagogische Fachkräfte an Schulen

PERSPEKTIVEN TROTZ PANDEMIE

Lehrkräfte mit eigenen Kindern: Pandemie hat isoliert

*Wie fordert Corona bestimmte Personengruppen heraus? Die Junge GEW möchte in verschiedenen Gesprächen mit Schüler*innen, Studierenden, Referendar*innen und Lehrkräften erfahren, wie es ihnen im Alltag geht. In der zweiten Auflage kommen zwei Lehrer mit Kindern zu Wort.*

REIHE PERSPEKTIVEN TROTZ PANDEMIE

BERNHARD FRANK

JOACHIM SCHWEIZER

Die beiden Lehrer Bernhard Frank (SBBZ Wessenbergschule, Gemeinschaftsschule Steißlingen und Grundschule Singen-Beuren) und Joachim Schweizer (Gemeinschaftsschule Lörrach), sind Väter von zwei Kindern, ein und drei bzw. vier und sechs Jahre alt. Sie erzählen von ihren Erfahrungen als Lehrer mit Kindern unter Pandemiebedingungen.

Wie hat sich euer Familienleben seit Beginn der Pandemie verändert?

Joachim: Wir haben versucht, den Alltag für die Kinder so normal wie möglich hinzubekommen. Wir haben Haushaltgemeinschaften gegründet und uns nur noch mit einer Familie getroffen, sodass wir die Kinder trotz all der Einschränkungen bespaßen konnten. Zum Glück gehen meine Kinder in einen Bauernhof-Kindergarten, wo sie das ganze Jahr über draußen sind und damit konnten sie auch fast durchgehend in den Kindergarten gehen.

Die Kombination Kinder und Homeschooling war schon spannend und herausfordernd. Allerdings wurde meine Personalratstätigkeit für die Gewerkschaft viel entspannter, weil es dann plötzlich so viele Möglichkeiten gab, Dinge online zu erledigen. Zuvor musste ich dafür oft wöchentlich nach Freiburg fahren. Online kann man mal die Kamera ausmachen und nebenbei für die Kinder kochen.

Bernhard: Bei mir ist die Pandemie in eine sehr umbruchreiche Zeit gefallen. Zuerst haben meine Frau und ich gearbeitet, dann kam das zweite Kind und Elternzeiten. Als wir noch beide gearbeitet haben, war es eine Wahnsinns-Herausforderung. Ich habe während des Lockdowns in mehreren Schulen gleichzeitig gearbeitet. Die ständigen Veränderungen bei den Bestimmungen in der Schule in Kombination mit einer gar nicht zuverlässigen Kinderbetreuung war alles andere als einfach. Als meine Tochter zuhause war, haben wir nur noch in Schichten gearbeitet und uns abwechselnd um das Kind gekümmert. Jetzt ist das viel entspannter, da meine Frau in Elternzeit ist.

„Für die Kinder fand ich es erschreckend, wie wenig kindgerecht diese ganzen Corona-Maßnahmen waren."

„Online kann man mal die Kamera ausmachen und nebenbei für die Kinder kochen."

Welche Auswirkung auf euren Beruf hatte eure Rolle als Vater während der Pandemie?

Joachim: Was das Homeschooling angeht, bin ich eher kritisch. Ich habe viel ausprobiert, aber ich hatte meistens den Eindruck, dass es nicht gut funktioniert. Da ist nicht viel bei den Kindern hängen geblieben. Man weiß nicht, was die Kinder machen, und auch nur bedingt, welche Möglichkeiten sie haben. Manche Kinder hatten nur ein Handy zur Verfügung. Das ganze Konzept fand ich insgesamt sehr frustrierend. Als die Schule wieder öffnete, war schnell klar,

dass es nicht wieder läuft wie zuvor und ganz andere Dinge als reiner Unterricht im Vordergrund standen.

Bernhard: In der Sonderpädagogik arbeiten wir normalerweise viel mit sehr konkretem Material, sodass wir im Lockdown erstmal unserer eigentlichen Methoden beraubt wurden. Mit manchen Schüler*innen war es extrem schwer, einfach nur in Kontakt zu bleiben. Dies lag gar nicht unbedingt an der Technik, die Kinder waren einfach phasenweise nicht mehr greifbar. Andere Schüler*innen wiederum haben von der Umstellung des Unterrichts stark profitiert, vor allem diejenigen, die sich in der Gruppe gehemmt fühlen. Aber das waren die wenigsten.

Was ist denn die größte Herausforderung in dieser Tripel-Belastung Vater-Lehrer-Corona, die ihr stemmen müsst?

Joachim: Ich denke, das Hauptding war, die ganzen Spannungen so zu leiten, dass man trotzdem klarkommen kann. Während der Fernunterrichtsphase hat sich auch das Familienleben nochmal verändert: Man ist zwar zuhause, aber nicht ansprechbar. Und sich dann so zu organisieren, dass man sich gegenseitig den Rücken freihält, ist schon eine Herausforderung. Positiv ist: Ich bin zwar am Arbeiten, kann aber viel schneller wieder bei der Familie sein. Im Gegensatz dazu war ich heute zum Beispiel bis 18 Uhr an der Schule. Da kriegt man von zuhause nichts mit.

Ich hatte immer das Bedürfnis, Zeiten und Räume zu schaffen, in denen man das ganze Schlamassel aus der Familie heraushält. In diesen Inseln konnte man das Ganze dann abhaken und sagen, jetzt ist corona-frei für uns.

Bernhard: Besonders schwierig fand ich die Phase, als es aus dem Fernunterricht wieder zurück in den Präsenzunterricht ging. Da waren all diese Schutzmaßnahmen wie Masken und Impfungen noch nicht so selbstverständlich wie heute. Zudem war es schwer, dass die Pandemie einen so isoliert hat. Wenn zum Beispiel die Kinder krank waren, dann haben wir uns dreimal überlegt, ob wir die Großeltern anrufen oder andere Leute um Hilfe und Unterstützung bitten. Da standen wir dann immer wieder alleine da, wenn wir eigentlich Hilfe hätten gebrauchen können. Wir haben uns auch immer wieder Ruhe-Inseln geschaffen, uns oft draußen mit Freund*innen getroffen oder sind in den Wald und an den See gegangen.

Welche Maßnahmen hätten euch als Familienväter entlastet?

Bernhard: Gerade rund um die Geburt hätte ich mir analog zum Mutterschutz eine Zeit gewünscht, in der ich schon vor der Geburt zuhause bleiben könnte, zum Helfen, aber auch, um mich zu isolieren. Für die Schüler*innen, aber auch für die eigenen Kinder, fand ich es erschreckend, wie wenig kindgerecht diese ganzen Maßnahmen waren. Dass man Kinder so gängelt, indem man ihnen nur bestimmte Bereiche zugesteht oder bestimmte Wege oder Zeitfenster, um aufs Klo zu gehen, ist doch eigentlich unvorstellbar. Sicher regeln die Schulen das ganz unterschiedlich, aber so manches hätte man kindgerechter umsetzen müssen.

Joachim: Ich hoffe, dass viele von diesen Möglichkeiten zur Online-Teilnahme, zum Beispiel an Konferenzen, erhalten bleiben. Das ist für mich als Vater Gold wert. Es macht mich flexibler. So konnte ich beispielsweise an Veranstaltungen teilnehmen, die ich sonst nicht hätte stemmen können. Ich konnte am Computer mithören und gleichzeitig nach den Kindern schauen.

Und wie sieht gerade in der Schule aus? Nimmt die Belastung durch die Normalisierung langsam wieder ab?

Joachim: Was enorm viel Zeit frisst und Belastung verursacht, ist die ganze Bürokratie, die im Zusammenhang mit Corona entstanden ist. Nicht nur das Testen selbst, sondern auch Impfstatus und Quarantänezeiten protokollieren; und alles immer wieder mit neuen Verordnungen in Übereinstimmung zu bringen, kostet Ressourcen. Auch im Unterricht geht einfach viel Zeit für diese Verwaltungstätigkeiten drauf. Klar findet Unterricht statt, aber mein Kerngeschäft läuft inzwischen auf Krisenintervention hinaus.

Bernhard: Viel zusätzliche Zeit kostet der Austausch mit anderen Lehrkräften. Der leidet immer noch sehr stark. Die Bürokratie, die Joachim erwähnt hat, oder die zusätzlichen Aufsichten führen dazu, dass Gespräche, zum Beispiel in gemeinsamen Pausen, einfach wegfallen. Da merkt man erst rückblickend, wie produktiv das früher war.

Das Kultusministerium hat verschiedene Projekte angestoßen (Lernbrücken, Rückenwind), die dazu beitragen sollen, Kinder mit Nachholbedarf zu unterstützen. Wie nehmt ihr das an euren Schulen wahr?

Joachim: Ich habe nicht den Eindruck, dass die Maßnahmen des Landes den Schüler*innen helfen. Diese Nachhilfeprogramme sollen meiner Meinung nach letztlich zeigen, dass die Regierung etwas macht. Es klingt hart, wenn man von einer „verlorenen Generation" spricht, aber genau das ist passiert. Gerade die Kinder, die es am nötigsten hatten, die zu Hause keine Unterstützung hatten, gerade die waren weg vom Fenster. Allen war klar, dass viel Stoff verpasst wurde. Leider ist die Diskussion verpufft, ob man Inhalte aus den überfrachteten Lehrplänen hätte streichen sollen. Ich frage mich: Warum dieser ganze Stress, alles aufzufangen? Besser wäre es doch, Hauptfächer schärfen und die Methoden- und Sozialkompetenz ins Zentrum rücken. Die Frage sollte sein: Was sind die wirklich essenziellen Dinge, mit denen die Schüler*innen die Schule abschließen sollen?

Das Interview führte Kim Schuchardt

GEFLÜCHTETE KINDER UND JUGENDLICHE AUS DER UKRAINE

„Es gibt keine Herkunft erster und zweiter Klasse“

Florence Brokowski-Shekete ist Schulamtsdirektorin in Mannheim und dort seit rund acht Jahren zuständig für Sprachförderklassen. b&w fragte sie, was in der aktuellen Flüchtlingsbewegung anders ist als vor sieben Jahren und wie Schulen damit umgehen.

Foto: Tanja Valérien-Glowacz

FLORENCE BROKOWSKI-SHEKETE

Stand 24. April sollen nach KMK-Angaben 61.000 Schüler*innen aus der Ukraine in deutschen Schulen aufgenommen worden sein, in Baden-Württemberg bereits 9.000! Die KMK-Präsidentin Karin Prien erklärte: „Wir fühlen uns verpflichtet, geflüchtete Schülerinnen und Schüler unbürokratisch an unseren Schulen willkommen zu heißen!“ Wie sind ihre bisherigen Erfahrungen?

Florence Brokowski-Shekete: In der Tat sind seit einigen Wochen vermehrte Aufnahmen von Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine in den Schulen zu verzeichnen. Die Zahlen weichen jedoch von den Anmeldezahlen in den Kommunen ab. Vermutlich nehmen viele Kinder und Jugendlichen an dem aus der Ukraine organisierten Fernlernunterricht teil, um das Schuljahr zu beenden.

Die Arbeitsbelastungen der Schulleitungen und der Lehrkräfte waren durch Corona besonders hoch. Nun kommen neue Anforderungen hinzu. Gibt es bereits Rückmeldungen aus den Schulen, wie die Aufnahmen der ukrainischen Kinder aufgenommen werden?

Die Schulleitungen und Lehrkräfte arbeiten in Bezug auf die Einrichtung von Sprachförderklassen und der Aufnahme der Kinder und Jugendlichen sehr zielorientiert, pädagogisch und zum Wohle des einzelnen Kindes. Ich habe große Hochachtung und Respekt vor der Herangehensweise der Kolleg*innen und Schulleitungen.

Laut Ständiger Wissenschaftlicher Kommission (SWK) der KMK sollen drei Schwerpunkte berücksichtigt werden: Psychische Hilfen, Unterstützung beim Deutschlernen, ergänzende Bildungsangebote in ukrainische Sprache. Können die Schulen diese enormen Anforderungen angesichts der angespannten Lehrkräfteversorgung angemessen umsetzen?

Für die Unterstützung der psychischen Belastungen sind die Schulpsychologischen Beratungsstellen die kompetenten Ansprechstellen. Hinsichtlich des Deutschlernens werden die Sprachförderklassen hoch frequentiert. Hier leisten die Schulen hervorragende Arbeit. Zu den ergänzenden Bildungsangeboten in ukrainischer Sprache kann ich nichts sagen.

Sie haben bereits viel Erfahrung aus der schulischen Versorgung von Geflüchteten seit 2015 sammeln können. Was ist aktuell anders und neu?

Alle Beteiligten können auf die Strukturen von 2015 zurückgreifen. Es war hilfreich, diese schnell wieder aktivieren zu können. Neu bzw. anders ist, dass die Kinder und Jugendlichen ihren eigenen Fernlernunterricht haben, mit dem sie das Schuljahr auch beenden möchten. Anders sind auch die schulischen Strukturen. Viele Schüler*innen sprechen recht gut Englisch, einige auch Französisch und Deutsch. Da ist eine Aufnahme in die Regelklassen oftmals sofort möglich und in Einzelfällen keine Sprachförderung nötig.

Welche Wünsche haben Sie, wenn Sie alle geflüchteten Kinder und Jugendlichen in den Blick nehmen?

Sprachförderklassen sollten möglichst schnell eingerichtet werden. Das pädagogische Personal muss zudem Einführungen in die kulturellen Hintergründe der Herkunftsländer der Kinder und Jugendlichen erhalten. Angebote gab es speziell für die ukrainische Kultur. Es sollte Angebote für vielfältige Kulturen geben. Darüber hinaus wünsche ich mir, dass die guten Möglichkeiten, die jetzt für die ukrainischen Kinder und Jugendlichen zutage gefördert werden, allen zuteilwerden, unabhängig aus welchem Land sie nach Deutschland kommen. Gesellschaftlich und politisch wird derzeit vieles sehr schnell möglich gemacht und das ist gut so. Es muss jedoch darauf geachtet werden, dass keine Konkurrenz und kein Neid zwischen den Menschen verschiedener Herkunftsländer geschürt wird. Es gibt keine Herkunft erster und zweiter Klasse. Wenn schon unterschiedliche Entscheidungen getroffen werden müssen, dann sollten diese transparent und nachvollziehbar der Öffentlichkeit kommuniziert werden.

Das Interview führte Jörg Götz-Hege

So funktioniert das Schulsystem in der Ukraine

Die Kinder werden in der Ukraine mit sechs Jahren eingeschult. Dabei lernen alle bis mindestens zur 9. Klasse gemeinsam unter einem Dach. Die Primarstufe reicht von der 1. bis zur 4. Klasse, die Sekundarstufe I von der 5. bis zur 9. Klasse. Wer das Abitur erreichen möchte, lernt in der Sekundarstufe II weiter bis zur 11. Klasse.
Eine Aufteilung nach der Grundschule auf verschiedene Schulformen wie in Deutschland gibt es nicht.
Vor vier Jahren wurde die Umsetzung einer „Neuen ukrainischen Schule" beschlossen. Demnach soll die Oberschule bis zur 12. Jahrgangsstufe erweitert werden. Die Einführung der 12. Klasse ist für das Jahr 2027 vorgesehen.

Welche Fremdsprachen lernen die Kinder in der Ukraine?
Alle Schülerinnen und Schüler lernen in der Regel schon in der Grundschule als erste Fremdsprache Englisch. Den Schülerinnen und Schülern ist daher neben den kyrillischen Schriftzeichen das lateinische Alphabet bekannt. Das lateinische Alphabet gehört darüber hinaus zur Lebenswirklichkeit in den Medien, der Werbung und dem Freizeitbereich.
Ab der 5. Klasse kommt als zweite Fremdsprache in den meisten Fällen Deutsch hinzu.

Wann finden die Abschlussprüfungen statt?
Die Prüfungen für die mittlere Reife finden am Ende der 9. Klasse statt. Am Ende der 11. Klasse gibt es zentrale Abiturprüfungen. Diese werden jedoch nicht an der jeweiligen Schule vor Ort durchgeführt, sondern mit externen Prüferinnen und Prüfern an dafür vorgesehenen Schulen. (…)

Gibt es auch während des Krieges Abschlussprüfungen in der Ukraine?
Die Prüfungen nach der 9. Klasse entfallen, das war auch schon während der Corona-Pandemie so. Die Abiturprüfungen finden statt, aber in anderer Form als üblicherweise. Während normalerweise alle Schülerinnen und Schüler im Land die Prüfung in dem jeweiligen Fach am selben Tag mit denselben Aufgaben schreiben, soll es nun verschiedene Termine mit unterschiedlichen Aufgaben geben, in einem Zeitraum von 10 bis 15 Tagen im Juli. Die Prüfung soll in der Ukraine online in speziell ausgestatteten Prüfstellen mit Schutzraum durchgeführt werden. Statt Prüfungen in mehreren Fächern an mehreren Tagen, soll es nun nur eine Prüfung geben, in der die drei Fächer Ukrainisch, Mathe, Geschichte der Ukraine gleichzeitig getestet werden, je Fach soll es 20 Aufgaben geben.
Geflüchtete ukrainische Schülerinnen und Schüler, die in diesem Jahr keinen Sekundarschulabschluss machen können, sollen trotzdem ein Studium in Deutschland aufnehmen können. Das hat die Kultusministerkonferenz (KMK) beschlossen. Der Grund sei, dass in diesem Jahr in der Ukraine keine regulären staatlichen Abschlussprüfungen stattfänden. Auch für Studierende im ersten Studienjahr sei die Aufnahme eines Studiums in Deutschland möglich, selbst wenn sie ihr Studienjahr nicht abschließen konnten.

Wie wird Online-Unterricht in der Ukraine umgesetzt?
Schulen unterrichteten ihre Schülerinnen und Schüler während der Pandemie über verschiedene Plattformen selbst online. Dieser Online-Unterricht findet dort, wo es weiter möglich ist, auch jetzt noch statt. Zudem sind ukrainische Lehrbücher digitalisiert worden. Das Medieninstitut der Bundesländer in Deutschland FWU stellte diese als PDF zum Download auf https://mundo.schule zur Verfügung.
Darüber hinaus sind in den vergangenen Jahren mehrere Online-Schulen entstanden. Die älteste und größte Online-Schule ist die 2015 gestartete Optima School https://optima.school. Die Optima ist eine staatlich anerkannte Privatschule, die von ukrainischen Kindern unabhängig vom Aufenthaltsort genutzt werden kann. Auf der Plattform der Optima School gibt es für alle Klassenstufen und Fächer Angebote, die den gesamten ukrainischen Lehrplan abdecken.
Ein Teil umfasst Erklärvideos zu Unterrichtseinheiten. Daneben gibt es interaktive Lern-Tools, die sich an den Lernstand der Schülerinnen und Schüler anpassen. In einem zweiten Teil gibt es Live-Streamings von Unterrichtsstunden mit ausgebildeten Lehrkräften. Ein dritter Teil der Angebotspalette sind individuelle Konsultationen für die Schülerinnen und Schüler mit den Lehrkräften. Auch Tests, Klassenarbeiten und staatlich anerkannte Prüfungen können online absolviert werden. Zudem bereitet die Schule auf das externe Zentralabitur vor.
(….) Normalerweise ist die Optima School kostenpflichtig. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs ist der Zugang für alle kostenlos – auch für geflüchtete ukrainische Kinder und Lehrkräfte im Ausland. Mit diesem Zugang können alle aufgezeichneten Unterrichtseinheiten, Videos, Materialien und Lerntools genutzt werden.
(…) Die Optima School hat bei den Kultusministerien und Bildungsstiftungen in Deutschland um finanzielle Unterstützung angefragt. Die KMK prüft den Antrag. Die Ukraine-Initiative der Robert-Bosch-Stiftung und der Bertelsmann Stiftung stellten gemeinsam mit Partnern für dieses Schuljahr einmalig eine Brückenfinanzierung bereit. Parallel setzt sich die Initiative dafür ein, dass Bund und Länder die Kosten für ukrainische Schülerinnen und Schüler, die von Deutschland aus das komplette Angebot der Online-Schule nutzen wollen, übernehmen.
Derzeit sind 89.000 Schülerinnen und Schüler in der Optima School angemeldet. Anfängliche Server-Probleme aufgrund der vielen Zugriffe von Geflüchteten sind inzwischen behoben. Die Kapazitäten inzwischen erweitert und die gesamte technische Infrastruktur ins europäische Ausland verlegt.

Auszug aus: Deutsches Schulportal der Robert-Bosch- und Bertelsmann-Stiftung (Stand 24. April)

www.deutsches-schulportal.de
> Bildungswesen
> So funktioniert das Schulsystem in der Ukraine

ÖFFENTLICH-RECHTLICHER RUNDFUNK

Aufgaben des Rundfunkrats für die Meinungsfreiheit

Wie groß die Bedeutung von Pressefreiheit und freiem Rundfunk sind, stellen wir in Krisenzeiten wie der Pandemie und dem Krieg Russlands gegen die Ukraine sehr deutlich fest. Die GEW trägt durch ihre Mitgliedschaft im Rundfunkrat des SWR zur Stärkung freier, individueller und öffentlicher Meinungsbildung bei.

Foto: Anton Vierietin / iStock

Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit und unabhängige öffentlich-rechtliche Medien gehören zusammen. Ohne möglichst objektive Nachrichten können sich die Bürger*innen kaum eine unabhängige Meinung bilden. In der Corona-Pandemie und in Krisenzeiten suchen viele Menschen sehr gezielt Informationen bei vertrauenswürdigen Medien. Das ist das Ergebnis einer Studie zu Nutzungsgewohnheiten und Reichweiten im Jahr 2021 (Media Perspektiven 3/2022, S. 92 ff). Das Fernsehpublikum informiert sich zum größten Teil bei öffentlich-rechtlichen Sendern. Die Tagesschau ist absoluter Spitzenreiter.

Kritiker*innen bezeichnen die öffentlich-rechtlichen Medien oft als „Staatsrundfunk“ und die Rundfunkgebühren als „Zwangsgebühren“. Einige diffamieren die Medien als Lügenpresse. Die Kritik kommt überwiegend von Rechtskonservativen, Rechtspopulisten, Querdenkern und aus der AfD. Die Kritik ist in den östlichen Bundesländern deutlich stärker ausgeprägt als im Westen. Insgesamt zielt sie darauf ab, der Wahrheit verpflichtete Institutionen wie unabhängige Medien, aber auch Wissenschaft und Gerichte zu diskreditieren und auszuschalten. Dabei kommt es längst nicht mehr nur zu verbalen Attacken. Reporter*innen müssen inzwischen jederzeit mit körperlichen Übergriffen und Verletzungen rechnen. Die Rundfunkanstalten bieten entsprechende Schulungen und Schutzmaßnahmen.

Auch im europäischen Ausland sind die öffentlich-rechtlichen Medien unter Druck. In England will Boris Johnson die Beitragsfinanzierung der BBC streichen. Die Schweizer*innen lehnten dagegen 2018 eine Volksinitiative zur Abschaffung

der Empfangsgebühren mit deutlicher Mehrheit ab. Auch das Europäische Parlament setzt sich für kritische und unabhängige öffentlich-rechtliche Medien und unabhängige Aufsichtsinstitutionen mit einer von politischen Interessen unbeeinflussten Finanzierung ein. Nach den ungarischen Mediengesetzen von Victor Orban hat die europäische Medienpolitik ihre Interventionsmöglichkeiten erweitert.

Parteien und Regierungen ohne Einfluss

In der Bundesrepublik werden die ARD mit neun Landesrundfunkanstalten, das ZDF und das Deutschlandradio mit dem Rundfunkbeitrag von 18,36 Euro monatlich finanziert, aber nicht inhaltlich beeinflusst. Diese Konstruktion geht auf die Alliierten zurück. Nach der Meinungsdiktatur des Nazi-Regimes übernahmen sie 1945 den Rundfunk mit dem Ziel, eine föderale Rundfunklandschaft zu schaffen. Sie soll frei von jeder Regierungs- und Parteieinflussnahme sein und von allen Bürger*innen finanziert werden. 1949 wurde das Recht der Bürger*innen, sich eine individuelle Meinung zu bilden, im Grundgesetz verankert. Dieses Recht ist die Grundlage für die Rundfunkstaatsverträge. In der Folgezeit führten Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) immer wieder zu staatsvertraglichen Weiterentwicklungen und stärkten die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. So bestätigte das BVerfG 1961 den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Faktor der öffentlichen Meinungsbildung, der in der Zuständigkeit der Länder liegt. Hintergrund war, dass dem damaligen Bundeskanzler Adenauer die ARD zu weit links stand und er deshalb das ZDF in Bundesverantwortung haben wollte. 1985 wurden private Anbieter unter der Voraussetzung zugelassen, dass die Öffentlich-Rechtlichen weiterhin alle Aufgaben wahrnehmen.

*„1949 wurde das Recht der Bürger*innen, sich eine individuelle Meinung zu bilden, im Grundgesetz verankert."*

Wie die Höhe der Gebühren zustande kommt

2014 entschied das BVerfG, dass die staatsnahen Mitglieder der Rundfunkräte maximal ein Drittel ausmachen dürfen. Auch die Aufgaben wurden mit Bildung, Beratung, Kultur, Unterhaltung klar festgeschrieben. 2018 urteilte das BVerfG, dass der geräteunabhängige Rundfunkbeitrag verfassungskonform ist und betonte die Notwendigkeit einer bedarfsgerechten Finanzierung. Das sichert das KEF-Verfahren (Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs). Dadurch wird eine Finanzierung ermöglicht, die von politischen Einflüssen unabhängig ist. Die KEF, der unter anderem ehemalige Rechnungshofpräsidenten angehören, erarbeitet Gebühren- bzw. Beitragsvorschläge, die Grundlage für die Entscheidung der Landesregierungen und Landesparlamente über die konkrete Höhe des Rundfunkbeitrags sind. Im August 2021 wurde der monatliche Rundfunkbeitrag um 86 Cent auf 18,36 Euro erhöht.

Der Auftrag der Medien ist im Medienstaatsvertrag und in den Staatsverträgen der Rundfunkanstalten klar definiert, die Umsetzung ist Aufgabe der Rundfunkanstalten mit den Rundfunkräten. Die Rundfunkfreiheit besteht darin, die Vielfalt der bestehenden Meinungen möglichst breit darzustellen und Integration zu fördern. Die Kontrolle darüber, ob der Sender den Auftrag erfüllt, ist nicht Aufgabe der Regierung, sondern der plural besetzten Gremien.

Bereits 2016 haben die Länder eine Arbeitsgruppe zum Thema Auftrag und Strukturoptimierung eingesetzt. 2023 sollen die Ergebnisse in eine Änderung des Medienstaatsvertrages münden. Dies führt verstärkt zu Diskussionen um Auftrag und Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Angebots. Auch in dieser Frage hat das Bundesverfassungsgericht klar geurteilt: Die Finanzierung folgt dem Auftrag.

Foto: BrAt_PiKaChU / iStock

Rundfunkgebühren für Unterhaltung?

Die Politik ringt aktuell intensiv um die Frage, ob und wie der Programmauftrag geschärft wird. Er umfasst Bildung, Kultur, Information und Unterhaltung. In diesem Prozess ist die Unterhaltung in den Fokus der Kritik geraten. Braucht der öffentlich-rechtliche Rundfunk Unterhaltung? Können das nicht die privaten Medien übernehmen? Müssen dafür Rundfunkgebühren verwendet werden? Dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine breite Legitimität erfährt, ergibt sich aus der Rechtsprechung des BVerfG: Wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen Auftrag erfüllen soll, muss er alle Bevölkerungsgruppen erreichen und dazu leistet auch Unterhaltung

Foto: imago

„Newszone" – SWR Nachrichten-App für die 16- bis 25-Jährigen

Volle Kontrolle. Deine Themen. Dein Style. Kein Gelaber. Keine Werbung: Die neue Nachrichten-App »Newszone« des jungen SWR Angebots DASDING verspricht einfachen, individualisierbaren Zugang zu Nachrichten. Damit will der SWR 16- bis 25-Jährige aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz erreichen, die sich und ihre Lebenswirklichkeit in den klassischen öffentlich-rechtlichen Nachrichten häufig nicht wiederfinden. Inhaltlich setzt »Newszone« auch einen Schwerpunkt auf gute Nachrichten.

ihren Beitrag. Dass Unterhaltung deshalb auch niedrigschwellig sein muss, um Informationen zu transportieren und um Nutzer*innen zu binden, steht außer Frage. Die ARD-Vorsitzende, Patricia Schlesinger, betont, dass die Unterhaltung gebraucht werde, um Akzeptanz zu gewinnen – auch bei jüngeren Menschen. Markus Söder, bayrischer Ministerpräsident, sieht dagegen z. B. Comedy bei Privatsendern ausreichend vertreten.

> *„Wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen Auftrag erfüllen soll, muss er mit seinem Gesamtangebot alle Bevölkerungsgruppen erreichen und dazu leistet auch Unterhaltung ihren Beitrag."*
>
> *Aus der Rechtsprechung des BVerfG*

Im Unterschied zu privat finanzierten Rundfunkmedien wird der Auftrag unabhängig von Einschaltquoten erfüllt. Manch anspruchsvolles Angebot nutzen nur kleine Zielgruppen. Auch wenn für die Angebote die Quote nicht ausschlaggebend ist, werden die Einschaltquoten sehr genau untersucht und ausgewertet. Mit dem Gesamtprogramm müssen alle Ziel- und Altersgruppen erreicht werden.

Bisher weniger gut erreicht sind Bildungsferne, Einkommensschwache, Menschen mit Migrationshintergrund. Aufgrund veränderten Mediennutzungsverhaltens werden jüngere Zielgruppen von den öffentlich-rechtlichen Medien deutlich weniger erreicht als ältere Menschen.

Zentrale Herausforderungen

Deshalb ist der Auf- und Ausbau digitaler Angebote von großer Bedeutung. Junge Menschen nutzen deutlich weniger lineare Angebote. Sie wollen zum Beispiel die Tagesschau und auch regionale Angebote unabhängig von der Sendezeit digital und vor allem in den Mediatheken sehen. Sie haben deutliche Zugewinne. Die Nutzer*innen der Mediatheken sind deutlich jünger als das lineare Fernsehpublikum. Der Umbau ins Digitale und die Gewinnung junger Zielgruppen durch den Aufbau attraktiver Angebote sind deshalb derzeit die Hauptaufgaben. Das ist personell eine Herausforderung, weil dies andere Kompetenzen erfordert und finanzielle Ressourcen nur durch Umschichtung gewonnen werden. Dabei steht der SWR im Vergleich mit anderen Rundfunkanstalten besser da. Hier wurden vorausschauend in den vergangenen zehn Jahren 600 Stellen abgebaut und damit 165 Millionen Euro eingespart und nutzbar gemacht. Gleichzeitig hat der SWR erfolgreich Entwicklungen vorangebracht. Das Ding, Funk und Newszone und das Schulfernsehen machen Angebote für die Zielgruppe der 14 – 29-Jährigen. Sie bieten altersspezifische Inhalte, Protagonist*innen aus der Zielgruppe und werden auch in der Mediathek und auf Drittplattformen angeboten.

Die Vielfalt der Darstellenden und Medienschaffenden sowie das Geschlechterverhältnis in der Moderation ist das zweite zentrale Thema im SWR und wird von den Gremien nachdrücklich eingefordert. Auch der Jugendmedienschutz wird bei den Rundfunkanstalten sehr ernst genommen. Der Kinderkanal ist werbefrei. Dies sind Kriterien, die für die Mediennutzung durch Kinder und Jugendliche wichtig sind. Die Barrierefreiheit in Bild, Schrift und Ton sind ebenfalls ein Dauerbrenner bei Programmbeobachtungen.

Verantwortung der Gremien bei Veränderungen

Wenn bestimmte Kriterien erfüllt sind, müssen neue und wesentlich geänderte Telemedien den sogenannten 3-Stufen-Test bei den Rundfunkräten durchlaufen. Das geht auf die EU zurück, die eine externe Prüfungsstelle fordert. Als solche akzeptiert die EU die Rundfunkräte, wenn sie völlig unabhängig sind und über die notwendige personelle und sächliche Ausstattung verfügen. Damit sind die Rundfunkräte in hohem Maße

Auftrag des SWR gemäß Staatsvertrag § 3

„… in Hörfunk, Fernsehen und Internet als Medium und Faktor des Prozesses freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung zu wirken und dadurch die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen. Er hat in seinen Angeboten einen objektiven und umfassenden Überblick über das internationale, europäische, bundesweite sowie im Schwerpunkt über das länder- und regionenbezogene Geschehen in allen 6 wesentlichen Lebensbereichen zu geben. Er soll hierdurch auch die internationale Verständigung, die europäische Integration und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Bund und Ländern fördern. Seine Angebote haben der Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung zu dienen. Er hat Beiträge insbesondere zur Kultur anzubieten. Auch Unterhaltung soll einem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil entsprechen. …"

Aufgaben des Rundfunkrats § 15
(1) Der Rundfunkrat vertritt die Interessen der Allgemeinheit auf dem Gebiet des Rundfunks; dabei trägt er der Vielfalt der Meinungen in der Bevölkerung Rechnung. Er wacht darüber, dass der SWR seine Aufgaben nach diesem Staatsvertrag erfüllt, soweit nicht der Verwaltungsrat oder die Landesrundfunkräte zuständig sind, und übt die ihm hierzu eingeräumten Kontrollrechte aus.

Zusammensetzung Rundfunkrat SWR (§ 14 SWR-Staatsvertrag)
74 Mitglieder, davon 51 Baden-Württemberg, 23 Rheinland-Pfalz
Entsendende Organisationen sind u.a. Kirchen, Religionsgemeinschaften, muslimische Verbände, DGB, Beamtenbund, Kommunale Landesverbände, Migrantenvertretungen, IHK, Handwerkstag, Industrie, Arbeitgeberverbände, Bauern- und Landfrauenverbände, Sportverbände, Landesjugendring, Landesseniorenrat, Hochschulen, Deutscher Bühnenverein, Natur- und Umweltschutzverbände, 4 Mitglieder der Bildungsverbände, Landesfamilienrat, Landesfrauenrat, Behindertenorganisationen, Vertriebenenorganisationen, Europa-Union Deutschland.

gefordert. Sie müssen prüfen, ob die wesentlichen Änderungen den demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechen. In der zweiten Stufe werden die Auswirkungen auf alle relevanten Märkte untersucht. In der dritten Stufe geht es darum, ob der finanzielle Aufwand gerechtfertigt ist.
Für ARD.de, SWR Telemedien und planet-schule.de laufen derzeit jeweils 3-Stufen-Tests. Alle drei entwickeln eigenständige Audio- und Videoinhalte, die nicht oder nicht zuerst in den linearen Programmen gesendet werden. Sie machen Angebote auf Drittplattformen und planen längere Verweildauern insbesondere in der Mediathek.

GEW im Rundfunkrat

Über viele Wahlperioden hinweg hatten im Rundfunkrat Baden-Württemberg die GEW und die Lehrerverbände des Beamtenbundes je einen der vier Sitze der Bildungsverbände. An der Entscheidung für die Entsendung sind die mehr als 40 Verbände im Land beteiligt, die Lehrkräfte organisieren. Dazu kommen die Weiterbildung sowie die schulischen Beratungsgremien beim Kultusministerium (LEB, LSB, LSBR). Für die aktuelle Wahlperiode von 2020 bis 2025 hatten mehr Organisationen Personen für den Rundfunkrat benannt als Sitze vorhanden waren. In diesen Fällen erfolgt eine Vorstellung vor dem Ständigen Ausschuss des Landtags. Er wählt im Anschluss die vier Rundfunkratsmitglieder der Bildungsverbände. Vertreten sind jetzt der LEB, LSBR, der Volkshochschulverband und die GEW. Die Lehrerverbände des Beamtenbundes sind nicht mehr vertreten. Doro Moritz vertritt in Absprache mit der Vorsitzenden Monika Stein weiterhin die GEW. Sie ist auch als Vorsitzende des Landesprogrammausschusses Baden-Württemberg wiedergewählt worden.
Zu den Aufgaben der rund 40 Mitglieder gehören insbesondere Programmbeobachtungen und die Behandlung von Programmbeschwerden in der Zuständigkeit der Landessenderdirektion Baden-Württemberg. In jeder Sitzung steht ausführliche Programmbeobachtung nach strukturierten Leitfäden auf der Tagesordnung, z. B. die Regionalnachrichten eines bestimmten Tages, SWR Aktuell BW oder die Talk-Show Five Souls. Jede förmliche Programmbeschwerde wird vom Ausschuss mit der Landessenderdirektorin Stefanie Schneider und den Programmverantwortlichen ausführlich beraten und mit dem Beschluss über die Frage, ob die im Staatsvertrag festgelegten Programmgrundsätze verletzt wurden, abgeschlossen. Veränderungen im Programm, die Streichung von Sendungen, Verlagerungen von Sendeplätzen führen zu intensiven Diskussionen, auch die veränderten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Bei den Gremien wird gesehen, dass der Um- und Aufbau im Digitalen finanzielle und personelle Ressourcen und deshalb im linearen Bereich Einsparungen erfordert.
Die Mitgliedschaft im Rundfunkrat des SWR ist eine spannende, herausfordernde und verantwortungsvolle Aufgabe. Den Profis des Senders stehen die ehrenamtlichen Gremienmitglieder gegenüber. Umfassende Grundlageninformationen und Qualifizierungsangebote für die Gremienmitglieder sind deshalb von großer Bedeutung. Sie verschaffen einen Einblick in das Alltagsgeschäft und die konzeptionelle Arbeit des gesamten SWR, der Landessenderdirektion und der acht Studios in Baden-Württemberg. Letztere stärken die regionale Identität, die eine herausragende Rolle in den Programmen einnimmt. Sichtbar wird in den Diskussionen im Rundfunkrat aber auch das tägliche Ringen um die Erfüllung des gesetzten Auftrags. Dass dabei gelegentlich Fehler gemacht werden, ist kein Grund, die Notwendigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und seine ausreichende Finanzierung über den gemeinschaftlich getragenen Rundfunkbeitrag in Frage zu stellen.

Doro Moritz
Mitglied für die GEW im Rundfunkrat des SWR

ABLÖSUNG DER DIENSTE VON BELWÜ

Verlässliche Perspektive für IT-Lösungen an Schulen

Im April 2021 wurden die Schulen, die die Dienste des Landeshochschulnetzes BelWü nutzen, darüber informiert, dass dieses Angebot sukzessive auslaufen wird. Diese Entscheidung haben bereits 2019 das Kultusministerium (KM) und das Wissenschaftsministerium getroffen. Zunächst sollen bis zum Ende des Schuljahres 2021/22 Dienstleistungen wie Internetanbindung und Web-Hosting nicht mehr angeboten werden. Die Schulen wurden aufgefordert, sich um alternative Dienstleister zu bemühen.

Zudem sollen E-Mail-Postfächer nur noch so lange (Ziel: Ende des Schuljahres 2021/22) angeboten werden, bis diese an eine zentrale Plattform eines anderen Anbieters überführt werden können. Dieser Teil einer für die Schulen kostenlosen Landeslösung soll alle datenschutzrechtlichen Anforderungen erfüllen. Schließlich soll die Lernplattform Moodle von einem neuen Dienstleister übernommen werden. Der Umzug wird voraussichtlich nicht vor Sommer 2023 erfolgen. Im Juli des letzten Jahres veröffentliche das KM eine Pressemitteilung, in der von einem Fahrplan für einen reibungslosen Übergang der Versorgung der Schulen mit IT-Leistungen berichtet wird. Seither haben die Schulen keine weiteren Informationen vom KM erhalten. Aus Sicht der GEW ist es aber für die Planungssicherheit der Schulen notwendig, schnell für E-Mail-Postfächer zu sorgen.

Aus diesem Grund forderte die GEW das Kultusministerium in einem Schreiben auf, sicherzustellen, dass die Schulen den E-Mail-Dienst von BelWü in jedem Fall bis zur Einführung einer landeseinheitlichen dienstlichen E-Mail-Adresse nutzen können.

Nachdem das Kultusministerium aufgrund der Bedenken des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit nicht auf die Dienste von Microsoft zurückgreift, und es daher zu einer europaweiten Ausschreibung gekommen ist, wird eine verfügbare Zielplattform nicht vor Beginn des Schuljahres 2023/24 zur Verfügung stehen. Aus Sicht der GEW muss unbedingt vermieden werden, dass Schulleitungen und Lehrkräfte gezwungen werden, und sei es auch nur vorläufig, auf Angebote eines anderen Dienstleisters zurückgreifen zu müssen. Dies würde zu einem unnötigen zusätzlichen Aufwand führen, zumal die Beschäftigten eh in absehbarer Zeit die landeseinheitliche dienstliche E-Mail-Adresse nutzen sollen. Eine zeitnahe Klärung ist auch deshalb wichtig, da Schulträger bereits jetzt Schulen bitten zu prüfen, ob „Komm.ONE“ künftig die E-Mail-Dienste bereitstellen soll.

Die GEW setzt sich dafür ein, dass KM und Wissenschaftsministerium sicherstellen, dass den Schulen weiterhin die Qualität der bisherigen Angebote (u. a. Datensicherheit, Verwalten von schuleigenen E-Mail-Adressen auch für Schüler*innen und technischer Support) zur Verfügung steht. Grundsätzlich ist die GEW der Auffassung, dass – in Analogie zum Landeshochschulnetz – langfristig ein „Landesschulnetzes“ eingerichtet werden sollte.

David Warneck
stellvertretender GEW-Landesvorsitzender

DATENSCHUTZKONFORME PINNWAND

GEW fordert TaskCards für Lehrkräfte

Beispielansicht des Online-Tools „TaskCards“

Während des Fernunterrichts haben viele Lehrkräfte das Online-Tool „Padlet“ eingesetzt. Mit dieser digitalen Pinnwand können unter anderem Texte, Bilder, Videos und Internetlinks in einer übersichtlichen Form bereitgestellt und kollaboratives Arbeiten der Schüler*innen ermöglicht werden. Die Software war und ist aber datenschutzrechtlich problematisch. Die Bereitstellung von Padlet durch die Stadt- und Kreismedienzentren wurde daher durch den Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit untersagt. Das Landesmedienzentrum Baden-Württemberg empfiehlt den Schulen seither, die datenschutzkonforme Alternative „TaskCards“ zu verwenden. Viele Stadt- und Kreismedienzentren sind dieser Empfehlung mittlerweile gefolgt und haben Lizenzen erworben oder bereiten den Wechsel aktuell vor. Aus Sicht der GEW ist klar, dass der Bedarf nach diesen digitalen Pinnwänden weiterhin vorhanden ist. Das Kultusministerium und die Schulträger müssen daher sicherstellen, dass alle Lehrkräfte in Baden-Württemberg TaskCards zeitnah, kostenlos und rechtssicher im Unterricht einsetzen können.

Am sinnvollsten wäre es, wenn TaskCards mittelfristig zentral als weiterer Baustein im Rahmen der digitalen Bildungsplattform zur Verfügung gestellt würde.

David Warneck
stellvertretender GEW-Landesvorsitzender

GEW-AKTION AN REALSCHULEN

Aufblühen mit der Realschule der Zukunft!

Bereits im letzten Jahr wollte die GEW bei der Aktion #aufblühen wissen, was sich die Kolleg*innen an den Haupt- und Werkrealschulen sowie Real- und Gemeinschaftsschulen wünschen, damit sie ihre wertvolle Arbeit gut machen können.

Jetzt geht die Aktion an den Realschulen in die zweite Runde. Dazu hat die Landesfachgruppe das Positionspapier „Realschulen zeitgemäß weiterentwickeln und ausstatten“ veröffentlicht. Siehe: www.gew-bw.de/gruppen-arbeitskreise/fachgruppe-realschule

Die Team-Vorsitzenden Heike Ackermann und Jenny Apfel sind sich einig: „Vor allem die letzten zehn Jahre haben schulpolitisch einen großen Wandel mit sich gebracht, der sich besonders auf die Realschulen ausgewirkt hat. Damit an dieser Schulart weiterhin erfolgreich gearbeitet werden kann, muss diesen Veränderungen Rechnung getragen werden.“ Darüber hat sich die Fachgruppe mit GEW-Mitgliedern an Realschulen bei einem Online-Forum Ende März ausgetauscht. Im Mittelpunkt stehen drei Kernforderungen:

- In einer guten Orientierungsstufe können Schüler*innen in verschiedenen Fächern auf unterschiedlichen Niveaus lernen. Die Leistungsbewertung auf G- und M-Niveau soll ab dem zweiten Halbjahr in Klasse 5 stattfinden.
- Ab Klasse 7 braucht es ausreichend Differenzierungsmöglichkeiten. Zudem soll die Einführung eines Coachings-Systems sicherstellen, dass vor allem die Schüler*innen, die auf G-Niveau lernen, zusätzlich unterstützt werden.
- Bessere Arbeitsbedingungen: Um mehr Zeit für individuelle Förderungen zu haben, muss der Klassenteiler gesenkt werden. Zugleich braucht es zusätzliches Fachpersonal als Entlastung und zur Bildung multiprofessioneller Teams.

Klar ist, dass mehr Ressourcen notwendig sind, und Konzepte weiterentwickelt werden müssen. Deshalb möchte die GEW von möglichst vielen Realschullehrer*innen wissen, was die Realschule der Zukunft konkret braucht. Dazu kann ein Materialpaket bestellt werden. Mitmachen ist aber auch auf unseren Social-Media-Kanälen möglich.

Außerdem erhalten alle Neumitglieder an Realschulen während des Aktionszeitraums eine besondere Frühlingsprämie.

David Warneck
stellvertretender GEW-Landesvorsitzender

Jetzt Materialpaket sichern unter:
www.gew-bw.de/aktionspaket

ARBEIT IN DER GEW
INTERVIEW MIT GEW-MITGLIEDERN

Anne Heck

Als Fachberaterin für Kitas und verbindest du wissenschaftliche Erkenntnisse mit der Praxis. Du siehst dich als Impulsgeberin für pädagogische Weiterentwicklung in Kitas. Wo gibt es aktuell erfreuliche Fortschritte?

Ich nehme wahr, dass die Aufgeschlossenheit gegenüber neuen pädagogischen Konzepten zugenommen hat. Kitas gehen beispielsweise stärker auf Familien zu und verbessern den Austausch.

Wie macht sich das bemerkbar?

Kinder verhalten sich zugewandter, Konflikte nehmen ab, wenn Erzieher*innen sich mit den Eltern austauschen, ihre Arbeit gut erklären und miteinander bessere Rahmenbedingungen einfordern.

Was sollte sich an den Rahmenbedingungen verbessern?

Die Gruppengröße verkleinern und mehr Fachpersonal einstellen. Wir brauchen heterogene Professionen in den Teams, gerne mit deutlich mehr Kindheitspädagog*innen.

Bei dem Fachkräftemangel klingt das unrealistisch.

Wir brauchen Visionen, wohin wir uns entwickeln wollen. Wir dürfen nicht aufgeben und überlegen daher in der GEW Schritte, wie wir die Ziele erreichen können. Und zwar ohne die Dequalifizierung, die die Arbeitgeber zurzeit anstreben.

Was hältst du von der Idee, den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz auszusetzen?

Gar nichts. Das wäre ungerecht. Man kann über kürzere Öffnungszeiten diskutieren, aber nicht, Familien in schwierigen Lebenslagen einen Platz streitig machen. Der Rechtsanspruch hat dazu geführt, dass diese Kinder früher in die Kita kommen und besonders davon profitieren.

FRIEDENSBILDUNG IN ZEITEN DES UKRAINE-KRIEGES

Wie Schulen mit Aufrüstung und Krieg umgehen können

Foto: privat

v. l.: Hagen Battran, Annemarie Raab, Marie Battran-Berger, Julia Hagen, Michael Schulze von Glaßer

Der Ukraine-Krieg war omnipräsent, als sich 17 Kolleg*innen Ende März in der PH Freiburg zum Seminar „Friedensbildung in konfliktreichen Zeiten" trafen. Die GEW-Tagung widmete sich vor allem den Problemen, die der neuerliche Krieg in Europa in der täglichen Arbeit an den Schulen aufwirft. Wie begleite ich meine Schüler*innen durch diese ängstigenden Kriegszeiten, wie soll ich mit Kindern und Jugendlichen umgehen, die aus der Ukraine geflüchtet an meine Schule, in meine Klassen kommen? Das waren die entscheidenden Fragen, auf die die GEW-Kolleg*innen Antworten erhofften.

Michael Schulze von Glaßer (DFG-VK) referierte zu „Militärische Nachwuchswerbung angesichts des Ukraine-Krieges und der Aufrüstung der Bundeswehr" und hatte seiner späteren AG den Titel gegeben: „Noch mehr Militärwerbung? Eine Reaktivierung der Wehrpflicht? Was auf uns zukommt und was man dagegen tun kann". Gegen den mächtig weiterwachsenden multimedialen Werbedruck für den Dienst in der Bundeswehr, wie er in und vor allem außerhalb der Schule auf die Jugendlichen ab 15 ausgeübt wird, schlug der Referent vor, über Schulkonferenzbeschlüsse den Jugendoffizieren und Karriereberatern den Zugang zur Schule zu verweigern. Es soll bekannt gemacht werden, dass alle 17-Jährigen den Meldeämtern untersagen können, ihre Daten zu Werbezwecken an die Bundeswehr weiterzugeben. Gegenüber der Landesregierung könne man darauf drängen, dass, wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben sei, erst ab 18 ein Eintritt in die Bundeswehr möglich wird.

Die Unterstützungsangebote der Servicestelle Friedensbildung stellte deren Leiterin Dr. Julia Hagen vor. Das Ziel bei allen Angeboten sei, auf allen Ebenen des Zusammenlebens die Kultur des Friedens zu stärken. Annemarie Raab von der AG Friedensbildung sprach zu „Perspektiven der Friedensbildung aus gewerkschaftlicher Sicht". Ein großer Erfolg war die Unterzeichnung der „Gemeinsamen Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung in den baden-württembergischen Schulen" durch den damaligen Kultusminister Andreas Stoch Ende Oktober 2014. Sie führte zur Gründung der „Servicestelle Friedensbildung".

Arbeit und Beschlüsse der GEW

Die GEW arbeitet mit beim Bündnis „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden", beim Netzwerk Friedensbildung Baden-Württemberg, im Beirat der Servicestelle Friedensbildung und im Bündnis „Unter 18 nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr". Aktuell stehen die Verurteilung des Angriffskriegs in der Ukraine, die Forderungen nach einem sofortigen Waffenstillstand, nach einem Rückzug der russischen Truppen und nach Verhandlungen über eine friedliche Lösung des Konflikts im Mittelpunkt der GEW-Beschlüsse. Die geplante massive Aufrüstung wird abgelehnt. Von der Landesregierung fordert die GEW ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Integration der geflüchteten Kinder und Jugendlichen in die Bildungseinrichtungen und stellt auch selbst Hilfsangebote für die Lehrkräfte zur Verfügung: www.gew-bw.de/aktuelles/detailseite/wie-wir-helfen-koennen und www.gew.de/ukraine-krieg-in-der-schule.

Wie mit den durch Krieg, Flucht und Vertreibung traumatisierten Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine förderlich umgegangen werden kann, war Thema in der AG „Gerade in diesen Zeiten: Friedensbildung praktisch". Annemarie Raab machte Mut, der Friedensbildung großen Raum im Schulleben und im Unterricht einzuräumen. „Mobbing und Gewalt", „Friedensstrategien", „Demokratiefähigkeit", „Konfliktbewältigung und Interessenausgleich" und alle fächerübergeordneten Leitperspektiven bieten sich dafür an.

Marie Battran-Berger empfahl, Kindern und Jugendlichen dadurch zu helfen, dass sie ihre Fragen und Ängste zum Ausdruck bringen und durch eine gemeinsame Praxis aus der Vereinzelung in die Solidarität kommen könnten. Als erprobte Möglichkeiten stellte sie vor: die Aktion Rote Hand gegen Kindersoldat*innen (www.aktionrotehand.de/), die der GEW-Gewerkschaftstag 2017 bekanntzumachen und zu unterstützen beschlossen hat; die Teilnahme am jährlich vergebenen Ulli-Thiel-Friedenspreis (www.ulli-thiel-friedenspreis.de/), auf den inzwischen auch das KM hinweist; das Schreiben von Haikus/Elfchen (www.ulli-thiel-friedenspreis.de/doku-friedenspreise); Kunstprojekte wie „Kinder im Krieg – Kinder im Frieden" des Albert-Schweitzer-Gymnasiums Gundelfingen (https://friedenlernen.de/galerie/). Teilnehmende der Tagung wiesen auf die heilende Kraft von Friedensliedern hin. Diskutiert wurde auch, inwieweit die Empathie für Gleichaltrige, z. B. für minderjährige Soldat*innen und Opfer auf beiden Seiten des Ukraine-Krieges, zur Friedensbildung beitragen kann.

Hagen Battran

Pforzheim / Enzkreis

Foto: privat

GEW Mitglieder im Ruhestand Pforzheim / Enzkreis auf Exkusion am Bodensee.

Die GEW-Senior*innen aus Pforzheim / Enzkreis verschafften sich an verschiedenen Orten rund um den Bodensee einen Eindruck über das Schaffen des „Skandal-Bildhauers“ Peter Lenk. Erste Station in Überlingen war der Brunnen mit Martin Walser als „Bodenseereiter“. Weitere Plastiken wurden in Singen, Radolfzell und Konstanz angefahren.
Höhepunkt der Reise war die Begegnung mit dem Künstler und die Führung in seinem Bildhauergarten in Bodman. Alle seine Skulpturen aus Gussbeton stehen dort wild verstreut. Der 1947 in Nürnberg geborene Lenk zog mit seinen listigen und witzigen, immer auch politischen Äußerungen zu seinen Werken, die Zuhörer*innen in seinen Bann. Der Meister erzählte, wie er oft mit List und Tücke seine Skulpturen, die die politische und klerikale Prominenz provokant darstellen, im Geheimen planen musste und wie die Werke mitunter in einer Nacht- und Nebel-Aktionen aufgestellt wurden und die Öffentlichkeit überraschte. Beispiele sind die „Imperia“ in Konstanz, die „Europa“ in Radolfzell oder zuletzt „der Schwäbische Laokoon“, Lenks „Denkmal“ zu Stuttgart 21. Der Künstler sagte: „Der Skandal bin nicht ich, ich bin nur der Bote des Skandals.“

Peter Koch

Alb-Donau / Ulm und Biberach

Kurz vor den Osterferien war der GEW-Osterhase am Seminar in Laupheim unterwegs und verteilte Schokoladen-Osterhasen an Referendar*innen. Tatkräftig unterstützt wurde der fleißige Osterhase von einigen GEW-Mitgliedern sowie den beiden Kreisvorsitzenden der GEW-Kreise Alb-Donau/Ulm und Biberach. Sie machten die Anwärter*innen im Rahmen dieser Aktion auf das Online-Veranstaltungsprogramm „Gut Starten mit der GEW“ aufmerksam, das Junglehrer*innen für den Berufseinstieg bestmöglich vorbereiten möchte.
Eindrücke zu diesem Osterhasenbesuch, alle Veranstaltungshinweise aus dem Bezirk, wie auch Aktuelles aus der GEW-Arbeit sind auf Instagram @jungegew_sw zu finden.

Philipp Stegmaier

Fotos: privat

*Bei der Ostenhasen-Aktion entstanden Fotos für den neuen Instagram-Account der Jungen GEW (Bezirk Südwürttemberg). Die Anwärter*innen äußerten ihre dringenden Wünsche.*

Unsere Jubilare im Juni 2022 – die GEW gratuliert zum…

75. GEBURTSTAG
Richard Gebhard,
Satteldorf-Gröningen
* 05.06.1947
Doris Kies,
Lenningen, * 05.06.1947
Reinhart Baumgratz,
Mainhardt, * 06.06.1947
Rolf Thomas,
Lahr, * 15.06.1947
Ilse Genthner,
Flein, * 27.06.1947

80. GEBURTSTAG
Jobst Knoblauch,
Engen, * 01.06.1942
Hartmann Doerry,
Tübingen, * 01.06.1942
Brigida Kraft,
Freiburg, * 04.06.1942
Anneliese Aldinger,
Stuttgart, * 04.06.1942
Barbara Oberacker,
Eislingen, * 06.06.1942
Helmut Dewald,
Bretten, * 07.06.1942
Elfriede Köhrer,
Beilstein, * 08.06.1942
Elfriede Betz,
Stuttgart, * 11.06.1942
Eugen Reiner,
Gammertingen, * 11.06.1942
Peter Ailinger,
Schlier, * 16.06.1942
Gerald Seemann,
Calw, * 22.06.1942
Wilhelm Heilemann,
Uhingen, * 25.06.1942
Paul Spahr,
Sternenfels, * 26.06.1942
Rosemarie Bieger,
Ehrenkirchen, * 28.06.1942

85. GEBURTSTAG
Wolfgang Hofer,
Remchingen, * 01.06.1937
Hildegard Holzwarth,
Eckental, * 10.06.1937
Elisabeth Bieber,
Ellwangen, * 17.06.1937
Ernst Friemel,
Kalchreuth, * 22.06.1937
Horst Seizinger,
Güglingen, * 29.06.1937
Reiner Hussong,
Grafenberg, * 30.06.1937

90. GEBURTSTAG
Friedrich Keim,
Bad Boll,* 15.06.1932

91. GEBURTSTAG
Lore Deuschle,
Illingen, * 06.06.1931
Marianne Arin,
Stuttgart, * 09.06.1931
Roland Holzmann,
Böblingen, * 19.06.1931

92. GEBURTSTAG
Bernd von Pressentin,
Albershausen, * 14.06.1930

Die Veröffentlichung der Namen unserer Jubilare erfolgt nur nach einer aktiven Zustimmung der betroffenen Personen. Wer genannt werden möchte, schickt uns bitte zwei Monate vorher eine Nachricht per Post (Mitgliederverwaltung, Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart), per Fax (0711 21030-65), per E-Mail (Datenpflege@gew-bw.de) oder nutzt über www.gew-bw.de/jubilaeum

Schwäbisch Hall

Fotos: privat

Mitglieder im Ruhestand aus dem GEW-Kreis Schwäbisch Hall

Auf reges Interesse stieß bei den Mitgliedern im Ruhestand des Kreises Schwäbisch Hall der Besuch des „Hotel Silber" in Stuttgart. Das Gebäude, ursprünglich ein Hotel, wurde ab 1928 von der Polizei genutzt, dann Zentrale der Gestapo, nach dem Krieg Sitz der Kriminalpolizei, seit 2018 ein Ort des historisch-politischen Lernens und der Begegnung. Eine Ausstellung beschäftigt sich eindringlich mit Tätern und Opfern und ihrer Rolle in politischen Systemen.
Bemerkenswert war die Erzählung einer Kollegin, deren Vater wegen „renitenten" Verhaltens einige Male von der Gestapo dort verhört wurde. Da es sich jedes Mal um Kleinigkeiten handelte, blieb die Vorladung jedoch ohne Konsequenzen. In Erinnerung daran hat die Kollegin ihren Flügel dem Museum gespendet. Er steht nun im Foyer.

Sonja Szkopp

Ravensburg

Fotos: privat

Vertrauensleute aus Ravensburg

Nach zweijähriger Zwangspause fand vom 1. bis 2. April wieder eine Vertrauensleuteschulung statt. Dieses Jahr waren wir im Berggasthof Stadler in Möggers. Nachdem am Freitagvormittag eine innovative Montessorischule in Hardt besichtigt worden war, fand mittags eine Schulung für den Einsatz des GEW-Jahrbuchs mit der Jahrbuch-Redakteurin Inge Goerlich statt.
Abends berichtete der live zugeschaltete Thomas Reck über aktuelle Themen aus dem Landesvorstand. Eine Wanderung durch 20 Zentimeter Neuschnee rundete die Tagung am nächsten Morgen ab.

Roswitha Malewski

Esslingen / Nürtingen

Fotos: privat

Teamwork bei der Vertrauensleuteschulung

Nach zwei Jahren konnten sich die Vertrauensleute des GEW-Kreises Esslingen-Nürtingen im Tagungshaus der evangelischen Akademie Bad Boll wieder persönlich begegnen. Bei der Schulung am 1. April in Bad Boll mussten zu Beginn bei einem „Breakout“ zum Thema Schul- und Beamtenrecht knifflige Fälle aus dem Schulalltag gelöst werden. Durch Teamwork wurden alle Schlösser der Schatztruhe geknackt und alle konnten sich ein Überraschungsgeschenk sichern.
Der Kreisvorsitzende David Warneck informierte über GEW-Positionen zur Bildungspolitik und die Kolleginnen und Kollegen nutzen die Möglichkeit, sich über aktuelle Probleme in der Praxis auszutauschen und gemeinsam nach Lösungsansätzen zu suchen. Rhythmische Auflockerung gab es zum Abschluss bei einem Cajon-Workshop.

David Warneck

Unseren Toten zum Gedächtnis

Martin Elsner, Technischer Oberlehrer
* 10.11.1947
† 07.03.2022

Wiebke Teuchert, Realschullehrerin
* 13.03.1966 in Nienburg / Weser
† 15.01.2022 in Pforzheim

Kurt Zeiher
* 07.02.1928
† 08.04.2022 in Villingen-Schwenningen

Margret Michelberger, Realschullehrerin
* 28.02.1937 in Zagreb, Kroatien
† 19.08.2021 in Königstein

Prof. Dr. Gerhard Treutleine, Hochschulprofessor
* 13.12.1940
† 14.03.2022 in Heidelberg

Irmgard Sälzer, Berufsschullehrerin
* 16.11.1945 in Schwäbisch Hall
† 23.04.2022 in Heidelberg

Wir veröffentlichen die Todesfälle nur, wenn wir die Erlaubnis haben. Benachrichtigungen bitte per Post (Mitgliederverwaltung, Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart), per E-Mail (Datenpflege@gew-bw.de) oder über www.gew-bw.de/jubilaeum

Impressum

***Herausgeber**: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Baden-Württemberg*
***Verantwortlicher Redakteur:** Michael Hirn*
***Geschäftsführende Redakteurin:** Maria Jeggle*
***Regelmäßige Mitarbeiter*innen:** Corinna Blume, Jens Buchholz, Erhard Korn, Frank Osterlow, Andreas Schuler, Marco Stritzinger*
***Koordination GEW-Design:** Evi Maziol*
***Layout**: Virginia Scaldavilla*
***Schlusskorrektur**: Frank Osterlow*

***Anschrift der Redaktion**: b&w, Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart, Telefon: 0711 21030-36, E-Mail: b+w@gew-bw.de*

***Beilage**: „Die Unterrichtspraxis“ erscheint 8-mal im Jahr. Redaktion: Thomas Strehle und Miriam Hannig E-Mail: up@gew-bw.de*

***Verlag mit Anzeigenverwaltung**: Süddeutscher Pädagogischer Verlag (SPV), Silcherstraße 7A, 70176 Stuttgart, Tel.: 0711 21030-70, Fax: 0711 21030-799, E-Mail: info@spv-s.de, www.spv-s.de*

***Geschäftsführung**: Hans Maziol, Monika Stein*
***Verantwortlich für Anzeigen:** Sabine Ebert, Tel.: 0711 21030-771, sabine.ebert@spv-s.de*

***Anzeigenschluss:** ca. 15. des Vormonats*

b&w erscheint als Mitgliederzeitschrift monatlich 10-mal im Jahr (nicht im Januar und August).

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Er beträgt für Nichtmitglieder jährlich 44 Euro inkl. Porto und wird jährlich im Dezember erhoben. Bestellung beim Verlag. Alle mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen die Meinung der Verfasser-innen dar und vermitteln nicht zwingend eine Position der Redaktion oder der GEW. Leserbriefe können nicht alle veröffentlicht werden. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe auszuwählen und zu kürzen. Anonym zugesandte Briefe werden nicht veröffentlicht.*

***Druck:** GO Druck Media Verlag GmbH & Co. KG, Kirchheim*
***Druckauflage**: 50.000 Exemplare, (2. Quartal 2022)*
Gedruckt auf Blauer Engel Altpapier

***Die nächsten Hefte von b&w erscheinen**: Nr. 06 / 2022 am 10.06.2022, Redaktionsschluss: 09.05.2022 Nr. 07 – 08 / 2022 am 29.07.2022, Redaktionsschluss: 20.06.2022 siehe auch: www.gew-bw.de/mitgliederzeitschrift-bw/bw/ Dieses Heft wurde am 11.05.2022 für den Druck abgeschlossen.*

GEW Baden-Württemberg, Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart, Telefon 0711 21030-0, Mitgliederverwaltung: -32, -33, -34, -37 E-Mail: info@gew-bw.de, www.gew-bw.de

Leserbriefe

b&w 04 / 2022

b&w 01 – 02 / 2022

b&w 03 / 2022

S. 22 Mein Weg in den Burnout und wieder hinaus

Einsamen Kampf aufbrechen

Vielen Dank für den offenen und interessanten Beitrag. Gerne möchte ich etwas ergänzen aus meiner beruflichen Erfahrung. Auch wenn wichtige Ursachen für den Burnout in der Person liegen mögen, gibt es Möglichkeiten, den einsamen Kampf aufzubrechen und mit Unterstützung anderer Entlastung zu erfahren: Vertrauensvolle Austauschrunden mit anderen Personen in derselben Rolle (Schulleiter*in, stellvertretende*r Schulleiter*in oder Abteilungsleiter*in) können für mehr Informationen, Handlungsoptionen oder eine Haltungsänderung sorgen. Im Regierungsbezirk Stuttgart bestätigen mehrere Evaluationen die Wirksamkeit dieses Angebotes. Ungelöste Konflikte im eigenen Team kosten mindestens Zeit, Kraft und Nerven. Die unterschiedlichen Sichtweisen und Interessen können aber im besten Fall Teil einer gemeinsamen Lösung sein. Wenn eigene Maßnahmen und Gespräche keinen Erfolg brachten, können Schulen externe Unterstützung bei der Bearbeitung dieser Konflikte z. B. in Form einer Teamentwicklung, einer Konfliktmoderation oder einer Mediation über die Schulpsychologischen Beratungsstellen oder Ansprechpartner*innen des zuständigen Arbeitsfeldes an ihrer Regionalstelle erhalten.

Michael Bleichert,
Mitarbeiter am ZSL RS Stuttgart

S. 28: Wie ZSL und IBBW den Unterrichtsfeedbackbogen verstehen und S. 22: Daten alleine liefern keine Erkenntnisse

Skeptischer Einspruch gegen Wirkungsabsichten

Die drei Vertreter und Vertreterinnen regierungsamtlicher Bildungspolitik und der Vertreter der GEW segeln im selben Boot des Unterrichtsfeedbackbogens (UFB-T), euphorisch die einen, sich einen anderen wünschend der andere. Die vier eint die Auffassung, Lernen für einen optimierbaren Wirkungsvorgang zu halten, durch den die nachwachsende Generation möglichst reibungslos durch Staatsschulen in die gerade herrschenden Gesellschaftsstrukturen eingegliedert werden können. Ein Mittel der Bewirkung ist der UFB-T. Seine Befürworter vermögen nicht die Fahrt mit ihm als Irrfahrt zu erkennen, die niemals bei einer vom Einzelnen verantworteten sachlich und menschlich gebundenen Mündigkeit ankommen kann. Alle mir bekannten Entwürfe systematischer, kritisch-skeptischer, philosophischer Pädagogik schließen Wirkungsabsichten als illegitim für pädagogisches Handeln aus! Denn Kausalitätsaussagen, legitim für die Naturwissenschaften, bezogen auf Menschen haben hier keinen Sinn. Das Ich ist nur es selbst, wenn es sein eigener Vollzug ist. Es selbst ist es, dass sich an sachlich richtig Erkanntes bindet. Dies zu lernen, deswegen geht es in die Schule! Getragen wird diese Auffassung von der Grundthese der Pädagogik. Sie kann so formuliert werden: Veranlassung und Hervorruf der Selbstständigkeit im Denken durch Aufschluss des Wissens und Einbezug der Schülerinnen und Schüler in Gedanklichkeit. So kommt das Ich selbst zustande, aber es wird mir auch gleichzeitig ein Weg gewiesen, von mir fortzukommen, indem ich mich sachlich an als richtig Erkanntes und menschlich Gebotenes selbst binde (Theodor Ballauff 1982). Keiner kann mir diese Aufgabe der Selbstbestimmung als Ausdruck meiner Mündigkeit abnehmen!

Einfacher kann ich den Selbstanspruch skeptischer, systematischer Pädagogik hinsichtlich ihrer Praxis nicht formulieren.

Dr. phil. Henrik Westermann

Debeka Landes-/Geschäftsstellen in Baden-Württemberg
Freiburg, Telefon (07 61) 3 86 54 - 0
Karlsruhe, Telefon (07 21) 20 36 91 - 0
Stuttgart, Telefon (07 11) 6 19 69 - 0
Tauberbischofsheim, Telefon (09 34 1) 8 95 67 - 0

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes
Debeka
Das **Füreinander** zählt.

PETITION FÜR FLÄCHENDECKENDES PERSONALKONZEPT

 # GUTE Schule JETZT

Eine kleine private Initiative um die Freiburger Lehrerin Dagmar Schäfer fordert wirkliche Bildungsqualität durch ein sofortiges, flächendeckendes Personalkonzept der Landesregierung Baden-Württemberg. Sie hat dafür eine Online-Petition gestartet.

Individuelles Lernen, Ganztag, Inklusion, Bildungsgerechtigkeit, Schulentwicklung, Kooperation, Fachwissenschaft, Soziales Lernen, Elternarbeit, Integration, Sprachkurs, LRS, Vertretung, Mitbetreuung, Konferenzen, Benotung, Prüfungen, Fortbildung, Testen, Corona, Digitales Lernen, Persönlichkeitsentwicklung, Aufnahme geflüchteter Kinder, Personalmangel … Ein System unter Druck und im Notstand kann das nicht leisten. Der Schlüssel für gute Schule liegt in der personellen Ausstattung. Aber niemand ändert seit Jahrzehnten die wirklichen Bedingungen, unter welchen in den Schulen tagtäglich gearbeitet werden muss. Es braucht mehr Personal zuvorderst in den Grundschulen! Wird hier flächendeckend etwas erreicht, setzt man eine befreiende Synergie-Kaskade in Gang, die alles andere verbessern kann und viele positive Prozesse bewirken wird.

Auszug der Initiative

Die Initiative bittet um Unterstützung und um landesweite Verbreitung auch in den sozialen Medien.
www.openpetition.de/ljxbss

UMFRAGE

Bitte mitmachen

Bitte kontaktieren unter inklusionphlubu@web.de

*Nicolas Meschenmoser schreibt eine Masterarbeit mit dem Titel „Inklusion anderes herum". Hierfür sucht er dringend Lehrkräfte mit einer sichtbaren Körperbehinderung, die an seinen Leitfragen-Interviews teilnehmen. Er möchte herausfinden, welche Erfahrungen die Lehrkräfte im Umgang mit Schüler*innen und Eltern gesammelt haben. Ob sie z. B. Diskriminierung erlebt haben. Oder welche Chancen und Grenzen sie aufgrund ihrer Behinderung sehen.*
Nicolas Meschenmoser ist Rollstuhlfahrer und studiert Grundschullehramt an der PH Ludwigsburg.

Termine

GEW

Ak Lesbenpolitik

Unser nächstes Treffen findet am
> **Freitag, 03.06.2022,** 16:45 – 19:00 Uhr
in der Landesgeschäftsstelle,
Silcherstraße 7a in Stuttgart statt.
Informationen unter:
lesbenpolitik@gew-bw.de

Fachtagung für Fachlehrkräfte / Technische Lehrkräfte

Bezirk Südbaden / Freiburg
> **Dienstag, 18.10.2022,** ab 15:30 Uhr
Nordwürttemberg / Backnang-Aspach
> **Freitag, 18.11.22,** ab 15:00 Uhr
Bezirk Nordbaden / Karlsruhe
> **Mittwoch, 30.11.22,** ab 14:00 Uhr

GEW-Kreise und Ortsverbände

Böblingen

> **Sonntag, 22.05.2022,** 14:00 – 17:00 Uhr
Jazzband „Swingtime" in Holzgerlingen
Auftritt von vier Jazz-Musikern, darunter GEW-Kollege Klaus Schulze.
Naturfreundehaus Holzgerlingen
Anmeldung bei Margot Littwin:
littwin@gew-boeblingen.de, 07031-607501
Veranstalter: GEW-Mitglieder im Ruhestand und Naturfreunde

> **Mittwoch, 01.06.2022 und Donnerstag, 02.06.2022** 14:00 Uhr
Kloster Bebenhausen
Führung mit Fred Binder.
Treffpunkt am großen Parkplatz Richtung Lustnau.
Anmeldung bei Margot Littwin:
littwin@gew-boeblingen.de, 07031-607501
Veranstalter: GEW-Mitglieder im Ruhestand

> **Montag, 05.07.2022 – Mittwoch, 07.07.2022** in Speyer
Führungen mit Fred Binder,
Unterkunft in der Jugendherberge
Anmeldung und Anzahlung von 120 Euro bis spätestens Ende Mai bei Margot Littwin:
littwin@gew-boeblingen.de, 07031-607501

Freie Träger

Rangeln und Raufen - Faires Kämpfen in Jugendhilfe, Schule und Sportverein

> **Mittwoch, 12.10.2022 – Donnerstag, 13.10.2022,**
Landessportschule Albstadt
Kooperationsveranstaltung von ajs, KVJS-Landesjugendamt und LSV
Informationen unter:
Aktion Jugendschutz Baden-Württemberg
www.ajs-bw.de / veranstaltungen

Mit digitalen Spielen arbeiten! Gaming in der pädagogischen Arbeit

> **Dienstag, 12.07.2022**
Mit dieser Online-Seminarreihe zu digitalen Spielen können pädagogische Fachkräfte, aktuelle Spiele und Spieleplattformen kennenlernen, sich mit den vielfältigen Dimensionen digitaler Spiele auseinandersetzen und zu den pädagogischen Möglichkeiten digitaler Spiele austauschen.
Aktion Jugendschutz Baden-Württemberg
www.ajs-bw.de / veranstaltungen

drama35

> **Dienstag, 28.06.2022 – Donnerstag, 30.06.2022**
Das Junge Ensemble Stuttgart (JES) feiert Schultheater. Im Schultheaterfestival 2022 stehen keine fertigen Aufführungen, sondern die Begegnung, der Austausch und das kreative Arbeiten miteinander im Vordergrund. In unterschiedlichen Workshops, zu denen sich Gruppen und Einzelpersonen anmelden können, sollen Schüler*innen und Lehrer*innen 3 Tage lang die Möglichkeit bekommen, neue Impulse für ihre Theaterarbeit zu sammeln, diverse Theatermittel-, Methoden und Formate auszuprobieren und gemeinsam etwas zu kreieren.
www.jes-stuttgart.de/theaterpaedagogik/schule/schultheatertage

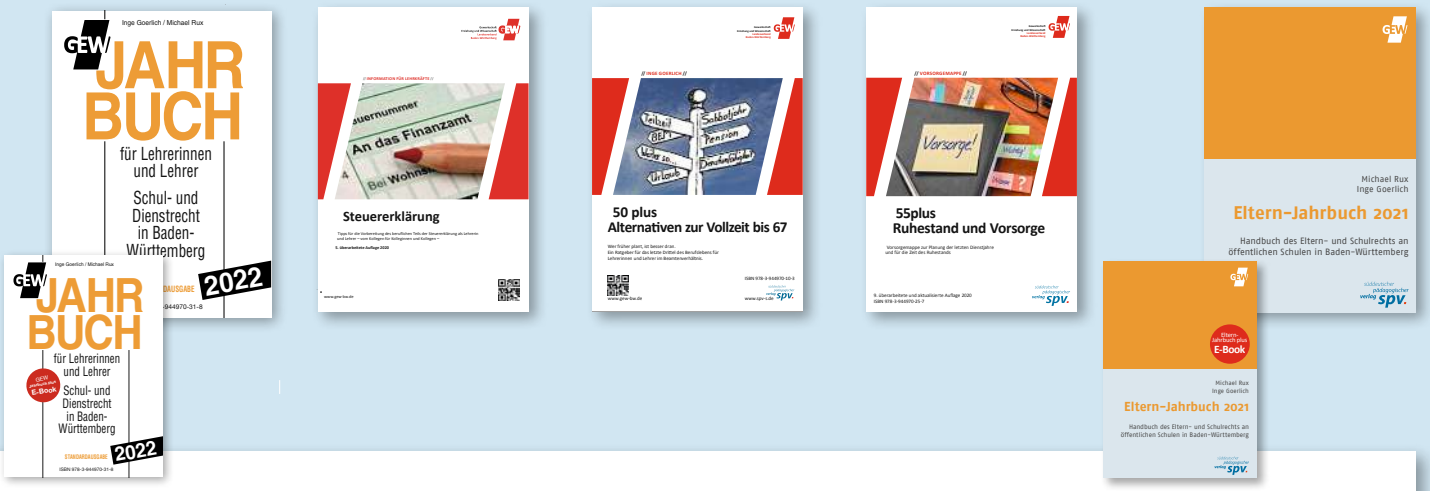
Datenschutz in der Familie, digitale Elternabende in Kommunen oder bei Trägern

Damit Eltern ihre Kinder beim Schutz ihrer Daten unterstützen können, machen **ajs** und **Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK)** Trägern und Kommunen dieses Angebot. In den digitalen Elternabenden werden mit IPSEB (Identitäts-, Passwort-, System-, E-Mail-, Browser-Hygiene) fünf einfache Schritte vorgestellt, um Datenschutz und Privatsphäre zu erhalten. Die digitale Umsetzung ermöglicht, dass Eltern mit heimischen Geräten die wichtigsten technischen Maßnahmen zum Schutz ihrer Kinder in der Veranstaltung umsetzen können.
Multiplikator*innen, die eine Veranstaltung für ihre Kommune / Träger organisieren möchten, wenden sich bitte an:
Ursula Kluge unter kluge@ajs-bw.de

Einjährige Weiterbildung für Lehrkräfte Bildung demokratisch gestalten

> **Start im August 2022**,
Dauer: acht Wochenenden
Ziel der einjährigen Weiterbildung für Lehrkräfte ist es, konkrete Handlungsoptionen zu entwickeln, um Bildung demokratisch zu gestalten. Demokratische Bildung geht von selbstbestimmtem Lernen als Kernwert einer guten Schule aus. Darüber hinaus stehen gleichberechtigte Mitbestimmung, sowie Strukturen zur individuellen Begleitung und konstruktiven Konfliktlösung im Zentrum. So werden sowohl die Entfaltung einer mündigen Persönlichkeit als auch die Vermittlung und Vertiefung von gemeinschaftlichen Werten wie Solidarität, Inklusion, Partizipation und eine gelungene Konfliktkultur gefördert. Die Weiterbildung findet in einer demokratischen Schule in Freiburg statt und ist solidarisch finanziert - die Teilnehmenden bestimmen ihren Beitrag (0 bis 50 Euro / Monat) selbst.
Veranstalter: Bildungskollektiv kairós (die junge GEW Südbaden ist ein Kooperationspartner) Mehr Infos: kairos-bildung.de

Echte Hilfen *für den Alltag.*



Anzahl	Produkt		Mitgliederpreis		Buchhandelspreis
	Exemplare GEW-Jahrbuch 2022 Standardausgabe		13,00 €		25,00 €
	Exemplare GEW-Jahrbuch 2022 Berufliche Schulen		13,00 €		25,00 €
	GEW-Jahrbuch 2022 Standard mit E-Book		18,00 €		30,00 €
	GEW-Jahrbuch 2022 Berufliche Schulen mit E-Book		18,00 €		30,00 €
	Exemplare 50+ Alternativen zur Vollzeit bis 67		5,00 €		8,00 €
	Exemplare 55+ Die Vorsorgemappe (9. Auflage 2020)		12,00 €		20,00 €
	Exemplare Steuererklärung		6,00 €		10,00 €
	Eltern-Jahrbuch 2021	(Mitglieder und Nicht-Mitglieder)			13,00 €
	Eltern-Jahrbuch *plus* inkl. PDF Datei	(Mitglieder und Nicht-Mitglieder)			16,00 €

Versandkostenpauschale bei einem Warenwert	bis 20 €: 3 €	21 bis 40 €: 5 €	41 bis 100 €: 7 €	ab 101 € versandkostenfrei
GEW-Mitgliedsnummer (s. Adressaufkleber b&w)				

Versand- und Rechnungsanschrift

süddeutscher pädagogischer verlag spv.

Zu bestellen unter:
Süddeutscher Pädagogischer Verlag
Silcherstraße 7a, 70176 Stuttgart

Fax: 0711 21030799
Per Mail: **bestellservice@spv-s.de**
Onlineshop: **www.spv-s.de**

So viel zum Erdüberlastungstag

Karikatur: Ralf Böhme

ISSN 0944-937X